

INHALT

<i>Paul Beinhofer</i> 100 Jahre FRANKENBUND – Zum Geleit	3*
---	----

Aufsätze

<i>Paul Beinhofer</i> 100 Jahre „Bamberger Verfassung“	8*
---	----

<i>Peter Hoeres</i> Franken um 1920 – Zur politischen Lage	27*
---	-----

<i>Wolfgang Weiß</i> Franken um 1920 – Die religiöse und kirchliche Situation	33*
--	-----

<i>Christina Bergerhausen</i> Anmerkungen zu unserer Jubiläumsausstellung „Franken um 1920“ – Zur Entstehung des FRANKENBUNDES	41*
--	-----

<i>Evelyn Gillmeister-Geisenhof</i> „Franken um 1920“ – Ein Ausstellungprojekt des FRANKENBUNDES	52*
---	-----

Bücher zu fränkischen Themen	73*
---	-----

Gruppen des FRANKENBUNDES stellen sich vor

<i>Peter Wesselowsky</i> Die Gruppe Marktbreit – Ochsenfurt des FRANKENBUNDES	76*
--	-----

<i>Stefan Menz</i> Der Historische Verein Heidenfeld e.V. – Verein für Geschichte, Kultur und Heimatpflege in Heidenfeld und Umgebung – Eine junge Gruppe im FRANKENBUND	78*
---	-----

Der FRANKENBUND wird finanziell gefördert durch

- das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
- den Bezirk Mittelfranken,
- den Bezirk Oberfranken,
- den Bezirk Unterfranken.

Allen Förderern einen herzlichen Dank!

MITARBEITER

Dr. Paul Beinhofer	Regierungspräsident von Unterfranken a.D., 1. Bundesvorsitzender des Frankenbundes Hofweg 19, 97209 Veitshöchheim P.Beinhofer@gmx.de
Dr. Christina Bergerhausen	Bundesgeschäftsführerin des Frankenbundes Stephanstraße 1, 97070 Würzburg info@frankenbund.de
Evelyn Gillmeister-Geisenhof	Bezirksvorsitzende des Frankenbundes für Mittelfranken Heuberg 5, 91781 Weißenburg gillmeister-geisenhof@gmx.de
Prof. Dr. Peter Hoeres	Professor für Neueste Geschichte am Institut für Geschichte der Universität Würzburg Am Hubland, 97074 Würzburg peter.hoeres@uni-wuerzburg.de
Stefan Menz	Dipl.-Theol. Univ., Kreisheimatpfleger, Lkr. Schweinfurt 1. Vorsitzender des Historischen Vereins Heidenfeld Am Springbrühl 2, 97520 Röthlein stefan.menz@heimatpfleger.bayern
Johannes Schellakowsky M.A.	Historiker, Ministerialrat Steinbachtal 75 b, 97082 Würzburg schellakowsky@web.de
Robert Unterburger	Kreisarchivpfleger des Landkreises Roth Johannisstraße 8, 90584 Allersberg unterburger-allersberg@t-online.de
Prof. Dr. Wolfgang Weiß	Professor für Fränkische Kirchengeschichte und Kirchengeschichte der neuesten Zeit an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Würzburg Anemonenweg 23, 97084 Würzburg w.weiss@mail.uni-wuerzburg.de
Peter Wesselowsky	1. Vorsitzender der Frankenbund-Gruppe Marktbreit/Ochsenfurt Leipziger Straße 3, 97199 Ochsenfurt wessox@web.de

Für den Inhalt der Beiträge, die Bereitstellung der Abbildungen und deren Nachweis tragen die Autoren die alleinige Verantwortung. Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Abbildungen von den jeweiligen Verfassern.

100 Jahre FRANKENBUND – Zum Geleit



I.

„Der Frankenbund ist kein Verein, dessen höchstes Ziel die Erstellung einer Vereinsfahne bildet...“ Mit diesen Worten beginnt Dr. Peter Schneider seine Charakterisierung des Frankenbundes,¹ den er mit einigen Gleichgesinnten vor nunmehr 100 Jahren, am 11. Oktober 1920, in Würzburg gegründet hat. Dies geschah in einer Zeit tiefgreifender Verunsicherung in weiten Teilen der Bürgerschaft, die nach dem Grauen und der Not des Ersten Weltkriegs, dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“,² mit dem Zusammenbruch der festgefügten Ordnung in der Monarchie und den Wirren der Revolutionszeit nach Orientierung und Halt suchte.

Am 13. März 1920 hatte der rechts-extrem-reaktionäre „Kapp-Putsch“ die junge parlamentarisch-demokratische Republik

erschüttert, die mit der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 und im nunmehrigen „Freistaat“ Bayern mit der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919 konstituiert worden war. Der zur erfolgreichen Niederschlagung des Putsches ausgerufene Generalstreik ging in einigen Industriezentren, insbesondere im Ruhrgebiet, in bewaffnete Aufstände von Teilen der Arbeiterschaft über. Doch „die Zeit der revolutionären Massenkämpfe ging mit dem Rubraufstand vom März/April 1920 zu Ende – und mit ihr die Revolutionszeit“.³ Zwar gab es angesichts der andauernd schlechten Versorgungslage noch einzelne bewaffnete Auseinandersetzungen. So führten Lebensmittelunruhen am 28./29. Juni 1920 auch im beschaulichen Würzburg zu einer Schießerei einer Reichswehrkompanie mit Demonstranten.⁴ Doch insgesamt hatten „das Reich als Republik und der Bamberger Freistaat in ihm ihre erste schwere Belastungsprobe überstanden, freilich mit einer schweren Zukunftslast politischen Misstrauens und Hasses.“⁵

Die aufgebrochene Spaltung der Gesellschaft zeigte sich auch in einer Polarisierung der Wählerschaft bei den Reichstags- und Landtagswahlen vom 6. Juni 1920, aus denen die Parteien des rechten und des linken Randes des politischen Spektrums zu Lasten der Mitte gestärkt hervorgingen.⁶ In geschlossener Formation hinter einer Fahne herzumarschieren, wurde – neben allem geistigen Aufbruch einzelner – geradezu zu einem Kennzeichen der Zwanziger Jahre.

Der Frankenbund hingegen sollte nach dem Willen seiner Gründer die sichtbar gewordenen Brüche in der Gesellschaft überwinden helfen; er wollte – in der zeittypischen pathetischen Sprache Peter Schnei-

ders – „*die vielen entwurzelten Volksgenossen wieder zu Heimatmenschen machen*“.⁷ Dahinter steckte wohl die Erkenntnis, dass Menschen gerade in einer Zeit der Erschütterung und Unübersichtlichkeit gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen in ihrem engeren Lebensumfeld Sicherheit und Halt, ja Geborgenheit suchen.

Dabei an die Zugehörigkeit zum „*Heimatstamm*“⁸ der Franken anzuknüpfen, lag im Jahre 1920 geradezu in der Luft. Denn die junge Republik führte sich ja auf den Willen des Volkes zurück, wobei das „deutsche Volk“ eine eher abstrakte Größe war, die indes nach den eigenen Worten der Weimarer Reichsverfassung in den „*Stämmen*“ wurzelte.⁹ Deutschland war schon seit den Zeiten des Alten Reiches nie ein Einheitsstaat gewesen. Nicht umsonst schreibt Dietmar Willoweit: „Was ist Deutschland vom Heiligen Römischen Reich geblieben? Fast alles, was wir heute landauf landab als ‚Identität‘ begreifen. Denn diese lebt einerseits von der damals entstandenen Verbundenheit als Kulturnation über alle politischen Grenzen hinweg. [...] Andererseits haben die zahlreichen lokalen Varianten das Antlitz unseres Landes geformt“.¹⁰

Das „*Antlitz unseres Landes*“ zu bewahren und zu pflegen und die regionale Identität Frankens für möglichst viele Menschen bewusst und erlebbar zu machen, war von Anfang an und ist auch heute das Ziel des Frankenbundes. Auch die vier hierzu von Peter Schneider¹¹ schon in der Gründungszeit propagierten Angebote für unsere Mitglieder und weitere Interessierte prägen nach wie vor unser Vereinsleben.

Es sind dies

- vom Frankenbund vermittelte Vorträge zu Natur, Geschichte und Kultur („*Volkstum*“) Frankens,
- Dichterlesungen und Konzerte,
- Wanderungen und Führungen sowie
- unsere „reich ausgestaltete“ Zeitschrift.

II.

Der Frankenbund verstand sich dabei stets als Brückenbauer in doppelter Hinsicht:

1. Er wollte stets und will auch heute die Brücke schlagen zwischen den Erkenntnissen und Schöpfungen all derer, die sich professionell in Wissenschaft und Kunst mit Franken beschäftigen, und einer hieran interessierten möglichst breiten Öffentlichkeit.

Denn das vom Frankenbund gewollte fränkische Selbst-Bewusstsein soll sich nicht auf Heimattümelei und dumpfe Parolen gründen, sondern auf Wissen, auf Kenntnisse über unsere Region. Was Franken ausmacht, erschließt sich am besten demjenigen, der sich mit der Geschichte, der bildenden Kunst, der Musik, den Bräuchen, der Mundart und auch mit den Landschaften, mit Flora und Fauna des Landes beschäftigt.

Gerade hier ist heute angesichts einer beispiellosen Verflachung und Kommerzialisierung der öffentlichen Kommunikation, ja auch weiter Teile des ‚Kulturbetriebs‘ viel zu tun. Dabei müssen wir – worauf die Schriftleiter schon zum Auftakt des Jubiläumsjahres im *FRANKENLAND* zu Recht hingewiesen haben¹² – auch die mit der Digitalisierung verbundenen Chancen aktiv nutzen.

2. Ein so gewonnenes fränkisches Selbst-Bewusstsein ist nicht separatistisch. Deswegen hat sich der Frankenbund auch räumlich stets als Brückenbauer verstanden.

Sicherlich und zu Recht kämpfte Peter Schneider von Anfang an gegen eine „*schleichende Bajuwarisierung Frankens*“, denn sie stand seinem Ziel entgegen, eine fränkische Identität zu fördern. Dies ist auch heute eine zentrale Aufgabe des Frankenbundes, wenn die politische und kulturelle staatsbayerische Zentrale im fernen Süden immer wieder einmal aus den Augen zu

verlieren droht, dass der Freistaat nicht am „Weißwurst-Äquator“ endet (auch wenn sich hier in jüngerer Zeit manches im Zuge der ‚Dezentralisierung‘ zum Positiven gewandelt hat).

Es war und blieb ein wesentlicher Grundzug des Wirkens von Peter Schneider, sich nicht abzugrenzen, sondern den Austausch mit anderen Regionen und Kulturen zu suchen und die Position Frankens als Brückenregion in Deutschland zu stärken. Zu Franken als einem schon damals territorial stark zersplitterten Kernland des Alten Reiches gehören dabei selbstverständlich auch Landstriche außerhalb der Grenzen des heutigen Freistaats Bayern; das belegen unsere Frankenbund-Gruppen in Südtüringen und in „Tauberfranken“ im heutigen Baden-Württemberg. Dabei ist es erfreulich und bezeichnend, dass der Frankenbund gerade hier in den letzten Jahren neue Freunde und Mitglieder gefunden hat. Franken ist ihre ‚Heimat‘, die unabhängig von wechselnder staatlicher Zugehörigkeit durch eine gemeinsame kulturelle Identität geprägt ist.

„*Heimat ist da, wo ich verstehe und verstanden werde*“, soll Karl Jaspers einmal gesagt haben.¹³ Ein Grundbedürfnis nach ‚Heimat‘ in diesem Sinne tritt heute verstärkt in Erscheinung, weil viele Menschen durch die für unsere Zeit prägende Globalisierung, Beschleunigung und Entpersönlichung der Lebensverhältnisse zunächst einmal verunsichert sind.

Doch die Zukunft gewinnt man nur, wenn man auch für den Nachbarn ‚Verständnis‘ aufbringt, ohne über Unterschiede leichthin hinwegzusehen. So kann und muss unser fränkisches Selbst-Bewusstsein dazu beitragen, einem erneut erstarkenden Nationalismus entgegenzuwirken, der die Welt zu Beginn des vorigen Jahrhunderts ins Unheil gestürzt hat, und Franken als eine „*starke Marke*“ in einem hoffentlich

friedlichen „*Europa der Regionen*“ zur Geltung zu bringen. (Nebenbei bemerkt: Die geographische Mitte der Europäischen Union liegt in Franken, genauer in der Gemeinde Veitshöchheim bei Würzburg.¹⁴⁾

III.

Auch wenn wir heute in Deutschland anders als vor 100 Jahren nicht in materieller Not und existenzieller Bedrohung leben, so gibt es doch mental eine neue Unsicherheit in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen in Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft, die das Anliegen des Frankenbundes als aktuell erweisen: Den Menschen ihre Heimat zu erschließen und selbst-bewusst zu erhalten.

Dies gelingt nur durch bürgerschaftliches Engagement. Gerade auch dies verbindet uns mit der Gründung des Frankenbundes vor 100 Jahren: Die neue Weimarer bzw. Bamberger Verfassungsordnung setzte auf das eigenverantwortliche Handeln der Bürgerschaft, besonders auch was die kulturelle Entwicklung anlangt. Bildung sollte nicht mehr ein Privileg der Wohlhabenden sein und die Deutung der Geschichte nicht mehr von der ‚Obrigkeit‘ vorgegeben werden. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist das Wirken des liberalen Würzburger Staatsrechtslehrers Prof. Dr. Robert Piloty (1863–1926), der nicht nur an der Ausarbeitung der Bamberger Verfassung maßgeblich beteiligt war, sondern im November 1918 auch die Initiative zur Gründung der Volkshochschule Würzburg ergriffen hatte,¹⁵ aber auch als Mitglied im Frankenbund aktiv war und hier bezeichnenderweise auf dem „Fränkischen Schriftstellertag“ im Juli 1923 einen Vortrag über „Bildungsgeschichte in Würzburg in den letzten Jahrhunderten“ hielt.¹⁶

Bürgerschaftliches Engagement ist in unserer demokratischen Gesellschaft für

das kulturelle Leben vor Ort auch heute nicht weniger wichtig als vor 100 Jahren. Der Frankenbund kann dabei mit seinen fachlich fundierten Angeboten insbesondere einer allenthalben spürbaren Verflachung des Umgangs mit unserem kulturellen Erbe entgegenwirken. Wer die Hintergründe einer Entwicklung nicht kennt und sich auf im Staccato ‚rausgehauen‘ Kurzbotschaften verlässt, kann die Zukunft nicht zuverlässig gestalten.

Die Kulturvereine – und auch der Frankenbund – müssen heute in einer schnelllebigen und durchkommerzialisierten Welt ihre gesellschaftspolitische Rolle erkennen, annehmen und nach ihren Möglichkeiten gestalten. Dabei werden sie noch verstärkt Aufgaben im Kulturbereich neben der öffentlichen Hand übernehmen müssen, da die Zeiten des ‚Rundum-Versorgungs-Staates‘ vorbei sind.

Das bedeutet auch: Die kulturellen Vereinigungen sind auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips Partner des Staates, dem sie nicht als Bittsteller entgegentreten, sondern auf gleicher Augenhöhe begegnen. Mit neuem Selbstbewusstsein erkennen und verteidigen sie Kultur in den unterschiedlichsten Erscheinungsformen als ein probates Mittel – wenn auch kein Allheilmittel –, um die immateriellen Grundlagen unserer Gesellschaft zu sichern und die Menschen in ihrer Region zu ‚verorten‘.

So verstandene „aktive Kultur- und Heimatpflege“ (§ 1 Abs. 3 unserer Satzung) verfolgt das gleiche Ziel wie vor 100 Jahren, aber sie steht dabei vor zeitgemäß gewandelten Herausforderungen. Beispielhaft seien hier genannt:

1. Wir erleben heute vielerorts eine erschreckende Verödung der Kernstädte und Ortszentren, die durch die demographische Entwicklung noch verstärkt wird. – Das schönste Neubauviertel bietet den Men-

schen keine ‚Heimat‘, wenn der Altort herunterkommt und seine Gemeinschaftsfunktion nicht mehr erfüllen kann. Eine Vielzahl unserer liebenswerten fränkischen Kleinstädt e und Ortschaften hat in den letzten Jahren aber auch gezeigt, dass man in einem klugen und engagierten Zusammenwirken zwischen politischer Gemeinde und bürgerschaftlichen Initiativen im Sinne „kommunaler Allianzen“ (dann auch mit finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand) Ortskerne auch ‚revitalisieren‘ und z.B. auch als Wohnort für junge Familien wieder attraktiv machen kann.

2. Baudenkmäler, die eine Identität stiftende Wirkung entfalten könnten, bleiben unbeachtet oder verfallen sogar, weil sie nicht mehr adäquat genutzt werden. – Auch hier sind kreative Lösungen gefragt, von der Herstellung öffentlichen Bewusstseins (über Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Hinweistafeln etc.) bis hin zu tragfähigen Nutzungskonzepten.

3. Der achtsame Umgang mit der Natur (der übrigens auch schon in der Frühzeit des Frankenbundes zu dessen Zielen gehörte) ist heute zwar ein weltweites Thema; als wirksam erweisen muss er sich aber vor Ort („Global denken, lokal handeln“), beispielsweise wenn es um Flächenversiegelung geht. – Hierzu gehören auch typisch ortsgebundene aktive Maßnahmen wie die Anlage und Pflege eines Lehrgartens oder die Wiederbelebung einer alten Obstsorte.

All diesen Beispielen¹⁷ ist eines gemeinsam: Sie setzen die Zusammenarbeit verschiedener Akteure vor Ort voraus – und gerade der Frankenbund sollte hier im Geiste der von Anfang an propagierten Offenheit für Kooperationen aufgeschlossen sein. Überdies kommt die Vielfalt der aufgezeigten Betätigungsfelder der Struktur unseres Frankenbundes entgegen: Jede

unserer Gruppen hat ihr eigenes Profil und kann sich für ihre Aktivitäten eigene Schwerpunkte setzen, wie sie sich aus den örtlichen Gegebenheiten herleiten lassen (Welche Arbeitsfelder werden schon von anderen Vereinen und Gruppen vor Ort abgedeckt? Wo liegen spezifische Fähigkeiten und Interessen der eigenen Mitglieder?).

Der Frankenbund hat keine Vereinsfahne? Die braucht er auch heute beim Eintritt in das zweite Jahrhundert seines Bestehens nicht. Denn hinter einer Fahne herzulaufen, ist nicht das Markenzeichen eigenständig denkender Menschen. Was der Frankenbund aber auch weiterhin braucht, sind Menschen, die sich ihrer Verantwortung für das kulturelle Gesicht ihres histo-

risch gewachsenen Lebensumfelds bewusst sind und sich als selbstbewusste Bürger auf Augenhöhe ohne Bevormundung durch irgendeine ‚Zentrale‘ bei der Erhaltung und Gestaltung ihrer Region einbringen.

Die Bundesleitung dankt Ihnen allen, den Mitgliedern des Frankenbundes, dafür, dass Sie sich in diesem Sinne für die Ziele des Frankenbundes engagieren, und wünscht uns allen hierzu weiterhin Standvermögen, Freude am gemeinsamen Wirken und gutes Gelingen.

Ad multos annos!

Ihr

Dr. Paul Beinhofe

1. Bundesvorsitzender

Anmerkungen:

- 1 „Was jeder vom Frankenbund, seinem Wollen und Wesen wissen muß“, in: Fränkische Heimat 1926, S. 80.
- 2 Kennan, George F: The Decline of Bismarck's European Order. Princeton 1979, S. 3 („the great seminal catastrophe of this century“).
- 3 So Winkler, Heinrich August: Weimar 1918 – 1933. München 2018 (Paperback-Ausgabe, 2. Aufl.), S. 135.
- 4 Vgl. hierzu Klemmert, Oskar: Die Würzburger Unruhen am 28. und 29. Juni 1920 und ihre prozessuale Aufarbeitung durch das Volksgericht Würzburg (= Mainfränkische Studien, Bd. 56). Würzburg 1995.
- 5 Zorn, Wolfgang: Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. München 1986, S. 232.
- 6 Vgl. zur Reichstagswahl Winkler: Weimar (wie Anm. 3), S. 138; zur Landtagswahl Zorn: Bayerns Geschichte (wie Anm. 5), S. 236.
- 7 Wie Anm. 1.
- 8 So Schneider: Frankenbund (wie Anm. 1).
- 9 Die Verfassung vom 11. 08. 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, S. 1383) beginnt mit den Worten: „Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen...“
- 10 Willoweit, Dietmar: Reich und Staat. München 2013, S. 71.
- 11 Wie Anm. 1.
- 12 Schellakowsky, Johannes/Süß, Peter A.: „Regionen sind die Herzwurzeln der Identität“, in: Frankenland 72 (Heft 1, März 2020), S. 5–14, hier S. 10.
- 13 Als Jaspers-Zitat nicht gesichert, wie Matthias T. Vogt am 19.10.2018 auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Musikrats in Berlin ausgeführt hat („Imaginärraum Musik“, in: „Stadt. Land. Musik. Heimat ist da, wo ich verstehe und verstanden werde“. Hrsg. vom Dt. Musikrat. Berlin 2018, S. 2 m.w.N.), aber inhaltlich dennoch bedenkenswert.
- 14 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Mittelpunkt_Europas (Aufruf am 26.06.2020).
- 15 S. hierzu Dettelbacher, Werner: Die Gründer der Volkshochschule Würzburg 1918. Würzburg 1995, S. 23.
- 16 S. Schneider, Lorenz M., in: Süß, Peter A. (Hrsg.): Frankenbund Gruppe Würzburg. Festschrift zum 75jährigen Jubiläum. Würzburg 1995, S. 23.
- 17 Vgl. auch schon Schellakowsky/Süß: Regionen – Herzwurzeln (wie Anm. 12), S. 12.

Paul Beinhofner

100 Jahre „Bamberger Verfassung“¹

Anders als die Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern von 1818 und die geltende Bayerische Verfassung von 1946 spielt die sog. „Bamberger Verfassung“ im öffentlichen Bewusstsein kaum eine Rolle. Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner (1887–1980), einer der Schöpfer der Verfassung von 1946 und in jüngeren Jahren selbst noch Landtagsabgeordneter unter der Geltung der Bamberger Verfassung, schreibt rückblickend in seinem „Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts“²: „Die bayerische Verfassung von 1919 entbehrt der schöpferischen Gedanken. Sie wurde nie volkstümlich und führte neben der Reichsverfassung von Weimar ein Schattendasein.“ Dabei ist die Bamberger Verfassung die Gründungsurkunde einer parlamentarischen Demokratie in ‚Reinkultur‘, und an ihr ist die Demokratie in Bayern im Jahre 1933 gewiss nicht gescheitert.

Dies war – wie ich meine – schon Grund genug, sich mit dieser Verfassung im Gedenkjahr 2019 näher zu beschäftigen; und dies gilt umso mehr hier bei uns in Franken. Denn diese Verfassung ist nicht nur in Bamberg vom 16. Juni 1919 an vom verfassungsgebenden Landtag beraten und am 12. August im Spiegelsaal der „Harmonie“ verabschiedet sowie am 14. August 1919 ebenfalls noch in Bamberg vom Landtagspräsidenten und vom Gesamtministerium ausgefertigt worden. Weniger bekannt ist allerdings, dass auch

der Hauptautor des Verfassungsentwurfs seinen Arbeitsplatz in Franken hatte: Es war der Würzburger Professor der Rechte Robert Pilony (1863–1926), der Sohn des bekannten Münchener Historienmalers Karl von Pilony (1826–1886), der selbst vielseitig an Kunst interessiert war – so hinterließ er eine beachtliche Münzsammlung; zugleich war er auch von der Notwendigkeit einer breiten Vermittlung des Wissens in der gesamten Bevölkerung über-



Abb. 1: Der Würzburger Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Robert Pilony (1863–1926) als Reserveoffizier im Ersten Weltkrieg.

Foto: Stadtarchiv Würzburg, FSP 1.

zeugt, was ihn im Jahr 1918 zum Mitbegründer der Volkshochschule Würzburg werden ließ.

Übrigens kamen auch die führenden Mitglieder des Verfassungsausschusses des Landtags, der ja den Regierungsentwurf federführend zu beraten hatte, durchweg aus den damals noch sogenannten „neubayerischen“ Landesteilen, also nicht aus Altbayern: Den Vorsitz führte der SPD-Abgeordnete Dr. Max Süßheim (1876–1933), Rechtsanwalt in Nürnberg; sein Stellvertreter aus der Bayerischen Volkspartei war Dr. Georg Wohlmuth (1865–1952), Domkapitular in Eichstätt. Als Berichterstatter für die Beratung des Verfassungsentwurfs fungierte der Schwager des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann Friedrich Ackermann (1876–1949), der wie jener aus der Pfalz stammte; Mitberichterstatter waren für die BVP der spätere Ministerpräsident (1924–1933) Heinrich Held (1868–1938), der aus Erbach im Taunus, also aus dem Hessischen stammte (bevor er als Journalist in Regensburg Karriere gemacht hatte), sowie Robert Piloty selbst, der für die liberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) in den Landtag gewählt worden war.

Doch der grundlegende Beitrag Pilotys reichte schon in die Zeit vor der Landtagswahl vom 12. Januar 1919 zurück – unmittelbar in die Zeit der Novemberrevolution 1918. Die entscheidende Rolle spielte dabei der zweite Vater der Bamberger Verfassung, Dr. Josef von Graßmann (1864–1928, übrigens im schwäbischen Günzburg geboren), der ein klassischer Vertreter der königlich-bayerischen Ministerialbürokratie war. Zum damaligen Zeitpunkt wirkte er als Ministerialrat im Verkehrsministerium und war ein enger Vertrauter des Verkehrsministers Heinrich Ritter von Frauendorfer (1855–1921), der als

fortschrittlich galt und sich als einziger ehemals Königlicher Staatsminister als Fachmann in der provisorischen Revolutionsregierung wiederfand.

Kurt Eisner (1867–1919) von den Unabhängigen Sozialdemokraten, der sich am 7. November 1918 nach der großen Friedensdemonstration auf der Münchner Theresienwiese vor allem mithilfe demoralisierter und zum Äußersten entschlossener Truppenteile der Münchner Garrison in den Besitz der zentralen Staatsmacht gebracht und anschließend unter Einbeziehung der überrumpelten Mehrheitssozialdemokraten eine provisorische Regierung des „Volksstaates Bayern“ gebildet hatte, beauftragte Ministerialrat von Graßmann mit der Protokollierung der Ministerratssitzungen. Die provisorische sozialistische Regierung bediente sich aber nicht nur technisch des überkommenen Staatsapparats, sie beauftragte schon am 18. November 1918 Graßmann auch damit, eine Juristenkommission zusammenzustellen, die Entwürfe für eine neue bayerische und eine Reichsverfassung erarbeiten sollte.³

Graßmann gewann hierfür neben mehreren Ministerialbeamten aus dem Außen- und dem Finanzministerium seinen früheren Studienkollegen Robert Piloty. Piloty und Graßmann waren beide Schüler des herausragenden Staatsrechtslehrers der Prinzregentenzeit Max von Seydel (1846–1901) und hatten gemeinsam seit 1908 eine Neuauflage von dessen monumentalem Werk „Bayerisches Staatsrecht“ vorgenommen.

Die Juristenkommission entwarf so gleich in mehreren ausgedehnten Sitzungen vom 25. bis 28. November 1918 „die äußersten Umrisse einer bayerischen Verfassung und der Rechtsbeziehungen zum Reich“.⁴ Sofort im Anschluss an diese Be-

ratungen schrieb Robert Piloty die „*Grundzüge einer neuen bayerischen und einer neuen Reichsverfassung nebst den zu diesen zu ergreifenden Maßnahmen*“ nieder, die insbesondere die republikanische Staatsform und das Regierungssystem der parlamentarischen Demokratie hervorhoben und den einzelnen deutschen Ländern die entscheidende Rolle bei der Neukonstituierung der von ihnen abzuleitenden Reichsgewalt zuwiesen. Graßmann erstattete anhand dieser Ausarbeitung im Beisein der übrigen Kommissionsmitglieder dem Ministerrat schon am 10. Dezember 1918 Bericht, wobei Kurt Eisner auf eine stärkere Betonung plebiszitärer Elemente und des Rätegedankens hinwirkte. Piloty erarbeitete auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung der Wünsche einer wohl ohne Kurt Eisner zwei Tage später tagenden Ministerrunde dann bereits einen in Paragraphen gegliederten Verfassungsentwurf, den er Graßmann ab dem 16. Dezember 1918 in mehreren Teilen zusandte und in ausgedehnten Gesprächsrunden mit diesem gemeinsam überarbeitete. Noch an den Weihnachtstagen konnte das Werk vollendet werden, wobei die beiden Autoren sich nicht mit allen Zutaten vor allem Eisner'scher Prägung identifizierten.⁵

An diesem Vorgang ist nicht nur verblüffend, mit welcher Schnelligkeit Piloty und Graßmann diese große Aufgabe bewältigt haben – und das in äußerst turbulenten Zeiten. Die demobilisierten Truppen wurden in diesen Dezembertagen in die Heimat zurückgeführt, wo es für die vielen v.a. jungen Männer keine Arbeit gab, und die allgemeine Versorgungslage war miserabel.

Vielleicht noch verblüffender ist auf den ersten Blick, dass sich hier herausragende Repräsentanten der alten Beamtenelite in

den Dienst der Revolutionsregierung stellten. Doch hierfür spielten zwei Gesichtspunkte eine wesentliche Rolle:

1. Die Staatsrechtslehre der damaligen Zeit war sehr stark vom Rechtspositivismus geprägt. Danach ist – wie etwa der Staatsrechtslehrer Georg Meyer schon 1878 (in seinem Lehrbuch des deutschen Staatsrechts) ausgeführt hat – „*die Befugnis zur Ausübung der Staatsgewalt [...] nicht durch rechtmäßigen Erwerb, sondern durch den tatsächlichen Besitz derselben bedingt*“.⁶ Der damalige ‚Papst‘ der allgemeinen Staatslehre, Georg Jellinek, brachte diesen Gedanken dann auf die heute noch prägnante Formel von der „*normativen Kraft des Faktischen*“. Wolfgang Ehberger hat in seinem grundlegenden Werk „Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919“ darauf hingewiesen, dass das Bayerische Oberste Landesgericht bereits in einem Urteil vom 19. Dezember 1918 eine Verordnung der Regierung Eisner mit entsprechender Begründung als rechtmäßig anerkannt hatte.⁷

2. Die staatliche Führungselite war im Königreich Bayern seit den 1860er Jahren sehr stark vom Liberalismus geprägt, stand also einer Modernisierung der Staatsordnung durchaus positiv gegenüber, während die klerikal-konservative Landtagsmehrheit der Zentrumspartei eher an der hergebrachten Ordnung festhielt. Robert Piloty hatte schon in einer vielbeachteten Studie „*Das parlamentarische System. Eine Untersuchung seines Wesens und Wertes*“ die Vorzüge der parlamentarischen Regierungsform herausgestellt, welche die vollkommenste Übereinstimmung zwischen dem Willen des Volkes, wie er im Parlament durch die Parteien zum Ausdruck komme, und der Regierung des Landes gewährleiste.⁸ Da-

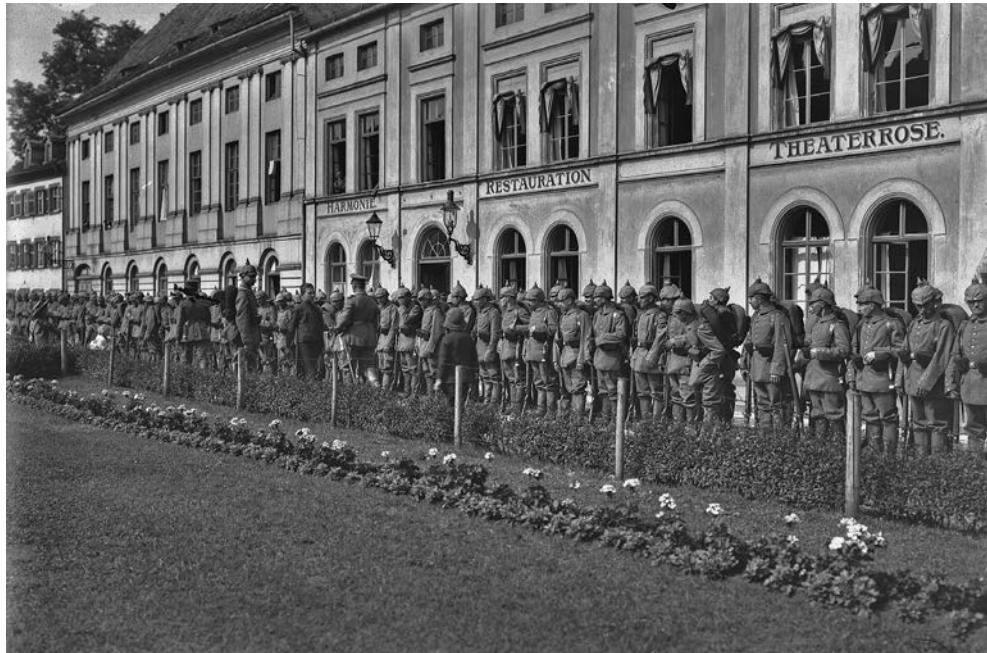


Abb. 2: Das marschbereite Reiterregiment 4 am Schillerplatz vor dem Restaurant Theaterrose im Jahr 1914.
Foto: Stadtarchiv Bamberg D 1045 NL Berta Rupp.

bei ließ er auch erkennen, dass die parlamentarische Regierungsform idealtypisch mit der Staatsform der Republik verbunden sei, hielt ihre Einführung aber auch im Rahmen einer Monarchie für möglich, wenn sich der Monarch auf die Rolle eines „erblichen Präsidenten“ beschränke und auf die Regierungsmacht verzichte.⁹

Karl Möckl hat (in seinem Aufsatz: Monarchie und Republik Bayern. Zur Bedeutung der Bamberger Verfassung von 1919) herausgearbeitet, dass schon nach den Lehren Max von Seydels ein Spannungsverhältnis zwischen der – wie er es nennt – „bayerischen Staatsidee“ und dem monarchischen Prinzip bestand.¹⁰ „Die hohe Beamtenchaft entschied sich im Krisenfalle für die Interessen des Staates, dem sie zum Dienst verpflichtet war, und gegen die Loyalität zur Person des Monarchen.“¹¹

Als Beispiel nennt er die Entmündigung König Ludwigs II. durch den Ministerrat im Jahre 1886 und die Absetzung des geisteskranken Königs Otto im Jahr 1913. Dass sich die hohe Beamtenchaft also nach dem eklatanten Versagen des monarchischen Regierungssystems und dem damit verbundenen Vertrauensverlust im Volk in der Schlussphase des I. Weltkriegs in den Dienst einer Revolutionsregierung stellte, wenn dies in den Übergang zur parlamentarischen Demokratie münden könnte, ist daher doch nicht so erstaunlich. Dies wurde den Beamten obendrein dadurch erleichtert, dass König Ludwig III. in einer in Anif am 13. November 1918 abgegebenen Erklärung alle bayerischen Beamten, Offiziere und Soldaten von ihrem Treueeid ihm gegenüber entbunden hatte.

Die Weichen in Richtung parlamentarischer Demokratie schienen also durch die Auswahl und Beauftragung der Juristenkommission schon am 18. November 1918 gestellt, und durch die außerordentlich rasche und zielführende Arbeit Josef von Graßmanns und Robert Pilotys lag bereits Ende des Jahres 1918 ein fertiger Verfassungsentwurf vor, der von dem schon am 12. Januar 1919 gewählten verfassunggebenden Landtag binnen kurzer Frist hätte behandelt und zu einem positiven Abschluss gebracht werden können. Bayern hätte also dank dieser enormen Leistung das erste deutsche Land mit einer parlamentarisch-demokratischen Verfassung werden können. Das war auch das Ziel der beiden ‚Väter der Verfassung‘.

Doch es kam ganz anders. Piloty selbst führte hierzu rückblickend in der Einleitung zu seinem im Spätjahr 1919 erschienenen Verfassungskommentar aus: „*Bei erneuten Beratungen, welche über den Entwurf der Verfassung in den ersten Januartertagen im Ministerrat gepflogen wurden, stellte sich heraus, daß Eisners Hauptsorge weniger dem Zustandekommen dieses Werkes als der Behauptung seiner Macht galt. Ihm lag jetzt vor allem an einer vorläufigen Ordnung der Gewalt, durch welche die provisorische Regierung auch einem etwa in der Mehrheit nicht sozialistischen, verfassunggebenden Landtag gegenüber sich zu erhalten und die Errungenschaften der Revolution zu sichern imstande sein würde. Der Ministerrat setzte deshalb eine engere Kommission zur Beratung eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes ein, der außer Eisner und Hoffmann auch noch v. Graßmann, der Rechtsanwalt Ackermann, und ich beiwohnten. Die Vorschläge, welche v. Graßmann und ich für diesen Zweck am Neujahrsnachmittag im Parkhotel ausgearbeitet hatten, wurden in der darauffolgenden Nachtsitzung im Ministerium des Äußeren*

nur zum Teil angenommen. Aus diesen Beratungen ging das vorläufige Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 hervor, welches am 7. Januar im Gesetz- und Verordnungsblatte verkündet wurde.“¹²

Dieses vorläufige Staatsgrundgesetz¹³ enthielt zwar ganz im Sinne Pilotys schon eine Gewährleistung der klassischen Grundrechte von der Unverletzlichkeit der Person über die Glaubens- und Meinungsfreiheit bis hin zum Privateigentum und auch – wie Piloty es ausdrückte – den „*wesentlichen Kern der Demokratie*“,¹⁴ nämlich das Prinzip der Volkssouveränität und das allgemeine und gleiche direkte (Verhältnis-) Wahlrecht zum Landtag, wies aber zwei von Graßmann und Piloty ausdrücklich abgelehnte Besonderheiten auf: Zum einen (in Nr. 7) das Recht des Gesamtministeriums, jeden Landtagsbeschluss dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten; und zum anderen wurde (in Nr. 17) der – wie es wörtlich heißt – „*revolutionären Regierung*“ die volle gesetzgebende und vollziehende Gewalt vorbehalten „*bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfes, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden muß*“.

Dies hatte zur Folge, dass der in wenigen Tagen (am 12. Januar 1919) zu wählende Landtag zunächst allein auf die Ausarbeitung der Verfassung beschränkt bleiben sollte und die aus den Münchener Ereignissen vom 7. und 8. November 1918 hervorgegangene Regierung von der Landtagsmehrheit zunächst nicht gestürzt werden und weiterhin selbst am Landtag vorbei munter Gesetze erlassen konnte. Diesen Zustand konnte man obendrein dadurch verlängern, dass man die Einberufung des Landtags hinauszögerte, was Eisner dann ja wohl auch zu Recht vorgeworfen wurde.

Mit dem vorläufigen Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 wollte Kurt Eisner den Folgen einer von ihm wohl schon vorhergesehenen Wahlniederlage am 12. Januar 1919 entgegenwirken. So führte er laut Bayer. Staatszeitung vom 9. Januar 1919 bei einer Wahlkampfrede in Ingolstadt aus: „Sie werden mich fragen, wenn ein schwarzer Landtag zusammenkomme, ob ich ihn dann mit Maschinengewehren auseinander treiben lasse. Ja, ich habe mir ein Maschinengewehr konstruiert, das hat die Eigentümlichkeit, daß es kein Blut vergießt und nur die Lügner trifft. Dieses Maschinengewehr heißt Volksabstimmung. Wenn nun die schwarzen Abgeordneten z.B. die Monarchie einführen wollten, dann ruft die Regierung das Volk zur Abstimmung auf. Entscheidet das Volk gegen die Abgeordneten, dann muß der Landtag nach Hause. Das ist die wahre Herrschaft des Volkes.“¹⁵

In diesen wenigen Sätzen wird – wie ich finde – die widersprüchliche Persönlichkeit Kurt Eisners in ihren vielfältigen Facetten überdeutlich: Einerseits sein ausgeprägt taktisches Denken und Handeln, das ihm am Abend des 7. November 1918 den unvorhergesehenen Erfolg gebracht hatte, dann das Rednertalent eines Volkstribuns, der drastische Vergleiche liebt, aber auch sein vom Neukantianismus geprägter Idealismus, der an die Weisheit der Volksmassen glaubt, wenn man sie nur entsprechend aufklärt.

Schon in seiner „Regierungserklärung“ vom 15. November 1918 „An das bayerische Volk“, die auf Plakaten, aber auch in der Bayerischen Staatszeitung vom 17. November 1918 unters Volk gebracht worden war, hatte er von der „rascheste[n] Durchführung einer nicht nur formellen, sondern lebendig tätigen Demokratie“ gesprochen, wozu auch die Einberufung einer konsti-

tuierenden Nationalversammlung gehöre; doch vorher müsse eine „Demokratisierung des öffentlichen Geistes“ erfolgt sein.¹⁶

Das war dann doch eine ziemlich weltfremde Perspektive, und so nimmt es nicht Wunder, dass der parteilose Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer (1855–1921) bei einer erregten Debatte über die Bedeutung der anstehenden Landtagswahlen schon in den Ministerratssitzungen vom 2. und 5. Dezember 1918 dem Ministerpräsidenten vorwarf, „kein Staatsmann zu sein, sondern ein Anarchist und ein Narr“.¹⁷ Mit dem Ergebnis der Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 waren die Weichen dann aber zumindest auf mittlere Sicht auf eine parlamentarische Demokratie gestellt, wie sie im Kern schon in dem ersten Verfassungsentwurf der beiden Autoren Piloty und von Graßmann ausformuliert worden war.

Eisners USPD errang bei der Landtagswahl bei ungemein starker Wahlbeteiligung nur beschämende 3 von 180 Sitzen; stärkste Fraktion wurde mit 66 Sitzen die erst kurz zuvor aus dem katholischen Zentrum hervorgegangene Bayerische Volkspartei, gefolgt von den Mehrheitssozialdemokraten mit 62 und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei mit 25 Sitzen. Rechnet man zur Linken noch den auf kleinbürgerliche Interessen ausgerichteten Bauernbund mit seinen 15 Sitzen, so gab es im Landtag eine gemäßigt linke Mehrheit. Piloty schrieb hierzu in der Einleitung zu seinem Verfassungskommentar: „Das Ergebnis sicherte die Demokratie, aber nicht ihre radikale Form, wie sie von der revolutionären Regierung erstrebt war. Eisners Stern sank. Die auch im Ministerium vorhandenen gemäßigten Elemente wurden durch das Wahlergebnis so sehr gestärkt, daß ihrem Einfluß nunmehr auch die Be seitigung jener anstößigen Bestimmungen



Abb. 3: Ausweiskontrolle durch die Bürgerwehr am Eingang zum Harmoniesaal, Schillerplatz 7, bei einer Landtagssitzung.

Foto: Stadtarchiv Bamberg D 1045 NL Berta Rupp.

des vorläufigen Staatsgrundgesetzes gelingen konnte.“¹⁸

Doch der Weg zur Festigung der staatlichen Ordnung in einer verfassungsmäßig abgesicherten Demokratie in Bayern erwies sich als deutlich weiter als erwartet und musste erst noch über Bamberg führen: Eisner verzögerte erst einmal den Zusammentritt des gewählten Landtags, seine Ermordung auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung am 21. Februar 1919 führte sodann zu einer erneuten Mobilisierung und Radikalisierung der extre-

men Linken vor allem in München, aber auch in anderen Städten wie Hof und Augsburg, kurzzeitig auch in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg, während die größte bayerische Industriestadt Nürnberg mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad durchgehend ein Hort der Mehrheitssozialdemokratie blieb und damit fest zur Verwirklichung einer parlamentarischen Demokratie stand.

In München musste der Landtag seinen erneuten Zusammentritt am 17. März 1919 zur Wahl eines neuen Ministerprä-

sidenten erst noch mit den Vertretern des Rätekongresses aushandeln. Wie bedrohlich die Lage bei allen Fraktionen des Landtags eingeschätzt wurde, zeigt sich schon daran, dass der Mehrheitsozialdemokrat und Kultusminister Johannes Hoffmann aufgrund interfraktioneller Absprache einstimmig zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, obwohl sein Kabinett nur aus Vertretern der sozialistischen Parteien und des Bauernbundes bestehen sollte und Hoffmann für die stärkste Fraktion, die BVP, aufgrund seiner stramm antiklerikalnen Kirchen- und Schulpolitik eigentlich ein ‚rotes Tuch‘ war.¹⁹ Aber er hatte sich schon im Kabinett Eisner als standhafter Verfechter der parlamentarischen Demokratie erwiesen, und das alleine zählte jetzt.

Die Arbeit am Verfassungsentwurf erwies sich im aufgewühlten München freilich weiterhin als schwierig. So berichtet Piloty (in seinem Aufsatz „Die bayerische Verfassung vom 14. August 1919“²⁰), er habe am 4. April 1919 gemeinsam mit von Graßmann im Ministerrat den inzwischen überarbeiteten und mit den Ressorts abgestimmten Verfassungsentwurf vorstellen sollen, über den in der Sitzung beraten werden sollte; er habe aber unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen, nachdem das unvermittelte Erscheinen einer Augsburger Rätedelegation eine ausführliche Diskussion über die auf den 8. April erfolgte neuerliche Einberufung des Landtagsplenums erzwang. Diese widrigen Verhältnisse in der Landeshauptstadt veranlassten Ministerpräsident Johannes Hoffmann bekanntlich, die Regierung am 7. April 1919 nach Bamberg zu verlegen, der der Landtag folgte, während in München die Räterepublik ausgerufen wurde.

Doch auch in Bamberg dauerte es natürgemäß geraume Zeit, bis der Landtag arbeitsfähig war. So konnte die feierliche

Eröffnungssitzung des Landtags erst am 15. Mai 1919 im Kaisersaal der Neuen Residenz stattfinden, und sie war ganz der einmütigen Ablehnung der gerade bekanntgewordenen Versailler Friedensbedingungen gewidmet. Ab 21. Mai 1919 fanden dann die Arbeitssitzungen von Landtagsplenum und -ausschüssen im „Harmonie“-Gebäude in Bamberg statt, und am 28. Mai übersandte der Ministerpräsident – nach Absprache mit Landtagsvertretern ohne Begründung – die Regierungsvorlage des „*Entwurfs einer Verfassungsurkunde für den Freistaat Bayern*“ an den Verfassungsausschuss. Da der Ministerpräsident angesichts der prekären Lage nach der Niederschlagung der Räteherrschaft in München und angesichts der Unsicherheit über einen Friedensschluss mit den Siegermächten die bürgerliche Landtagsmehrheit verständlicherweise in die Regierungsverantwortung einbeziehen wollte, kam es dann zunächst einmal auch noch zu Koalitionsverhandlungen, die mit dem sogenannten „Bamberger Abkommen“ zur Bildung einer Koalitionsregierung aus Mehrheitsozialdemokraten, BVP und DDP vom 30. Mai 1919 und der Bildung des Kabinetts Hoffmann II am 31. Mai 1919 endeten.²¹

So konnte der Verfassungsausschuss des Landtags dann erst am 16. Juni 1919, also fast ein halbes Jahr nach Fertigstellung des ersten durchparagraphierten Entwurfs von Graßmann und Piloty und über fünf Monate nach der Landtagswahl die Verfassungsberatungen aufnehmen, die er dann allerdings äußerst zielstrebig und fleißig in nicht weniger als 21 Sitzungen bis zum 11. August 1919 zum Abschluss brachte.

Diese Verzögerung hatte fatale Folgen: Denn der ‚Vorsprung‘, den von Graßmann und Piloty mit der außerordentlich zügigen Erarbeitung verfassungsrechtlicher

Entwürfe für Bayern und das Reich im Spätjahr 1918 erreichen sollten und wollten, diente ja vor allem auch dem Ziel, nicht nur dem Bayerischen Staat eine stabile neue Grundlage zu geben, sondern damit zugleich auch das Verhältnis der Länder zum Reich festzulegen und die neue Ordnung auf gesamtstaatlicher Ebene maßgeblich mitzugestalten. So mahnte Piloty schon in den für die Revolutionsregierung erarbeiteten „*Grundzügen einer neuen bayerischen und einer neuen Reichsverfassung nebst der zu deren Herstellung zu ergreifenden Maßnahmen*“ vom 29./30. November 1918, Bayern, das den Auftakt zur Revolution gegeben habe, müsse rasch zu einer „*republikanisch-demokratischen Verfassung auf sozialer Grundlage*“ kommen, um nicht durch das Reich seiner Selbstständigkeit „*für immer beraubt*“ zu sein.²² Dabei gingen die noch vom Kaiserreich geprägten „*Kronjuristen*“ Piloty und von Graßmann wie selbstverständlich davon aus, dass auch eine künftige deutsche Republik einem freiwilligen Zusammenschluss der deutschen Einzelstaaten entspringen müsse, so wie ja auch die Bismarck'sche Reichsverfassung ihrem Rechtscharakter nach auf einem Vertrag zwischen den deutschen Bundesfürsten beruhte. Erstaunlicherweise trafen sie sich darin mit dem einem ganz anderen Milieu, nämlich dem Berliner jüdischen Bürgertum, entstammenden Kurt Eisner, der als weitere moralische Begründung dieses Vorgehens das zeitliche „*Erstlingsrecht*“ „seiner“ Münchner Revolution geltend machte.

So formulierte er selbst in der Präambel des bereits behandelten vorläufigen Staatsgrundgesetzes vom 4. Januar 1919:²³ „*Das bayerische Volk ist in der Befreiung Deutschlands vorangegangen. Es ist entschlossen, als ein kraftvolles, selbsttätigtes Glied*

in einem Verein deutscher Staaten und im Geiste des kommenden Völkerbundes zu wirken, der die Menschheit zu friedlicher gemeinschaftlicher Arbeit für alle Zeiten zusammenschließt.“

Dieser hochfliegende Anspruch einer eigenständigen Rolle Bayerns gleichsam auf weltpolitischer Ebene – wiederum ein Ausweis der weltfremden Herangehensweise Kurt Eisners an Fragen der praktischen Politik – hat der Sache der Länder eher geschadet als genutzt. Auf der Berliner Reichskonferenz vom 25. November 1918 versuchte er sein „Staatenbund“-Modell zwar den Teilnehmern, vor allem seinen süddeutschen Kollegen aus Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt nahezubringen. Doch die Regierungsvertreter aus diesen Ländern dachten weit pragmatischer. „*Wie Eisner fürchteten diese [zwar] eine allzu starke Berliner Zentrale. Andererseits setzten sie auf eine handlungsfähige Reichsregierung als Gegengewicht zum erstarkenden norddeutschen Linksradikalismus. [...] Deshalb sagten sie Ja zum Bundesstaat und Nein zum Staatenbund.*“²⁴

So wurden auf dieser vom Reichskabinett unter Friedrich Ebert einberufenen Reichskonferenz unter Beteiligung der Ländervertreter und von Vertretern des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte die Weichen zur baldigen Einberufung einer Deutschen Nationalversammlung gestellt. Während Eisner sich in der Sitzung noch vehement gegen die baldige Wahl einer verfassunggebenden Versammlung auf Reichsebene wandte, erklärten die Vertreter Hessens, Württembergs und Badens, eine Verzögerung der Wahl der Nationalversammlung werde unweigerlich zum Abfall der drei südwestdeutschen Länder von Berlin führen.²⁵

In der Tat war die von den Bayern vertretene Vertragstheorie im Jahr 1918 von

der Wirklichkeit längst überholt: Spätestens seit den 1890er Jahren war das „Deutsche Reich“ der zentrale mentale Bezugspunkt der Menschen in Deutschland über die Landesgrenzen hinweg, und dieses Bewusstsein, einem einzigen Volk anzugehören, wurde durch das gemeinsame Kriegserlebnis noch verstärkt. Insfern war es auch folgerichtig, das ganze deutsche Volk als Träger des „*pouvoir constituant*“, also der verfassunggebenden Gewalt, anzusehen, die diese dann auch in der Deutschen Nationalversammlung durch Erlass der Weimarer Reichsverfassung ausgeübt hat. Das Deutsche Reich war im Übrigen auch über den Zusammenbruch der monarchischen Staatsform am 9. November 1918 hinaus als Rechtssubjekt handlungsfähig geblieben, wie die Reichsleitung unter der tatkräftigen Führung Friedrich Eberts eindrucksvoll bewies und was von Graßmann und Piloty letztlich auch akzeptiert wurde.

Wenn die Weimarer Reichsverfassung in ihrer Präambel davon spricht, das „*Deutsche Volk*“ habe sich diese Verfassung „*einig in seinen Stämmen*“ gegeben, so hatte das gerade auch für Franken als altem deutschen Kernland einen guten Klang. Mit dem aus dem Mittelalter entlehnten Begriff des „Stammes“ wurde eine kulturelle Vielfalt aufgerufen, die sich in der gesamtdeutschen Bürgergesellschaft entfalten konnte und die sich in der staatlichen Organisation der deutschen Länder nicht unmittelbar widerspiegeln. Die Gründung des Frankenbundes durch Peter Schneider just in dieser Zeit ist ein Widerhall dieses bürgerschaftlichen Gedankens, und wir müssen darauf im Jahr 2020 anlässlich des hundertjährigen Bestehens unseres Frankenbundes zurückkommen.

Die Deutsche Nationalversammlung zur Erarbeitung einer demokratischen Reichs-

verfassung wurde am 19. Januar 1919 – also eine Woche nach dem Bayerischen Landtag – gewählt und nahm bereits am 6. Februar 1919 in Weimar ihre Beratungen auf, die am 30. Juli 1919 in die Schlussabstimmung über die Weimarer Verfassung mündeten. Zur Erinnerung sei darauf hingewiesen, dass die parlamentarische Beratung der Bayerischen Verfassung erst am 16. Juni 1919 in Bamberg in Gang kam.

Die Eisner'schen Eskapaden und das anschließende Chaos der Münchner Räterherrschaft hatten den Bayerischen Staat nach außen hin für mehrere Monate nahezu handlungsunfähig gemacht. Auch wenn seit Ende November 1918 absehbar war, dass die künftige Reichsverfassung nicht von den Ländern auszuhandeln sein, sondern von einer Deutschen Nationalversammlung beschlossen würde, hätte ein zügiger Übergang zur parlamentarischen Demokratie auch in Bayern nach dem Muster der anderen süddeutschen Länder dazu führen können, die einzelstaatlichen Interessen gegenüber dem stark einheitsstaatlichen Konzept der Berliner Zentrale wirkungsvoller zur Geltung zu bringen²⁶ und Beiträge aus der eigenen Verfassungsdiskussion in die Beratungen auf Reichsebene einzubringen. Demgegenüber erscheint manchem Betrachter die Bamberger Verfassung bis heute fast wie ein Ausführungsgesetz zur Weimarer Reichsverfassung.²⁷

Dies wird freilich der Bamberger Verfassung als eigenständiger Leistung nicht gerecht, auch wenn Art. 17 Abs.1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) gewisse Grundlinien für die Landesverfassungen vorgab, nämlich die republikanische Staatsform, das Verhältniswahlrecht für die Volksvertretung und die Abhängigkeit der Landesregierung vom Vertrauen der



Abb. 4: Das Präsidium des Bamberger Landtags 1919.

Foto: Bildarchiv Bayerischer Landtag.

Volksvertretung. Pilony selbst hat zu Recht auf den zeitlichen Vorsprung seines bayerischen Verfassungsentwurfs hingewiesen und – nunmehr als Landtagsabgeordneter – mit verständlichem Stolz in der Sitzung des Verfassungsausschusses in der Bamberger Harmonie am 25. Juni 1919 ausgeführt: „Der Entwurf ist vielmehr vollkommen selbständig entstanden, er ist das erste Originalwerk eines republikanischen Verfassungsentwurfs gewesen [...] und wir legten großen Wert darauf, organisch und selbständig einen bayerischen Willen in diesem Verfassungswerke zum Ausdruck zu bringen.“²⁸

Was sind nun die wesentlichen originalen Merkmale dieses Werks, die die Bamberger Verfassung zu einem „eigensinnigen“ Meilenstein in der bayerischen, ja darüber hinaus in der deutschen Verfassungsgeschichte machen?

1. Die Bamberger Verfassung enthält die reinste Ausprägung der parlamentarischen Regierungsform, die es in Bayern bis auf den heutigen Tag gegeben hat: Nach ihrem § 3 Abs. 1 steht dem Parlament, also dem Landtag, „die Ausübung aller Rechte der Staatsgewalt zu, die nicht durch diese Verfassung oder die Verfassung des Deutschen Reiches der Staatsbürgerschaft, den Behörden oder den Verbänden der Selbstverwaltung vorbehalten sind“. Der Landtag ist also eindeutig das zentrale Verfassungsorgan. Er sollte den Ministerpräsidenten nicht nur wählen,²⁹ sondern die Regierung auch wirkungsvoll kontrollieren können – durch das „ordentliche parlamentarische Mittel“ der „Rechenschaftsforderung“,³⁰ das „außerordentliche parlamentarische Mittel“ der Misstrauenskundgabe³¹ und daneben auch noch über das aus dem konstitutio-

nenllen Staatsrecht der Monarchie übernommene „gerichtliche Mittel“ der Ministeranklage³² vor dem Staatsgerichtshof. Die einschlägigen Bestimmungen der Bamberger Verfassung lesen sich geradezu wie eine lehrbuchmäßige Ausarbeitung der Idealvorstellung Robert Pilotys von der parlamentarischen Demokratie, wie er sie schon während des Krieges in seiner eingangs erwähnten Schrift „Das parlamentarische System“ vertreten hatte: „Das Parlament will nicht nur Mitwirkungsrechte bei Gesetzgebung und Haushaltsführung und Antrags- und Beschwerderechte in Bezug auf die Verwaltung haben, sondern es will regieren [...] und die Regierung dadurch bestätigen, dass es in seinen Parteien Programme für die Regierung entwirft, Männer, die sich auf diese Programme verpflichten, erzieht [!], zur Regierung bestimmt und für die Einhaltung des Programms verantwortlich macht...“³³

Der Ministerpräsident war demgegenüber nicht besonders stark ausgestattet – er hatte gegenüber dem Landtag zwar das Vorschlagsrecht zur Berufung der übrigen Minister,³⁴ konnte diese aber nicht abberufen und hatte auch – anders als der Reichskanzler nach Art. 56 WRV – ihnen gegenüber keine Richtlinienkompetenz. Die Staatsregierung – die Bamberger Verfassung nennt sie das „Gesamtministerium“ – war also strikt als Kollegialorgan konzipiert – gleichsam als Führungsgerüttum der Parlamentsmehrheit, die – auch der damaligen Parteienlandschaft entsprechend – durchaus aus mehreren Koalitionsfraktionen bestehen konnte.

Dieses Konzept widersprach natürlich der überkommenen deutschen Wunschvorstellung von der starken FührungsPersönlichkeit, die über den Parteien steht und gegenüber dem „Parteiengezänk“ mit starker Hand durchgreift. Die Weimarer

Reichsverfassung kam diesem Bedürfnis bekanntlich durch die Ausgestaltung des Amts des Reichspräsidenten als einer Art „Ersatzkaiser“ nach – und das mag auf Reichsebene in der Anfangszeit angesichts der akuten Bedrohung der Reichseinheit durch die Siegermächte und diverse separatistische und extremistische Unruheherde im Inneren auch nötig gewesen sein. Auf Dauer bewährt hat es sich hingegen nicht, wie die fatale Rolle des Reichspräsidenten von Hindenburg in den Jahren ab 1930 zeigt. Die Schöpfer der Bamberger Verfassung waren da schon weiter, wie die Kritik Ernst Fraenkels an ihren Weimarer Kollegen sichtbar werden lässt: „Im Denken der Väter der Weimarer Verfassung spukt noch die Vorstellung, dass das Haupt der Exekutive dazu berufen sei, das Volksganze zu symbolisieren und das Gemeininteresse wahrzunehmen. Dank ihres Unverständnisses für die repräsentativen Aufgaben eines Parlaments schufen sie eine plebisziär-autoritäre Verfassung. Ein Volk, das seinem Parlament nicht die Fähigkeit zur Repräsentation zutraut, leidet an einem demokratischen Minderwertigkeitskomplex. Die angeblich demokratischste Verfassung der Welt [so Reichsinnenminister Dr. David] war das Produkt obrigkeitstaatlichen Denkens.“³⁵

Freilich mussten die Parteien für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie erst einmal ihre aus monarchischen Zeiten überkommene Attitüde ablegen, ihre jeweilige Position unbeweglich in Reinkultur zu vertreten, und Verantwortung für den am Ende eines parlamentarischen Diskurses notwendigen Kompromiss übernehmen. Das meinte Piloty wohl auch, wenn er in dem vorangegangenen Zitat von der „erzieherischen“ Aufgabe des Parlaments sprach, und das brauchte auch in Bayern einige Zeit: So

war nach dem Ende der Regierung Hoffmann II am 14. März 1920 die stärkste Fraktion des Landtags – also die BVP-Fraktion – nur dazu bereit, in rascher Folge an der Berufung sogenannter Beamtenregierungen mitzuwirken, indem man jeweils einen hochrangigen Ministerialbeamten (von Kahr, Graf Lerchenfeld, von Knilling) zum Ministerpräsidenten wählte, den man dann ebenso rasch auch wieder fallen lassen konnte. Dies änderte sich erst mit der Wahl ihres Fraktionsvorsitzenden Heinrich Held zum Ministerpräsidenten am 28. Juni 1924, der sich – wie schon die Vorgängerregierung – auf seine eigene Partei, den Bauernbund und die nationalkonservative Bayerische Mittelpartei stützte.

Diese Konstellation blieb unverändert, bis der Bauernbund schon im Zeichen der großen Wirtschaftskrise am 16. Juli 1930 die Koalition im Streit um die Einführung einer Schlachtsteuer platzen ließ. Heinrich Held blieb dennoch mit einem Rumpfkabinett sogar über die Landtagsneuwahl vom April 1932 hinaus bis zur Machtübernahme der Nazis im März 1933 geschäftsführend im Amt. Seine Regierung war auch über die ganze Zeit hinweg durchaus handlungsfähig, indem sie mit wechselnden Mehrheiten Gesetze durch den Landtag brachte und im Übrigen mit den auch in der Bamberger Verfassung vorgesehenen Notverordnungen³⁶ regierte.³⁷ Die Bamberger Verfassung ermöglichte die Stabilität einer derartigen geschäftsführenden Regierung dadurch, dass sie für die Neuwahl des Ministerpräsidenten³⁸ ausdrücklich eine absolute Mehrheit im Landtag vorschrieb, so dass also ein einmal derart gewählter Ministerpräsident auch wiederum nur mit absoluter Mehrheit für einen neuen Kandidaten aus dem Amt entfernt werden konnte. Diese Regelung kam

also im Ergebnis dem von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes als große neue Errungenschaft angesehenen „konstruktiven Misstrauensvotum“³⁹ durchaus nahe (– ja sie wirkte, anders als die Regelung des Grundgesetzes,⁴⁰ sogar über eine Neuwahl des Parlaments hinaus).

Freilich bleibt zu bedauern, dass die „erzieherische Wirkung“ des parlamentarischen Systems in den 1920er Jahren offenbar nicht ausgereicht hat, die demokratischen Parteien auch danach noch zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung zu veranlassen. Dies wäre in Bayern auch noch aufgrund des Landtagswahlergebnisses vom April 1932 möglich gewesen, wenn man die SPD in die Regierung einbezogen hätte (BVP 45, SPD 20 von 128 Sitzen). Doch dazu waren weder der „entschiedene Antisozialist Held“ noch wohl auch die SPD bereit, obwohl es schon im Jahr 1928 entsprechende Fühlungsnahmen auf Initiative der „grauen Eminenz“ der BVP, des „Bauerndoktors“ Heim und ihres damaligen „kommenden Mannes“, des späteren ersten Nachkriegsministerpräsidenten Fritz Schäffer gegeben hatte.⁴¹ Eine parlamentarische Mehrheitsregierung hätte die Stellung Bayerns gegenüber Berlin am Ende der Weimarer Zeit sicher stärken können. Ob es freilich das Ende des durch die Bamberger Verfassung geprägten Bayerischen Staates hätte verhindern können, erscheint mehr als fragwürdig. Denn das faktische Geltungsende der Bamberger Verfassung wurde am 9. März 1933 nicht „von innen“, sondern durch die Machtübernahme des von der Reichsregierung Hitlers entsandten „Reichskommissars für Bayern“ Franz von Epp herbeigeführt.⁴²

Ob die Existenz eines „Bayerischen Staatspräsidenten“ an diesem Ergebnis etwas geändert hätte, erscheint ebenso frag-

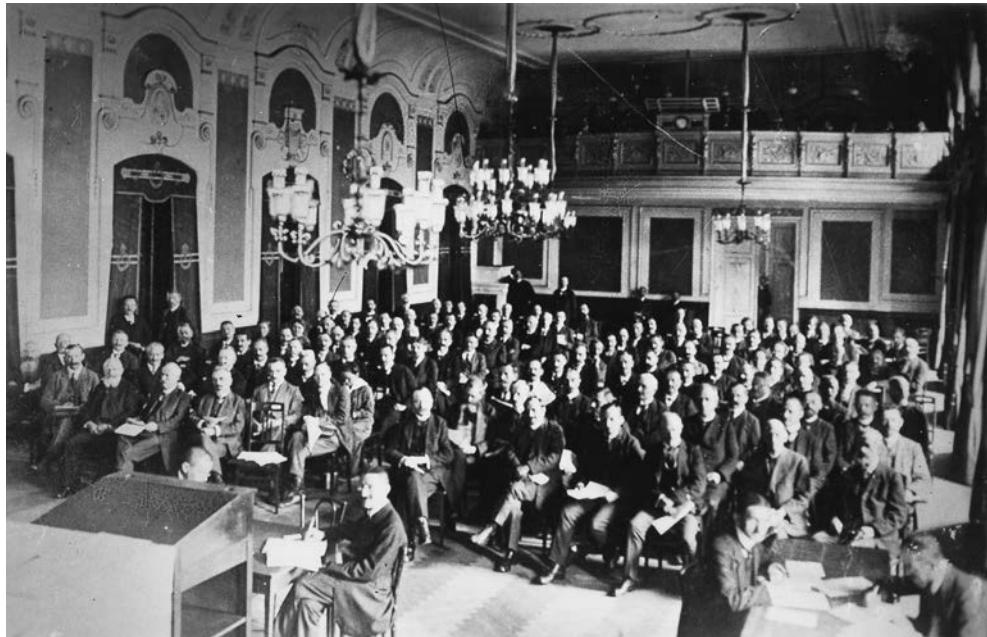


Abb. 5: Blick in eine Sitzung des Bamberger Landtags, April/Mai 1919.

Foto: Bayerische Staatsbibliothek, Bildarchiv hoff-5271.

lich. Piloty hatte die Einrichtung eines dem Reichspräsidenten vergleichbaren Staatspräsidenten ebenso wie Ministerpräsident Johannes Hoffmann von Anfang an als Schwächung der parlamentarischen Regierung entschieden abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei hatte bei der Eröffnung der Bamberger Verfassungsberatungen durch ihren Sprecher Heinrich Held im Verfassungsausschuss am 16. Juni 1919 eine solche Institution zwar angeregt, aber hierzu nicht einmal einen förmlichen Antrag gestellt.⁴³

Nachdem das Verfassungswerk in trockenen Tüchern und der Revolutionsschock verflogen war, wurde der Ruf nach dem „starken Mann“ bei den Rechten und auch in Teilen der Bayerischen Volkspartei wieder lauter. So brachte die BVP-Fraktion am 15. September 1921 im Landtag

den Antrag ein, die Staatsregierung möge einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Staatspräsidenten vorlegen. In Teilen der BVP wurde dies wohl als erster Schritt zur Wiedereinführung der Monarchie betrachtet.⁴⁴ Dabei erfolgte der Antrag wohl vor allem aus taktischen Gründen. So berichtet der württembergische Gesandte anlässlich eines Gesprächs mit dem nunmehrigen Ministerpräsidenten von Knilling am 16. März 1923: „Herr von Knilling bestätigte die von mir schon immer vertretene Auffassung, daß der Beweggrund für den Beginn der Aktion der Bayerischen Volkspartei zur Schaffung eines Staatspräsidenten der Wunsch war, die durch den Rücktritt Kahrs enttäuschten Parteimitglieder durch die Hoffnung zu trösten, daß sie ihn als Staatspräsidenten wiedersehen würden.“⁴⁵ Der Vorstoß zur Einführung eines Staats-

präsidenten scheiterte dann letztlich an der verfassungsrechtlichen Hürde für eine Verfassungsänderung,⁴⁶ die Pilony ganz bewusst extrem hoch angesetzt hatte.⁴⁷

2. Neben der konsequenten, ja geradezu lehrbuchhaften Ausgestaltung der Regierungsform der parlamentarischen Regierungsform zeichnet sich die Bamberger Verfassung durch einen wegweisenden Ausbau der Gewährleistung der verfassungsmäßigen Ordnung durch die dritte Gewalt, also die Gerichtsbarkeit, aus. Da ist zum einen das Institut der Verfassungsbeschwerde für den einzelnen Bürger in § 93 VU, über die nun nach § 70 Abs. 1 VU der Staatsgerichtshof zu entscheiden hat. Schon der Regierungsentwurf⁴⁸ sah in seinem § 98 ein Beschwerderecht jedes Staatsbürgers an den Landtag vor, „wenn er glaubt durch die Tätigkeit einer Verwaltungsbehörde oder Stelle in seinem Recht unter Verletzung dieser Verfassung geschädigt worden zu sein und beim Ministerium keine Abhilfe gefunden hat“. Ein entsprechendes Recht konnte übrigens auch schon die Bayerische Konstitution von 1818⁴⁹ in ihrem Titel VII § 21. Erst in der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs im Verfassungsausschuss kam dann der Gedanke auf, über derartige Verfassungsbeschwerden nicht den Landtag, sondern ein unabhängiges Gericht entscheiden zu lassen. Dem lag wohl die Erkenntnis zugrunde, dass eine Bedrohung der Bürgerrechte des Individuums in der parlamentarischen Demokratie – anders als im Obrigkeitstaat – nicht nur von der staatlichen Verwaltung, sondern auch von einer Parlamentsmehrheit ausgehen könnte. In dem von den drei Berichterstattern, darunter Robert Pilony für die Deutsche Demokratische Partei und Heinrich Held für die Bayerische Volkspartei, zu verantwortenden Ausschussbe-

richt heißt es hierzu: „In Erkenntnis, daß die Führung der Staatsgeschäfte künftig stärker als bisher dem Einflusse maßgebender politischer Parteien oder einer parteipolitisch scharf umgrenzten Mehrheit im Landtage unterliegen und nach dieser Richtung wesentlich unselbständiger werde, hat der Ausschuß es für notwendig erachtet, die Entscheidung über die Verfassungsbeschwerde dem Landtage zu entziehen und dem Staatsgerichtshofe zu überweisen.“⁵⁰

Damit ist den maßgeblichen Vätern der Bamberger Verfassung noch buchstäblich in letzter Minute ein großer Wurf gelungen, der weder in der Weimarer Reichsverfassung noch in den anderen Landesverfassungen jener Zeit eine Entsprechung findet. Zwar wurden zunächst bis 1930 nur 95 Verfassungsbeschwerden erhoben, von denen vier stattgegeben wurde,⁵¹ wobei offenbar zunächst vor allem Beamte als Kenner der Materie von diesem neuen Rechtsbehelf Gebrauch machten.⁵² Doch wurde damit eine Bewegung in Gang gebracht, die in der Bayerischen Verfassung von 1946⁵³ wieder aufgegriffen worden ist und nach diesem Vorbild Eingang in die Verfassungspraxis des Bundes unter dem Grundgesetz gefunden hat,⁵⁴ heute ist die Verfassungsbeschwerde in Deutschland eines der populärsten Mittel zur Geltendmachung verfassungsmäßiger Rechte – zum Bundesverfassungsgericht werden jährlich mehrere tausend Verfassungsbeschwerden erhoben.

Im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Verfassung steht eine weitere Errungenschaft der Bamberger Verfassung, die ebenfalls erst in der 2. Lesung im Verfassungsausschuss durch die Berichterstatter aufgebracht worden ist, nämlich die richterliche Normprüfungskompetenz.⁵⁵ Nach § 72 VU prüfen die „mit der Rechtspflege betrauten Behörden“ bei ihren Ent-



Abb. 6: Absperrmaßnahmen durch die Bürgerwehr am Bamberger Schillerplatz während einer Landtagssitzung.
Foto: Stadtarchiv Bamberg D 1045 NL Berta Rupp.

scheidungen, „ob ein anzuwendendes Gesetz nicht mit einer Bestimmung der Verfassung des Deutschen Reiches, dieser Verfassung oder einem anderen Verfassungsgesetz in Widerspruch steht“.

Auch damit betraten die Autoren der Bamberger Verfassung Neuland. Die Weimarer Reichsverfassung enthielt keine entsprechende Regelung. Nach dem damaligen Verständnis vom allgemeinen Gesetzesvorbehalt konnten die Grundrechte aus

der Verfassung vom Parlamentsgesetzgeber ja jederzeit eingeschränkt werden, so dass für eine richterliche Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Parlamentsgesetzen eigentlich kein Raum sei. Dem entsprechend lehnten auch die reichsweit herausragenden Staatsrechtslehrer Gerhard Anschütz und Richard Thoma ein solches Normprüfungsrecht der Gerichte zur damaligen Zeit entschieden ab; das Gleiche gilt für den großen sozialdemokratischen

Rechtsgelehrten und zeitweiligen Reichsjustizminister Gustav Radbruch, der vielleicht auch mutmaßte, noch in der Monarchie groß gewordene Richter könnten einem fortschrittlichen demokratischen Gesetzgeber in den Arm greifen.⁵⁶

Die „*Bamberger Linie*“ hat sich letztlich in Deutschland durchgesetzt, wobei die Nachkriegsverfassungen in Bund und Land die Kompetenz, ein Parlamentsgesetz wegen Verfassungsverstoßes zu verwerfen, ausdrücklich beim Landes- bzw. Bundesverfassungsgericht konzentrieren,⁵⁷ so dass nicht jeder Amtsrichter sich über das Parlament hinwegsetzen kann.

Wie wichtig eine solcherart starke Ausgestaltung des Rechtsstaats ist, erweist sich gerade heute angesichts der Bedrohung durch den Populismus, wenn etwa der Sprecher der polnischen Regierungspartei PiS die dortigen Eingriffe in eine unabhängige Gerichtsbarkeit mit dem Satz begründet, der Wille des Volkes stehe über dem Gesetz.

Die Bamberger Verfassung steht demgegenüber für eine geradezu vorbildliche Ausprägung der parlamentarischen Demokratie, in der Entscheidungen in einem offenen Verfahren im politischen Diskurs aller Beteiligten letztlich im Wege des Compromisses gefunden werden, und für einen Rechtsstaat, der den einzelnen Bürger wie auch Minderheiten in der Gesellschaft vor der Willkür einer autoritär geführten Mehrheit schützt. Die Bamberger Verfassung kann sich also sehen lassen – und an ihr ist die Erste Republik im Jahr 1933 gewiss nicht zugrunde gegangen.

Franken kann stolz darauf sein, dass diese Verfassung den Namen der fränkischen Stadt Bamberg trägt und wesentlich von einem Würzburger Professor entworfen worden ist. Überdies darf daran erinnert werden, dass die demokratische

Bewegung im Königreich Bayern im Vor- märz und in der Revolution 1848/1849 in Franken und der Pfalz ihre Wurzeln hatte, und es ist gewiss kein Zufall, dass dann auch die Franken und die Pfälzer bei den Verfassungsberatungen in Bamberg eine entscheidende Rolle spielten. Erst durch den Beitrag der damals sogenannten „neu-bayerischen“ Landesteile ist der moderne bayerische Staat zu dem freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesen mit einer offenen Bürgergesellschaft geworden, in dem wir heute leben.

Dr. Paul Beinhofer (geb. 1953 in München) studierte nach Abitur und Grundwehrdienst ab 1973 als Stipendiat der Stiftung Maximianeum Rechtswissenschaften in München (1981 Promotion mit einem verfassungsrechtlichen Thema [bewertet mit „summa cum laude“]). Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen trat er in die bayerische Staatsverwaltung ein, in der er nach einer Abordnung als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht in den Jahren 1986 bis 1989 wieder in München bis 1997 als Referatsleiter in der Regierung von Oberbayern sowie im Bayerischen Staatsministerium des Innern tätig war. Anschließend war er Regierungsvizepräsident der Oberpfalz, bis er im Jahr 2000 zum Regierungspräsidenten von Unterfranken ernannt wurde. Seit dem 1. Januar 2019 ist er im Ruhestand. Dr. Beinhofer ist außerdem seit dem Bundestag in Coburg 2003 1. Bundesvorsitzender des FRANKENBUNDES. Seine Anschrift lautet: Hofweg 19, 97209 Veitshöchheim, E-Mail: P.Beinhofer@gmx.de.

Anmerkungen:

- 1 Für den Druck überarbeitete Fassung eines Vortrags, der am 11.07.2019 auf Einladung der FRANKENBUND-Gruppe Bamberg im Saal des Stadtarchivs Bamberg gehalten wurde.
- 2 Hoegner, Wilhelm: Lehrbuch des bayerischen Verfassungsrechts. München 1949, S. 17.
- 3 Vgl. Ministerratsprotokoll vom 18.11.18, in: Bauer, Franz Josef (Bearb.): Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente. Düsseldorf 1987, S. 43.
- 4 So Pilony, Robert: Die bayerische Verfassung vom 14. August 1919, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart IX (1920), S. 129–162, hier S. 133.
- 5 Vgl. zum Ganzen Ehberger, Wolfgang: Robert Pilony und die Entstehung der Bamberger Verfassung, in: Gehringer, Horst u.a. (Hrsg.): Demokratie in Bayern. Die Bamberger Verfassung von 1919. Bamberg 2019, S. 141–163, hier S. 151ff.
- 6 Meyer, Georg: Lehrbuch des deutschen Staatsrechts. Leipzig 1878, S. 11.
- 7 Ehberger, Wolfgang: Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919. München 2013, S. 48 Fn. 47.
- 8 Pilony Robert: Das parlamentarische System. Eine Untersuchung seines Wesens und Wertes. Berlin–Leipzig 1917, S. 32ff.
- 9 Ebd., S. 5.
- 10 Möckl, Karl: Monarchie und Republik Bayern. Zur Bedeutung der Bamberger Verfassung von 1919, in: Stammen, Theo u.a. (Hrsg.): Festschrift für Hans Maier. Paderborn 1996, S. 177–196.
- 11 Ebd., S. 183.
- 12 Pilony, Robert: Die Verfassungsurkunde des Freistaats Bayern. München 1919, S. 12.
- 13 Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt [künftig: BayGVBl] 1919, S. 1, abgedruckt bei Pilony: Verfassungsurkunde (wie Anm. 12), S. 12ff.
- 14 Pilony: Verfassungsurkunde (wie Anm. 12), S. 17.
- 15 Zit. nach Ehberger: Bayerns Weg (wie Anm. 7), S. 132, Fn. 432.
- 16 Zit. nach Grau, Bernhard: Kurt Eisner. 1867–1919. Eine Biographie. München 2017, S. 381.
- 17 Ebd., S. 430.
- 18 Pilony: Verfassungsurkunde (wie Anm. 12), S. 18f.
- 19 Vgl. zur Wahl: Hennig, Diethard: Johannes Hoffmann. Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. München u.a. 1990, S. 217.
- 20 Pilony, Robert: Die bayerische Verfassung (wie Anm. 4), S. 144.
- 21 Vgl. zum Zeitplan: Ehberger: Bayerns Weg (wie Anm. 7), S. 339ff.
- 22 Vgl. ebd., S. 103.
- 23 Bay GVBl 1919, S. 1.
- 24 So Martin Hille in seinem Beitrag „Vereinigte Staaten von Deutschland“, in: Unser Bayern, Jg. 67 (2018), Nr. 9/10, S. 10–14, hier S. 12.
- 25 Vgl. Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. V. Stuttgart 1978, S. 789f.
- 26 Vgl. zu den Entwürfen des Reichsamts des Innern: Huber: Verfassungsgeschichte (wie Anm. 25), S. 1179ff.
- 27 Vgl. hierzu: Körner, Hans-Michael: Bamberg. Die Verfassung von 1919, in: Schmid, Alois u.a. (Hrsg.): Schauplätze der Geschichte in Bayern. München 2003, S. 354–368, hier S. 366.
- 28 Zit. nach: Heydenreuter, Reinhard: Das Werden der Bamberger Verfassung, in: Wagenhöfer, Werner u.a. (Hrsg.): Räterepublik oder parlamentarische Demokratie. Die Bamberger Verfassung 1919. Bamberg 1999, S. 115–133, hier S. 119.
- 29 § 58 Abs. 1 Satz 2 der Bamberger Verfassungsurkunde [künftig VU], Bay GVBl 1919, S. 531ff.
- 30 § 54 VU.
- 31 § 55 VU.
- 32 § 56 VU.
- 33 Pilony: Das parlamentarische System (wie Anm. 8), S. 5.
- 34 § 58 Abs. 1 S. 3 u. 4 VU.
- 35 Fraenkel, Ernst: Die repräsentative und die plebisizitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat, in: ders.: Deutschland und die westlichen Demokratien. Stuttgart 3. Aufl. 1968, S. 81–119, hier S. 113.
- 36 § 64 VU.
- 37 Vgl. zum Ganzen: Hille, Martin: Revolution und Weltkriege. Bayern 1914 bis 1945. Köln u.a. 2018, S. 166ff.
- 38 In § 58 Abs. 1 Satz 3 VU.
- 39 Art. 67 Abs. 1 GG.

- 40 S. Art. 63 GG.
- 41 Vgl. Altendorfer, Otto: Fritz Schäffer als Politiker der Bayerischen Volkspartei 1988–1945. Teilband 1. München 1993 (Diss. Passau 1990), S. 396f.
- 42 Vgl. Hille: Revolution und Weltkriege (wie Anm. 37), S. 180.
- 43 Vgl. Ehberger: Bayerns Weg (wie Anm. 7), S. 255f. u. S. 259, Fn. 470.
- 44 Ebd., S. 319f.
- 45 Zit. nach Altendorfer: Fritz Schäffer (wie Anm. 41), S. 252, Fn. 915.
- 46 Vgl. Ehberger: Bayerns Weg (wie Anm. 7), S. 321f. zum Ablauf im Einzelnen.
- 47 S. §§ 10 Abs. 2 Sätze 2 u. 3, 92 VU.
- 48 Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919. Beilagenband I, S. 111–120.
- 49 Bay GB 1818, S. 101.
- 50 Verhandlungen des Bayerischen Landtags 1919. Beilagenband II, Beilage 330, S. 413ff, hier S. 416.
- 51 So Ruf, Christian Georg: Die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919. Baden-Baden 2015, S. 412, Fn. 298.
- 52 Vgl. Lindner, Josef Franz: 100 Jahre Verfassungsbeschwerde im Freistaat Bayern, in: Bayerische Verwaltungsbücher 2019, S. 577–583, hier S. 582, Fn. 68.
- 53 In Art. 120.
- 54 Jetzt Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG.
- 55 Vgl. Piloty: Die Verfassungsurkunde (wie Anm. 12), Vorbem. zu § 72.
- 56 Vgl. zum Ganzen: Ruf: Die Bayerische Verfassung (wie Anm. 51), S. 366, insbes. dort auch Fn. 72.
- 57 Art. 92 BV 1946, Art. 100 Abs. 1 GG.

Lektorat • Korrektorat • Herstellung

Ob Wissenschaft oder Belletristik, ich bearbeite Ihre Texte ganz individuell nach Ihren Wünschen. Aus langjähriger Berufserfahrung weiß ich, dass es Zeit und Geld spart, wenn inhaltliche Arbeit und die Erstellung des Layouts in einer Hand liegen – der Synergieeffekt ist immens. Ich biete daher nicht nur Lektorat und Korrektorat Ihrer Manuskripte an, sondern auch die Herstellung Ihrer Druckerzeugnisse bis hin zur Abgabe einer druckoptimierten PDF-Datei an eine Druckerei Ihrer Wahl.

Referenzen: Akademie Verlag – Archiv der Max-Planck-Gesellschaft – Bergstadtverlag – Böhlau Verlag – Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa – de Gruyter Oldenbourg – Elmar Hahn Verlag – Frankenbund – Harrassowitz Verlag – Herold. Verein für Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften – Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg – Stiftung Kulturstiftung Schlesien – Verein für Geschichte Schlesiens.



**Lektorat, Satz- und Datentechnik Oliver Rösch M. A.,
Gertrud-v.-Le-Fort-Str. 32, 97074 Würzburg, Tel.: 0931-8041010,
E-Mail: roesch.oliver@yahoo.de, Homepage: www.oliverroesch.de**

Franken um 1920 – Zur politischen Lage

Im Jahr 1920 war die politische und die Lebenswelt der Franken erschüttert. Von den ‚goldenenden Zwanzigern‘ war keine Spur.¹ Politische und ökonomische Krisen bestimmten die Lage.

1914 hatte zur Hundertjahrfeier der Zugehörigkeit Unterfrankens zum Königreich Bayern noch der bayerische König Ludwig III. (1845–1921, Regent 1912, König 1913–1918) Würzburg besucht, das als Großherzogtum unter Ferdinand III. lange zu Napoleon gehalten hatte und erst nach dessen Niederlage wieder an Bayern gekommen war.² Am 25. Mai 1918 gedachte man des 100. Jahrestages des Inkrafttretens der zweiten bayerischen Verfassung. Damals ahnte noch kaum jemand etwas von der baldigen Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, schließlich standen auch die bayerischen Truppen tief im Feindesland. Der „Steckrübenwinter“ von 1916/1917, die durch die britische Seeblockade bedingte Lebensmittelrationierung, Streiks und bald noch die Spanische Grippe sorgten jedoch schon für Not und Elend.

1920 hatte man den Schock der Niederlage und die demütigenden Umstände der erzwungenen Unterzeichnung des Versailler Vertrages zwar ebenso wie das sang- und klanglose Verschwinden der Monarchien – sowohl derjenigen der Hohenzollern im Reich wie derjenigen der Wittelsbacher in München – hinter sich gebracht, obwohl die Novemberrevolution und die Räterepubliken sowie die bürger-



Abb. 1: König Ludwig III. (1845–1921) dankte im November 1918 ab und ermöglichte den Wandel Bayerns zum Freistaat.

Foto: Von Universitätsbibliothek Heidelberg, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=75722865>.

kriegsartigen Zustände den Winter 1918/1919 und das Frühjahr 1919 im nunmehrigen Freistaat – als solche wurde das Gebilde auch in der Bamberger Verfassung fixiert³ – bestimmt hatten. Die parlamentarisch gewählte bayerische Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann (1867–1930) (SPD) hatte vor dem Ansturm der Revolutionäre und ihrer Räteherrschaft, die bei den Landtagswahlen ge-

rade nicht legitimiert worden war, nach Bamberg ausweichen müssen. Die Revolutionäre und Emissäre der Räterepublik, die sich nirgends in Franken auf eine breite Zustimmung der Bevölkerung stützen konnten, wurden aber bald von Truppen der Reichswehr, Einwohnerwehren und Freikorps besiegt.

1920 hatte sich die Lage also etwas beruhigt. Die linke SPD-Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) konnte sich bei den bayerischen Landtagswahlen im Juni 1920 zwar von kümmerlichen 2,5 Prozent, die sie bei der Wahl im Januar 1919 erreicht hatte, auf 12,9 Prozent verbessern, und die erstmals angestretene Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) erzielte 1,8 Prozent. Aber die katholische Bayerische Volkspartei (BVP), die bayerische Spielart des Zentrums, ging mit 39,4 Prozent als klarer Sieger durchs Ziel. Die ebenfalls republiktreue SPD erlangte 16,4 Prozent der Stimmen, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) erzielte 8,1 Prozent und der Bayerische Bauernbund (BB) 7,9 Prozent. Die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) kam auf 13,5 Prozent. Radikale Parteien von links hatten also nur ein Siebtel der Stimmen auf sich vereinigen können.⁴ Die Sozialdemokratie war in den Städten stark, besonders im protestantischen Nürnberg, die BVP dominierte in den katholischen Gebieten.

Nach dem niedergeschlagenen Kapp-Putsch im März 1920, zu dessen Scheitern die auch in Franken streikenden Arbeiter beigetragen hatten, war der monarchisch gesinnte Gustav von Kahr (1862–1934) von der BVP zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Er ließ die noch verbliebenen Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und verstand Bayern als ‚Ordnungszelle‘ des Reiches. Die NSDAP konnte in diesem



Abb. 2: Ministerpräsident Johannes Hoffmann (1867–1930) (SPD) war mit Regierung und Parlament vor der Räterepublik nach Bamberg geflüchtet. Foto: Von Photographer Unknown, taken on or prior to 1919 – Bureau of the Reichstag (ed.): Handbook of the Constituent National Assembly, Weimar (Carl Heymann Verlag, Berlin 1919), Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=54284735>.

Jahr ganze zehn Mitglieder in Schweinfurt sammeln, ansonsten war sie noch kaum in Franken vertreten. Allerdings hatte sich auch in Franken der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund mit einigen Ortsgruppen etabliert. Mitglied war hier bereits der spätere Gauleiter Mainfrankens Otto Hellmuth (1896–1968).⁵

Da die dynastische Klammer fortgefalten war, traten fränkische separatistische Tendenzen wieder zu Tage, etwa in Nürnberg, die allerdings keine nachhaltige Wirkung entfalten konnten. Als ‚echte‘ Bayern empfinden sich die Franken freilich bis heute nicht.

In Franken selbst blieb die damals noch sehr relevante konfessionelle Spaltung bestehen, abzulesen auch an den Wahlergebnissen, insbesondere denjenigen für die NSDAP, für welche der Zuspruch unter den Protestanten deutlich höher war als bei den Katholiken. Ebenso existierte das Stadt-Land-Gefälle fort. Wirtschaftliche Dynamik, die Gründung oder der Ausbau von Industriebetrieben blieben in Franken auf die größeren Städte beschränkt; auf dem Land herrschte Stagnation und Armut.⁶ Allerdings konnte man sich dort mit Nahrungsmitteln behelfen. In Würzburg kam es bei einer Hungerdemonstration, die sich gegen Preissteigerungen und Lebensmittelknappheit richtete, am 28. Juni 1920 gar zum sogenannten „Blutmon-

tag“. Warnschüsse der Reichswehr trafen zwei Personen tödlich, bei den Ausschreitungen gab es Verletzte, und der Regierungspräsident Unterfrankens verhängte den Ausnahmezustand.⁷

Eine Teilung in Stadt und Land hatte sich schon mit der ausbleibenden ‚Augustbegeisterung‘ bei Kriegsbeginn in ländlichen Regionen abgezeichnet, dann bei der unterschiedlichen Versorgung im Krieg, als die Hamsterfahrten der Städter für Konflikte sorgten.⁸ Auf dem Lande war eine größere Kontinuität der Einstellung bürgerlicher Schichten über den Krieg hinweg zu beobachten. Dort fehlte auch weitgehend die nationalistische Aufladung durch Ideologie und Propaganda. Nach dem Krieg wurde die Bindung an die Monarchie zwar gekappt, aber die Landbevölkerung blieb in weiten Teilen katholisch und entsprechend politisch, nun auf die BVP hin orientiert, vorkapitalistisch und mit einem in den allgemeinen Hungerkrisen gestärkten Selbstbewusstsein.⁹

Die politischen Rahmenbedingungen verbesserten sich dann nach der eigentlichen Revolutionsphase. Am 1. Juli 1920 schloss sich Coburg nach einer Volksabstimmung im vorangegangenen Jahr Franken bzw. dem Freistaat Bayern an. Die bayerische Verfassung garantierte das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Frauen und Männer auch in den Kommunen, wo nun anstelle der Magistratsverfassung die süddeutsche Ratsverfassung galt. Einem auf zehn Jahre direkt gewählten Ersten Bürgermeister stand ein starker Rat gegenüber, für den die Zuständigkeitsvermutung galt. Die Kommunen genossen das Recht zur Selbstverwaltung, waren nach der Erzberger'schen Finanzreform von 1920 allerdings Kostgänger des Freistaates bzw. des Reiches.¹⁰

Als Belastungen, wie besonders die Folgezeit zeigen würde, blieben die immer



Abb. 3: Gustav von Kahr (1862–1934) amtierte von März 1920 bis September 1921 als bayerischer Ministerpräsident. Foto: Von Autor unbekannt – Deutsches Versicherungsmuseum, Gotha, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=41608781>.



Abb. 4: Der „Fränkische Volksfreund“ berichtete am 30. Juni 1920 über den Würzburger „Blutmontag“.

wieder aufflammenden Umsturzversuche von links und rechts, die ökonomisch prekäre Lage und das System von Versailles mit seinem Reparationsregime und der außenpolitischen Isolierung und Diskriminierung des Reiches. Die Deutschen – und hierhin waren sie sich quer durch alle politischen Lager weitgehend einig – fühlten sich durch das Versailler Regime nicht nur bestraft und entehrt, sondern auch betrogen. Das Hauptproblem des Versailler Vertragswerkes war nicht nur seine Härte, sondern dass es ein dauerhaftes, diskriminierendes und willkürliches Regime begründete, das mit dem Instrument der Gewaltandrohung durch die französischen Besatzungskräfte im Westen Deutschlands operierte und auf der Herrschaft einer interalliierten Reparations-

kommission beruhte, die ebenfalls diktierte und nicht verhandelte. Zur neuen Ordnung des Völkerbunds, der von den Alliierten dominiert war, fanden die Verlierernationen einstweilen keinen Zugang. Dass die Amerikaner als eifrigste Verfechter einer ‚League to enforce Peace‘ dem Genfer Völkerbund ebenfalls fernblieben und den Versailler Vertrag nicht ratifizierten, untermauerte die Schieflage des ganzen Systems. Vor allem wurde kein Abschluss dieser verdeckten Fortführung des Kriegszustandes gefunden.¹¹

In dieser Lage schien die Rückbesinnung auf den fränkischen Stamm eine Option, um psychische und ideelle Stabilität zu gewinnen. Der Stamm stand über der lokalen Heimat und wurde als Glied in einer Kette gesehen, die zum Volk und

der – nicht unbedingt biologisch und schon gar nicht im späteren nationalsozialistischen Sinne verstandenen – Rasse führe. Peter Schneiders Verständnis des fränkischen Stammes wollte sich dabei gerade über die kleinteilige Vielfalt der Heimatvereine erheben. Allerdings besaß sein 1920 gegründeter Frankenbund einen deutlichen Schwerpunkt im katholischen Würzburg und in Bamberg, zudem war die proklamierte historische Kontinuität des fränkischen Stamms eher eine Fiktion denn eine Realität, die sich aufzeigen ließ.¹² Schneider war durchaus bewusst, dass die Franken ein „*Mischvolk*“ waren und sich Neufranken mitunter stärker als „*begeisterte Franken*“ erwiesen könnten als „*echte‘ Franken*“. Die Franken waren für Schneider vor allem eine „*Schicksalsgemeinschaft*“, ein „*geschichtlich Gewordenes, Zusammengewachsenes*“, wie er recht modern formulierte, das nicht „*nur aus menschlichen Keimzellen herzuleiten*“ sei.¹³

In der Pflege fränkischer Mundart, Literatur, Lyrik, Kunst – kurz in der Rückbesinnung auf den Nahraum und im Rückzug in die Stammeskultur – zeigte sich eine Art fränkisches Biedermeier. In rauher Luft und unruhigen Zeittäufen der großen Politik konnte man sich in die behagliche Welt Frankens zurückziehen. Diese Idylle währte allerdings nicht lange: sie wurde beendet durch die Hyperinflation von 1923, die ökonomische Krise von 1929 und durch den Aufstieg der Nationalsozialisten, die mit Gauleiter Julius Streicher (1885–1946) in Nürnberg ihren unappetitlichsten Lautsprecher besaßen,

der 1940 selbst in der NSDAP für nicht mehr tragfähig befunden wurde. Von all dem war man 1920 allerdings noch weit entfernt.

Prof. Dr. Peter Hoeres (geb. 1971) studierte 1992–1997 Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Frankfurt am Main und Münster, wo er 2002 promoviert wurde (2003 Dissertationspreis der Universität Münster); 2004–2011 tätig als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Münster und Gießen, wo er sich 2011 habilitierte; nach Professur-Vertretungen in Gießen und Mainz ist er seit dem Wintersemester 2013/2014 Ordinarius für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg. Seit 2015 ist er Sektionsleiter für Geschichte der Görres-Gesellschaft; 2017 wurde er in den Wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung berufen und 2018 in die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Seit 2019 ist er Leiter der Neuen Deutschen Biographie (NDB) online. Seine wichtigsten Forschungsgebiete sind die Geschichte der internationalen, insbesondere transatlantischen Beziehungen, Mediengeschichte und die Geschichte politischer und wissenschaftlicher Ideen. Seine Anschrift lautet: Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Institut für Geschichte, Am Hubland, 97074 Würzburg, E-Mail: peter.hoeres@uni-wuerzburg.de.

Anmerkungen:

1 Der nachträglich geprägte Begriff ist allenfalls für das Jahrfünft von 1924 bis 1929 tauglich und auch da nur für die urbane Entwicklung,

besonders in Berlin. Vgl. Hoeres, Peter: Die Kultur von Weimar. Durchbruch der Moderne. Berlin 2008.

- 2 Vgl. zu dieser Periode demnächst im Druck: Rückert, Maximilian Th. L.: Politik im Krieg. Ferdinand III. von Toskana und das Großherzogtum. Diss. Würzburg 2019; zuvor schon Altgeld, Wolfgang/Stickler, Matthias (Hrsg.): „Italien am Main“. Großherzog Ferdinand III. der Toskana als Kurfürst und Großherzog von Würzburg. Rahden u.a. 2007.
- 3 Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern, § 1, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern, Bd. 1919, Nr. 58. München 1919: <https://daten.digitale-sammlungen.de/0010/bsb00108640/images/index.html?fip=193.174.98.30&id=00108640&cseite=547> (Aufruf am 29.07.2020). Freistaat bedeutet Republik.
- 4 Zahlen nach Stickler, Matthias: Neuanfang und Kontinuität. Würzburg in der Weimarer Republik, in: Wagner, Ulrich (Hrsg.): Geschichte der Stadt Würzburg. Bd. III/1. Stuttgart 2007, S. 177–195, hier S. 192.
- 5 Schott, Herbert: Die Jahre der Weimarer Republik und des Dritten Reichs, in: Kolb, Peter/Krenig, Ernst-Günter: Unterfränkische Geschichte. Bd. 5/1. Würzburg 2002, S. 327–465, hier S. 334f.
- 6 Wagner, Horst-Günter: Die Entwicklung des Wirtschaftsraums Unterfranken 1814–2000, in: Kolb, Peter/Krenig, Ernst-Günter: Unterfränkische Geschichte. Bd. 5/1. Würzburg 2002, S. 137–189, hier S. 167f.
- 7 Schott: Entwicklung (wie Anm. 5), S. 333.
- 8 Büttner, Ursula: Weimar, die überforderte Republik. 1918–1933. Leistungen und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Bonn 2008, S. 24.
- 9 Ziemann, Benjamin: Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923. Essen 1997, S. 462–472.
- 10 Stickler: Neuanfang und Kontinuität (wie Anm. 4), S. 184f.
- 11 Vgl. dazu Hoeres, Peter: Der Versailler Vertrag. Ein Frieden, der kein Frieden war, in: APuZ 15/2019, S. 38–44.
- 12 Blessing, Werner K.: Patriot in schwieriger Zeit. Zum 50. Todestag von Dr. Peter Schneider, in: FRANKENLAND 61/2009, S. 41–62.
- 13 Schneider, Peter: Deutsche und fränkische Rassenkunde, in: Fränkische Heimat 4 (1925), S. 268–273 und S. 314–319, Zitate S. 318f. Trotz des Titels und mehrfacher Referenzen auf die „nordische Rasse“ stellt dieser Beitrag Schneiders eine höflich formulierte, aber deutliche Absage an die Ideen der Günther'schen Rassenkunde („Rassen-Günther“) dar, die er an dieser Stelle besprach: Günther, H. F. K.: Rassenkunde des deutschen Volkes. München 3. Aufl. 1923.

Wir drucken alles für Sie!

halbigdruck
offset + digital

EGLMAYER VERLAG
Fachverlag für Handel
Behörden und Industrie

Heisenbergstraße 3
97076 Würzburg

Telefon 09 31/2 76 24
Telefax 09 31/2 76 25

info@halbigdruck.de
www.halbigdruck.de

Franken um 1920 – Die religiöse und kirchliche Situation

Die Revolution von 1918/1919 und die daraus resultierenden Veränderungen brachten für die katholische und evangelische Kirche in Franken große Herausforderungen mit sich. Der Katholizismus konnte sich allerdings aufgrund seiner im 19. Jahrhundert gewachsenen breitgefächerten Organisationsstrukturen und politischen Präsenz besser auf die neue Situation einstellen. Die evangelische Kirche bedurfte nach dem Ende des Summepiskopats vor allem neuer Strukturen. Die Juden Frankens gingen weithin von einer gefestigten Beheimatung aus, auch wenn sich neue Bedrohungen abzeichneten.

Zur Identität bzw. zu den Identitäten Frankens gehört, dass diese historische Landschaft seit dem 16. Jahrhundert eine gemischtkonfessionelle Prägung besitzt. Die konfessionellen Schranken zwischen katholischen und evangelischen Christen waren um 1920 bedeutend höher als heute. Die mentalen, kulturellen und nicht zuletzt auch politischen Profilierungen in mehrheitlich katholischen bzw. evangelischen Regionen unterschieden sich beträchtlich; der Gegensatz wurde im Interesse der jeweiligen eigenen Selbstvergewisserung nicht selten auch von kirchenamtlicher Seite gezielt gepflegt.

Vor allem die früheren Gebiete der Hochstifte Bamberg, Würzburg und Eichstätt sowie des Mainzer Oberstifts um Aschaffenburg waren durch das im 19. Jahrhundert gewachsene katholische Milieu

geprägt. Dieses wusste einerseits die eigene Identität zu wahren und zu stärken, war andererseits aber auch von der in der Kulturkampfzeit gewachsenen Abwehrbereitschaft bestimmt.

Dicht war die Binnenorganisation, die es ermöglichen sollte, die einzelnen Katholiken von der Wiege bis zur Bahre zu begleiten und sozusagen auf Linie zu halten. Der Gründer des Frankenbundes Dr. Peter Schneider besaß persönlich zweifelsfrei diesen katholisch-konfessionell geprägten lebensweltlichen Hintergrund. Er und schließlich auch der von ihm gegründete Frankenbund dürften aber zu den Kräften gehört haben, die im Geiste der Heimatbewegung, einer allgemein christlichen, nicht zuletzt aber auch nationalen Orientierung, den konfessionellen Ab- und Ausgrenzungen die Schärfe nahmen und ein gesamtfränkisches Bewusstsein jenseits der Konfessionsunterschiede förderten.

Dies ist auch ein Hinweis dafür, dass der so monolithisch erscheinende Katholizismus spätestens seit der Kontroverse um katholischen Modernismus und Reformkatholizismus an der Wende zum 20. Jahrhundert in Bewegung geraten war. Vor allem der Würzburger Theologe Hermann Schell (1850–1906) hatte eine höhere Bereitschaft zum Dialog mit den Kräften des Wandels und Fortschritts, aber auch mit anderen christlichen Bekenntnissen angemahnt und nicht zuletzt eine abschließende Versöhnung mit dem preußisch-kleindeutschen Reich unterstützt. Die nationale Komponente erhielt infolge des Ersten Weltkrieges im katholischen Bereich ein größeres Gewicht, worin das

Verlangen der fränkischen Katholiken zu erkennen war, den fränkischen Protestanten in dieser Hinsicht in keiner Weise nachstehen zu wollen.

Der schon erwähnte Schell, aber auch andere (katholische) Theologen haben zahlreiche Priester und Laien – nicht immer zur Begeisterung der Diözesanleitungen – in diesem Geist beeinflusst und eine größere innerkirchliche Bereitschaft zur Kritik und zu Neuerungen gefördert. In der in den 1920er Jahren aufbrechenden katholischen Jugendbewegung und der liturgischen Bewegung fand diese Entwicklung ihre Fortsetzung. Für Franken gewann hier besonders die Burg Rothenfels an Bedeutung, die 1919 vom Fürstenhaus Löwenstein käuflich an den Jugendverband Quickborn überging. Die Ausstrahlung wuchs, als der angesehene Theologe

Romano Guardini (1885–1968) (Abb. 1) ab 1920 in enger Verbindung mit dem Quickborn und Rothenfels stand sowie ab 1927 (bis zur Konfiszierung der Burg Rothenfels durch die Nationalsozialisten 1939) als Burgleiter wirkte.

In Verbindung mit der liturgischen Bewegung regte sich auch im kirchlichen Bereich Interesse am neuen Bauen, verbunden mit einer Abkehr von historistischen Stilen. Hier ist vor allem der Neubau der Kirche St. Peter und Paul in Dettingen (1922/1923) unter Leitung der Architekten Martin Weber (1890–1941) und Dominikus Böhm (1880–1955) anzuführen, die als erste moderne Kirche in Deutschland gilt (Abb. 2). Dass solche Experimente auf Widerspruch stießen, kann aber nicht verwundern, denn noch war in beiden Konfessionen ein Stil mit histori-



Abb. 1: Romano Guardini auf Burg Rothenfels.

Foto: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/0/00/Guardini_auf_rothenfels.jpg.



Abb. 2: Innenansicht der Kirche St. Peter und Paul in Dettingen.

Foto: Michael Pfeifer.

sierenden Anklängen in Verbindung mit einem naturnahen und landschaftsbezogenen Bauen bestimmend. Es sollte damit auch eine gewisse Bodenständigkeit in einem (alt-) fränkischen Geist zum Ausdruck kommen.

Gegenüber der durch die Revolution aufgebrochenen neuen demokratischen Zeit der Weimarer Republik blieben große Kreise beider Konfessionen skeptisch. Zu erinnern ist allein daran, dass die drei fränkischen Bischöfe, der Würzburger Ferdinand (von) Schlör (1838–1924), der Eichstätter Leo (von) Mergel (1847–1932) sowie der Bamberger Johann Jakob (von) Hauck (1861–1943) jeweils durch königliche Nomination in ihr Amt gekommen waren und ihnen auch der persönliche Adel vom König verliehen worden war. In Würzburg herrschte ab 1920 die beson-

dere Situation, dass Bischof Schlör aus Altersgründen seine Bistumsleitung abgeben musste. Am 7. Juni dieses Jahres wurde der Bamberger Erzbischof Hauck als Administrator eingesetzt. Schlör verstarb am 2. Juni 1924. Erst dann erhielt das Bistum Würzburg wieder einen neuen Bischof. Zum 1. Oktober 1924 ernannte Papst Pius XI. (reg. 1922–1939) den Eichstätter Theologieprofessor Matthias Ehrenfried (1871–1948). Es kam damit erstmals das päpstliche Ernennungsrecht für die bayrischen Bischöfe in Anwendung, wie es das am 29. März 1924 unterzeichnete – aber erst am 24. Januar 1925 ratifizierte – Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Freistaat Bayern vorsah. Dieses Konkordat trug den neuen Verhältnissen nach der Revolution Rechnung und stellte die Beziehungen zwischen Staat und ka-



Abb. 3: Generalsynode in Ansbach 1920, Zug der Synodalen vom Ansbacher Schloss zum Eröffnungsgottesdienst in die Gumbertuskirche.
Foto: Landeskirchliches Archiv der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (LAELKB), BS 06 448 Ansbach.

tholischer Kirche in Bayern auf eine neue Grundlage. Analog kam es zu Kirchenverträgen zwischen dem Freistaat Bayern und der evangelischen Kirche, getrennt für die Pfalz und das rechtsrheinische Bayern (am 15. November 1924 unterzeichnet, am 27. bzw. 29. Januar 1925 in Kraft getreten).

Das Ende der bayerischen Monarchie war für die meisten Bischöfe, aber auch für viele Katholiken geradezu ein Schock. Gleichzeitig kompensierte man im katholischen Bereich diesen Verlust, indem den Bischöfen die Rolle von Ersatzmonarchen zuwuchs und sie in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung gewannen. Vor allem der aus Unterfranken (Heidenfeld) stammende Erzbischof von München und Freising Kardinal Michael (von) Faulhaber (1869–1952) verstand es, diese Rolle eindrucksvoll auszufüllen; auch Bischof Ehrenfried wusste sich als imposante Erscheinung in Szene zu setzen.

In beiden Konfessionen blickten nicht wenige mit Sorge auf die aus der Revolution resultierenden Veränderungen. Die geistliche Schulaufsicht wurde aufgelöst, ebenso die Mitwirkung der Geistlichen an der öffentlichen Armenpflege beendet. Letzteres trug aber dazu bei, dass die kirchlichen Initiativen im Bereich der Caritas und der Diakonie bzw. Inneren Mission

verstärkt wurden. Beide Konfessionen sahen es als Erfolg an, dass das konfessionelle Volksschulwesen erhalten blieb.

Die evangelische Kirche musste sich in Folge der Trennung von Staat und Kirche und dem Ende des monarchischen Summepiskopats nun auch organisatorisch eigenständig aufstellen. Vom 12. bis 17. August 1920 tagte in Ansbach eine verfassungsgebende Generalsynode der rechtsrheinischen evangelischen Kirche Bayerns (also ohne die Pfalz) (Abb. 3).

Sie diskutierte und verabschiedete eine neue Kirchenverfassung. Diese trat am 1. Januar 1921 in Kraft und schuf die bis heute bestehende „Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Bayern“ – damals noch mit dem Zusatz „rechts des Rheins“. Die neue Kirchenverfassung stärkte das synodale Element und die rechtliche Stellung der einzelnen Kirchengemeinden. An der Spitze der Landeskirche stand ein Kirchenpräsident. Schon auf der Ansbacher Generalsynode wurde der seit 1917 als Oberkonsistorialpräsident amtierende Geistliche Friedrich Veit (1861–1948) zum neuen Kirchenpräsidenten gewählt. Er lehnte übrigens die Bezeichnung (Landes-) Bischof ab, um eine Verwechslung mit katholischen Würdenträgern zu vermeiden. Erst Hans Meiser (1881–1956), der 1933

seine Nachfolge antrat, trug diesen Titel. Die Kirchenverfassung schuf zudem als neue Einheit drei Kirchenkreise mit Sitz in Ansbach, Bayreuth und München; später folgten Nürnberg (1935), Regensburg (1951) und Augsburg (1971). Ergänzend sei hier angemerkt, dass die jeweiligen Kreisdekane erst seit dem Jahr 2000 die Bezeichnung Regionalbischöfe führen. Am 1. April 1921 wurde auch Coburg Teil der bayerischen Landeskirche. Obwohl das Landeskirchenamt in München verblieb, schlug das Herz des bayerischen Luther-

tums wie schon immer seit den Anfängen des neuen Bayern zu Beginn des 19. Jahrhundert in Franken. Als geistliche Vorteile können Neuendettelsau mit seinen Einrichtungen für die innere und äußere Mission sowie Rummelsberg, wo in den 1920er Jahren ein Zentrum der Diakonie entstand, genannt werden. 1924 bis 1927 entstand dort die für die Architektur der Zwischenkriegszeit typische Anstaltskirche St. Philippus (Abb. 4).

Trotz der angesprochenen Differenzen innerhalb des fränkischen Katholizismus dürfte die innerprotestantische Situation in den frühen 1920er Jahren noch spannungsreicher gewesen sein. Liberale, nationale, sozialreformerische und eher traditionell lutherische Kräfte standen sich hier gegenüber. Die Entfremdung von der Kirche stellte zudem vor allem im städtischen Bereich für den Protestantismus ein erhebliches Problem dar.

In der Forschung ist die Auffassung zu finden, dass sich der Katholizismus auf die neue Situation nach dem Ersten Weltkrieg besser als der Protestantismus einzustellen vermochte. Ohne die Demokratie als Staats- und Lebensform voll bejahren zu müssen bzw. zu wollen, boten sich jetzt verbesserte Möglichkeiten, über den sog. politischen Katholizismus (also das Zentrum bzw. in Bayern ab 1919 durch die Bayerische Volkspartei) kirchliche Interessen zu wahren. Gleichwohl ist auch hier eine innere Erosion festzustellen, wie sie die Gründung der Christlich-Sozialen Partei 1920, die auch den Beinamen Bayerisches Zentrum trug und linke, teils auch sozialistisch orientierte Kräfte des katholischen Lagers zusammenführte, an den Tag legte. Ihre Exponenten Vitus Heller (1882–1956) und Leo Weismantel (1888–1966), der allerdings der Partei nicht selbst angehörte, konnten vor allem in Würzburg



Abb. 4: Die Philippuskirche in Rummelsberg.
Foto: <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=26324890>.

eine gewisse Anhängerschaft, besonders bei den jungen Katholiken, gewinnen.

Das Ende der Monarchien und der Übergang zur Demokratie bedeuteten für die innere Struktur des deutschen und fränkischen Katholizismus keinen besonders auffälligen Einschnitt. Mit der Weimarer Verfassung fielen sogar manche hemmenden staatskirchlichen Schranken. Die freien Entfaltungsmöglichkeiten, die nun die Kirche erhalten hatte, führten zu einer Blüte des Ordenslebens und zu einem Höhepunkt des Verbandskatholizismus. Vor allem für die katholischen Verbände war Würzburg, das Bayern mit dem Norden Deutschlands verband, ein wichtiger Kristallisierungspunkt. Nachdem seit dem

Katholikentag in Metz 1913, der in deutscher und französischer Sprache durchgeführt worden war, aufgrund des Ersten Weltkriegs und der schwierigen Nachkriegssituation keine solche Veranstaltung mehr organisiert werden konnte, rief das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für den 13. September 1920 zu einem „Vertretertag der katholischen Vereine“ nach Würzburg, um für die neue Zeit die Kräfte des Laienapostolats zu sammeln und deren alle Schichten und Stände verbindenden Ideale für den Wiederaufbau zu aktivieren. Nur wenige Tage später wurde wiederum in Würzburg, und zwar im Hutten'schen Garten, der katholische Sportverband DJK (Deutsche Jugend



Abb. 5: Nuntius Eugenio Pacelli wird bei seinem Besuch in Würzburg (1919) von einem Vertreter der katholischen Studentenverbindungen begrüßt. Das Bild zeigt in der ersten Reihe mit dem Nuntius links direkt neben der Fahne in der Rückenansicht den Würzburger Oberbürgermeister Andreas Grieser (1868–1955), rechts den Regierungspräsidenten von Unterfranken und Aschaffenburg Julius Ritter von Henle (1864–1944) und den Rektor der Julius-Maximilians-Universität Prof. Georg Rost (1870–1958).
Foto: Archiv der K.D.St. V. Cheruscia Würzburg im CV.



*Abb. 6: Innenansicht der Würzburger Hauptsynagoge nach dem Umbau 1926.
Foto: Stadtarchiv Würzburg, Fotosammlung – Jüdisches Leben.*

Kraft) gegründet, um so Katholiken in der modernen Sportbewegung eine Heimat zu bieten.

Auch wenn es im Katholizismus durchaus divergierende Auffassungen gab, so war die Ausrichtung auf das Ganze, auf die Kirche als verbindende und bestimmende Kraft entscheidend. Bestimmend war besonders ein lebendiger Volkskatholizismus durch alle Schichten mit einer ausgeprägten kirchlich-religiösen Praxis, die von einem hohen Prozentsatz der Gläubigen geübt wurde. Eine ungebrochene Volksfrömmigkeit gehört zu den besonderen Merkmalen des fränkischen Katholizismus. Dies gilt zumindest für die ländlichen Gebiete, aber auch für die

kleinbürgerlich geprägten Städte. Sorgen bereitete allerdings das Arbeitermilieu.

Das Selbstwertgefühl des deutschen und fränkischen Katholizismus steigerte sich in diesen Jahren auch dadurch, dass sich die Katholiken nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem sog. „Versailler Schmachfrieden“ international nicht so isoliert und erniedrigt fühlten wie die deutschen evangelischen Mitchristen, da sie sich in der universalen römisch-katholischen Weltkirche beheimatet sehen konnten. So bildete es ein wichtiges Zeichen katholischen Miteinanders, als der Nuntius in Bayern, Erzbischof Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII. (reg. 1939–1958), vom 10. bis 13. Dezember

1919 nach Unterfranken kam, um vor allem heimgekehrte deutsche Kriegsgefangene, die noch in Würzburg und Hammelburg zusammengezogen waren, zu besuchen (Abb. 5). Wie sehr Papst Benedikt XV. (reg. 1914–1922) der Ausgrenzung der Deutschen als Teil der Völkerfamilie entgegenwirken wollte, wird ebenfalls daran deutlich, dass Pacelli auch als Münchener Nuntius die Leitung des päpstlichen Hilfswerkes für Kriegsopfer aller Nationen behielt.

Eine dritte religiöse Gruppe darf für das Franken der 1920er Jahre nicht vergessen werden, nämlich die Juden. In den 1920er Jahren lebten über 40.000 Juden in Bayern und davon die meisten in Franken. Die größten jüdischen Gemeinden waren Nürnberg im Jahre 1933 mit 8.603, Fürth i. Bayern mit 2.504 und Würzburg mit 2.261 Mitgliedern (Abb. 6). Soziologisch handelte es sich um eine recht uneinheitliche Gruppe: sie reichte von den traditionell und orthodox orientierten fränkischen Landjuden bis hin zu assimilierten, religiös liberal und politisch sogar deutschnational orientierten Juden, wie sie sich vornehmlich in den Städten fanden.

Viele sahen sich vor allem durch den Einsatz und den hohen jüdischen Blut-

zoll im Ersten Weltkrieg nun definitiv im deutschen Vaterland angekommen. Der überkommene christliche Antijudaismus war allerdings nicht erloschen und zusammen mit dem neuen rassistisch-völkischen Antisemitismus entstand ein gefährliches Gebräu, dessen letztliche, infernale Wirkung allerdings zu Beginn der 1920er Jahre kaum zu ahnen war.

Prof. Dr. Wolfgang Weiß studierte Katholische Theologie (Dipl.-Theol.) und Geschichte (M.A.) in Passau und Würzburg. Nach theologischer Promotion und Habilitation lehrt er seit 1999 Fränkische Kirchengeschichte und Kirchengeschichte der Neuesten Zeit an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Würzburg. Seit 2003 ist er auch Vorsitzender des Würzburger Diözesangeschichtsvereins; in dieser Eigenschaft gibt er die Würzburger Diözesangeschichtsblätter sowie die Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg heraus. Seine Anschrift lautet: Anemonenweg 23, 97084 Würzburg; E-Mail: w.weiss@mail.uni-wuerzburg.de.

Anmerkungen zu unserer Jubiläumsausstellung „Franken um 1920“ – Zur Entstehung des FRANKENBUNDES

Unsere Jubiläumsausstellung verortet den FRANKENBUND inmitten der vielfältigen Zeitströmungen Frankens um 1920. Dieser Beitrag untersucht die Entstehungsgeschichte des FRANKENBUNDES anhand zeitgenössischer Dokumente und setzt sie in Bezug zu den Themen unserer Jubiläumsausstellung.

„Als ich am zweiten Pfingstfeiertag des Jahres 1920 [24. Mai 1920] dem Gottesdienst in der Hofkirche zu Würzburg anwohnte, stand plötzlich der Begriff Franken – b und ganz klar und deutlich vor meiner Seele. Die Gründung erschien mir als eine selbstverständliche Notwendigkeit ...“¹ In dieser rückblickenden Bemerkung des Würzburger Gymnasiallehrers Dr. Peter Schneider wurde häufig die Geburtsstunde des FRANKENBUNDES erblickt. Doch schaut man sich den Satz genauer an, war davon keine Rede. Vielmehr sprach Schneider von dem Begriff, den er für das ihn seit Jahren beschäftigende Projekt gefunden hatte: ein Zusammenschluss aller Franken mit dem von ihm selbst formulierten Ziel: „Wir Franken müssen uns, den Landes- und Verwaltungsgrenzen zum Trotz, wieder als eine Familie fühlen lernen, die ein gemeinsames Kulturerbe überkommen hat und zu wahren verpflichtet ist.“² Mit der Namensfindung war lediglich der Schlusspunkt zu seinen Überlegungen gesetzt, von da an ging es an die Umsetzung seiner Ideen, wie Franken zu

einer identitätsstiftenden Einheit geformt werden könne.

Die Gründung des FRANKENBUNDES war kein spontaner Einfall Peter Schneiders, sondern sie war von ihm von langer Hand vorbereitet. Gab es ein auslösendes Moment für die Gründung? Was waren die leitenden Ideen, was war die Gründungsabsicht, welche Vorbilder gab es für das Projekt „Frankenbund“? Welche prägenden Zeiteinflüsse gab es? Auch diese Fragen bilden den Hintergrund unserer Jubiläumsausstellung „Franken um 1920“ – aber wir werden sie nicht vollständig beantworten können. Denn es fehlen uns persönliche Aufzeichnungen Peter Schneiders, seine Briefe und Manuskripte aus dieser Zeit. Sein Schriftgut aus der Zeit vor 1945 ist nämlich ebenso wie das Archiv des FRANKENBUNDES beim großen Luftangriff auf Würzburg am 16. März 1945 im Keller seines Wohnhauses in der Würzburger Altstadt verbrannt.

Um Licht in die Vorgeschichte des FRANKENBUNDES zu bringen, sind wir auf gedruckte Quellen angewiesen. Deshalb spielt die Zeitschrift *FRANKENLAND* eine wichtige Rolle. Diese Zeitschrift wurde schon 1914 gegründet, also einige Jahre vor dem FRANKENBUND und unabhängig von ihm. Die Initiative zur Herausgabe der Zeitschrift lag beim Druckereibesitzer Konrad Tritsch (1871–1921) aus Dettelbach, der den Fürstlich Löwensteinschen Archivar Dr. Hans Walter aus Kreuzwertheim als Herausgeber gewann. Als erfolgreicher Geschäftsmann hatte Tritsch ein Gespür dafür, dass eine

„Illustrierte Monatsschrift für Geschichte, Kunst, Kunsthantwerk, Literatur, Volkskunde und Heimatschutz in Franken“ – so der Untertitel des ersten Heftes – einen Markt finden würde.

Die Hefte waren sehr aufwendig gestaltet mit Titel- und Schlussvignetten des Würzburger Kunstmalers Otto Rückert, von dem auch das kunstvoll gestaltete, farbig gedruckte Titelblatt stammte. Zahlreiche Fotos (!) und Stiche ergänzten die wertvolle Aufmachung und machten allein durch die Ausstattung deutlich, dass sich die Publikation an das Bildungsbürgertum in Franken wandte.

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf das Vorwort mit der Aufzählung des Beratergremiums und der Sachgebiete, für die dessen Mitglieder zuständig waren: Neben Beratern für die Geschichte der drei fränkischen Bezirke wurden auch Gelehrte für Badisch-Franken und Württembergisch-Franken aufgezählt. Fränkische Volkskunde war ebenso eine Disziplin, die im *FRANKENLAND* behandelt werden sollte, wie auch Kulturgeschichte, Fränkische Literaturgeschichte, Fränkische Rechtsgeschichte und Fränkisches Kunsthantwerk



Abb. 1: Innenblatt der ersten Ausgabe des FRANKENLANDES aus dem Jahr 1914.

Foto: Ch. Bergerhausen.

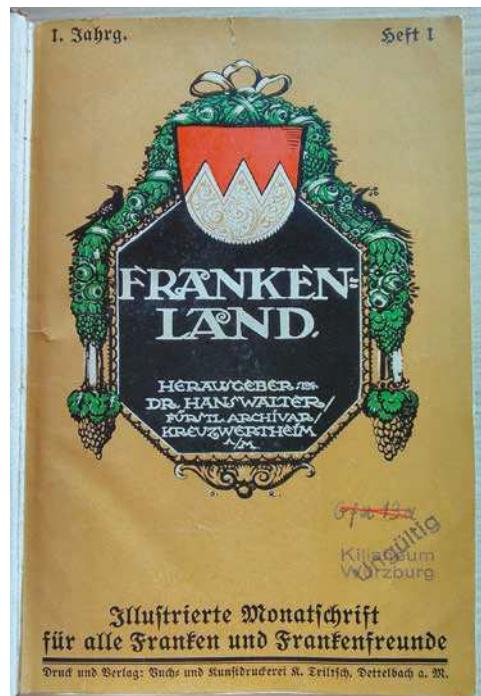


Abb. 2: Titelblatt der ersten Ausgabe des FRANKENLANDES aus dem Jahr 1914.

Foto: Ch. Bergerhausen.

sowie Architektur. Als weitere Gebiete wurden Vorgeschichte und Denkmalpflege, Historische Geographie, Fränkische Münzkunde, Fränkische Geschlechterkunde und sogar Kriegsgeschichte einschließlich Heereskunde aufgelistet.

Von Anfang an zeichnete sich das *FRANKENLAND* durch eine vielfältige Themenpalette aus, die eine bloß historische Sicht auf Franken vermeiden wollte: Es ging um die „*Erforschung und Erkenntnis Frankens großer Vergangenheit*“ ebenso wie um die „*Stärkung fränkischer Eigenart in unseren Tagen*“. Darüber hinaus sollten „*die Führer der modernen fränkischen Literatur* und die Vorkämpfer eines wieder erwachenden *fränkischen Kunstgewerbes* als Mitarbeiter“ gewonnen werden.³ Die Zeit-

schrift wollte mithin die Vielfalt und Einzigartigkeit fränkischer Kultur und Geschichte in Gegenwart und Vergangenheit repräsentieren.

Auch für die Bearbeitung der Themen hatte der Herausgeber ganz bestimmte Vorstellungen: Es sollten „nach wissenschaftlichen Grundsätzen gearbeitete Beiträge“ sein. Weiter führte er aus: „Wenn wir Wissenschaftlichkeit als unbedingte Basis der Monatschrift ‚Frankenland‘ betonen, so ist damit nicht gesagt, daß wir für Fachgelehrte schreiben. Im Gegenteil – aber nur auf dieser Grundlage ist es möglich, allen geistig weiterstrebenden Franken jeden Standes und Berufes, daheim und in der Fremde, Anregung und Förderung in einwandfreier Form zu geben.“⁴

Dass Triltsch den Markt richtig eingeschätzt hatte und die Zeitschrift den gewünschten Leserkreis erreichte, zeigte sich daran, dass sich diese Publikation trotz widriger Zeitumstände – kurz nach der Gründung der Zeitschrift brach der Erste Weltkrieg aus – behaupten konnte; erst vor der massiven Geldentwertung musste sie kapitulieren; das *FRANKENLAND* wurde Ende 1922 eingestellt, da „die Kosten nicht mehr gedeckt wurden“.⁵ (In den folgenden Jahren suchte Schneider mittels Kooperationen mit bereits bestehenden Zeitschriften den Mitgliedern des FRANKENBUNDES eine entsprechende Publikation anbieten zu können. Dennoch konnte er erst 1949 wieder eine eigene Vereinszeitschrift herausbringen.)

Erstmals in Heft 1 – 1915 trat Peter Schneider als Autor im *FRANKENLAND* in Erscheinung. In loser Folge veröffentlichte er seine „Fränkischen Briefe“. Über seine Beweggründe berichtete er rückblickend: „Ich selber hatte – von Speyer aus – [...] das Empfinden, daß die Zeitschrift „Frankenland“ berufen sein könnte, dem

fränkischen Gedanken, zu dem ich mich längst durchgerungen hatte, zu einer neuen Blüte zu verhelfen. Deshalb bot ich mich Dr. Walter als Mitarbeiter an; er nahm das Angebot an, und ich verpflichtete mich zunächst eine Reihe „Fränkischer Briefe“ für die Zeitschrift zu schreiben.“⁶

Nach dem Tod des Herausgebers im Juni 1916 übernahm Schneider die Schriftleitung des *FRANKENLANDES*. Mit ihr hatte er das Sprachrohr gefunden, um seine Ideen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So war es nur folgerichtig, dass er nach der Gründung des FRANKENBUNDES das *FRANKENLAND* zum „Organ des Frankenbundes“ machte und alle Mitglieder zum Bezug verpflichtete.⁷ Mit der Ausweitung des Leserkreises auf die FRANKENBUND-Mitglieder ging auch eine Änderung in der Ausrichtung der Zeitschrift einher, die er als Schriftleiter so begründete: „Unser „Frankenland“ nehmen von jetzt an Kopf- und Handarbeiter in gleicher Weise in die Hand. Damit ist ein starker Ruck zum Volksbürtlichen von selbst gegeben.“ Diese Ausweitung allerdings sollte nicht zur Verflachung führen: „Die schlächtesten Leute in unserem Frankenvolke sind zu stolz, als daß ihnen das Tummeln im Platten und Alltäglichen auf die Dauer gefallen könnte.“⁸

Die besondere Bedeutung, die der Zeitschrift *FRANKENLAND* für den FRANKENBUND und sein Programm seit seiner Gründung zukommt, spiegelt sich auch in unserer Jubiläumsausstellung wider: So stellt die *Litfaßsäule Nr. 6* das *FRANKENLAND* vor.

Die Zielsetzung, die Peter Schneider nach Übernahme der Schriftleitung bereits der Zeitschrift *FRANKENLAND* gegeben hatte, wurde auch für den später gegründeten FRANKENBUND richtungsweisend: Erziehung zum Frankentum. Was

darunter zu verstehen ist, wurde in der vorläufigen Satzung des FRANKENBUNDES vom 7. April 1921 genauer ausgeführt: Weckung „ein[es] freudige[n] Stammbewußtsein[s] das aus dem Gefühl der Gemeinsamkeit von Herkunft, Wesen und Kultur erblüht“.⁹ Auf dieser Grundlage sollte die Zukunft gestaltet werden: „Durch diese Stärkung des fränkischen Volksbewußtseins will der [Franken-]Bund mithelfen am Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft.“¹⁰ Denn ein solcher Aufbau der deutschen Volksgemeinschaft konnte für Schneider „nur von innen heraus erfolgen – durch Weckung der stammestümlichen Tugenden“, wie er 1920 in seinem Vorwort zur ersten Nachkriegsausgabe des FRANKENLANDES betonte.¹¹

Es wäre naheliegend, aus diesen Bemerkungen den Schluss zu ziehen, der FRANKENBUND sei als Reaktion auf den verlorenen Ersten Weltkrieg und den Zusammenbruch der Monarchie in Bayern gegründet worden, um in das damit eingetretene Vakuum staatlicher Führung ein neues identitätsstiftendes Element einzuführen. Aufhorchen lassen jedoch Schneiders Worte auf dem Fest zum 10-jährigen Bestehen des FRANKENBUNDES, als er auf die „Voraussetzung für die Gründung des Frankenbundes“ zu sprechen kam: „Seine [des Frankenbundes] Stifter waren – schon vor dem großen Kriege – erschüttert von der Not des entwurzelten, des heimatlos gewordenen Menschen der neueren Zeit, dem der Stolz auf heimatliches und auf stammliches Kulturerbe fehlen mußte, weil er bewußtseinsmäßig keine Heimat mehr hatte.“¹²

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs war Schneider zufolge also nicht der Grund für die Errichtung des FRANKENBUNDES; schon vorher hatte er sich immer wieder ausführlich zu Franken zu Wort gemeldet. Folgt man seiner Wortwahl und seinen

Argumentationsmustern, so fällt der Blick auf eine im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstandene Bewegung, die Antworten bot auf den drohenden Verlust des ‚heimatlichen und stammlichen Kulturerbes‘. Gemeint ist die sogenannte Heimatschutzbewegung, die vom deutschen Komponisten Ernst Rudorff ins Leben gerufen worden war, schnell Anhänger fand und mit der Gründung des ‚Bund Heimatschutz‘ am 30. März 1904 in Dresden ihren ersten organisatorischen Abschluß fand. Diese Bewegung „suchte in Konzeption und Praxis das weitgehend aus der Romantik entwickelte Programm von ‚Heimat‘ umzusetzen und verfügte in diesem Versuch innerhalb des Spektrums der gesamten wilhelminischen fortschrittskritischen Bewegung durchaus über programmatiche Eigenständigkeit.“¹³

Als „eine Antwort der Moderne auf die Wandlungen des Industriealters“¹⁴ stand hinter dem Begriff Heimatschutz ein Programm, das der Entfremdung des Einzelnen, die als Folgeerscheinung der mit der Industriellen Revolution einhergehenden Umwälzungen in vielen Lebensbereichen gewertet wurde, Einhalt gebieten wollte. Seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts registrierten „vorwiegend die Mitglieder des gebildeten Mittelstandes [...] die Veränderungen im Landschaftsbild und die wachsende Urbanisierung infolge des dynamisierten Wirtschaftsprozesses mehr und mehr negativ als bloße Zerstörung der natürlichen Lebensräume und, weitergehend noch, als eine Bedrohung der deutschen kulturellen Identität.“¹⁵ Durch das Aufrechterhalten von Bräuchen, durch die Rückbesinnung auf die Geschichte, durch Landschaftsschutz sollte Althergebrachtes als Identifikationsort dienen. Heimat galt hier als „Bollwerk im Strom der Zeit“.¹⁶ Zutiefst konservativ, brachte die Heimatschutzbe-

wegung jedoch auch zukunftsweisende Reformvorstellungen hervor und wurde so zu einem Vorbereiter der ökologischen Bewegung.¹⁷

Überall in Deutschland fand die Heimatschutzbewegung großen Zulauf; sie traf den Nerv der Zeit und bot mit ihrem vielfältigen Programm einen Ausgleich zwischen dem Festhalten am Althergebrachten und dem Wunsch nach Gestaltung der Zukunft.¹⁸ Dass sich auch der erste Herausgeber des *FRANKENLANDES*, Dr. Walter, dieser Bewegung nahe fühlte, zeigte die bereits zitierte Verwendung des Begriffs Heimatschutz im Untertitel der Zeitschrift an. Explizit machte sie im zweiten Jahrgang ihre Leser auf diese Bewegung aufmerksam, als eine Verfügung des Preußischen Kultusministeriums in ihr abgedruckt wurde, die die Schulen zur Mitarbeit am Heimatschutz aufrief.¹⁹

Auch die Heimatschutzbewegung ist ein Thema unserer Jubiläumsausstellung; mit ihr befasst sich die **Litfaßsäule Nr. 1**; Infos zur Heimatschutzarchitektur wird die **Litfaßsäule 4** bieten.

Nach 1900 wurden in ganz Deutschland Heimatschutzbünde gegründet, die zum Teil bis heute bestehen. Ihre Gründungssatzungen ähnelten einander stark, ging es ihnen doch um die Wahrung der regionalen Eigenart und um den Schutz der „*Heimat in ihrer natürlichen und geschichtlich gewordenen Eigenart*“.²⁰ Zum typischen Erscheinungsbild eines Heimatbundes gehörte die Gründung von Ortsgruppen, die als Heimatvereine das Programm entsprechend den örtlichen Gegebenheiten umsetzten.²¹ Dieses Programm war „*sowohl auf die Erforschung der Vergangenheit als auch auf die Gestaltung der Gegenwart und Zukunft gerichtet*“;²² Aufgabe der Heimatvereine war es – wie ein Zeitgenosse 1908 formulierte – nicht, „*weni-*

gen Gelehrten Stoff zum Nachdenken [zu] bieten, sondern alle Volkskreise heran[zu]ziehen und [zu] erziehen, [zu] erziehen zur rechten Freude und Begeisterung an der Heimat“.²³ Damit unterschieden sich die Heimatvereine hinsichtlich ihres Adressatenkreises, ihres Themenspektrums und ihrer volkserzieherischen Zielsetzung signifikant von den schon bestehenden historischen Vereinen, die dem gelehrteten Austausch dienten und auf ein bildungsbürgerliches Publikum zielten.

Um der konstatierten Gefahr für die kulturelle Identität Deutschlands zu begegnen, wurde auf die im 19. Jahrhundert weit verbreitete Vorstellung zurückgegriffen, der zufolge das deutsche Volk ein Zusammenschluss aus verschiedenen Volksstämmen sei.²⁴ Erst im Zusammenspiel ihrer Eigenarten hätten sie das deutsche Volk hervorgebracht. Oder anders ausgedrückt: Je stärker sie ihre Eigenheiten ausprägten, umso mehr trugen sie zur Größe des Gesamtgebildes ‚deutsches Volk‘ bei.

Auch Schneider griff auf diese durch die Heimatschutzbewegung vermittelte Trias Heimat – Stamm – Vaterland zurück, als er sein Erziehungsprogramm zum Frankenamt entwickelte. Für ihn waren die Stämme die wirkmächtigen Elemente der Geschichte. Jeder Stamm sollte sein Stammbewusstsein ausbilden, und alle zusammen sollten mit ihren Eigentümlichkeiten das Volksganze prägen.²⁵ „*Der Franke und der Baier und der Schwabe, der Thüringer und der Sachse: jeder sei sich vor allem des eigenen Stammostums bewußt*“.²⁶ In dieses Konzept band er sein Projekt ein, die Franken zu einem selbstbewussten Volk mit Stolz auf seine Eigenarten und seine Geschichte auszubilden. Den möglichen Vorwurf einer partikularistischen Einstellung wehrte er gleich in seinem 1915 veröffentlichten 2. Fränkischen Brief ve-

hement ab: Vielgestaltigkeit war ihm „*Hauptkennzeichen deutschen Wesens und deutscher Begabung*“.²⁷ Genau dazu sollte ein selbstbewusstes Franken seinen Anteil beisteuern.

Aus der von ihm propagierten Ausbildung der fränkischen Stammeseigentümlichkeiten folgte jedoch nicht ein Einsatz für die territoriale Selbstständigkeit Frankens. Separatistische Konsequenzen aus der Wiederbelebung des fränkischen Stammesbewusstseins zu ziehen, lehnte er kategorisch ab, denn „*wenn Stammes- und Staatsgrenzen zusammenfallen, [fehlt] einem solchen Staatengebilde naturgemäß jener lebendige Wetteifer [...], den das Nebeneinander der Stämme in einem Staat erzeugt*“.²⁸ Der bereits in seiner Zeit erhobenen Forderung nach einer Loslösung Frankens von Bayern erteilte er folglich eine klare Absage: Er brandmarkte sie als Rückfall in die „*überwundenen Zeiten der Kleinstaaterei*“.²⁹

Bei allen seinen Äußerungen zu Franken und zu deutscher Volksgemeinschaft fällt die weitgehende Ausblendung der zeitgenössischen politischen Situation auf. Seine auf den ersten Blick politisch neutrale Haltung, die er auch zum Konstitutivum des FRANKENBUNDES machte, hatte indessen auch eine Kehrseite: die fehlende Unterstützung für die Weimarer Republik, das Desinteresse an der sich entwickelnden Demokratie in Deutschland.

Offenbleiben muss die Frage, ob sich Schneider explizit als Anhänger der Heimatshutzbewegung bezeichnete. Zur Beantwortung fehlen uns die persönlichen Zeugnisse. In seinen gedruckten Äußerungen dieser Zeit ließ er häufig Kenntnisse des ideologischen Unterbaus der Bewegung erkennen und setzte sich partiell kritisch mit einzelnen ihrer Elemente auseinander. Ein offenes Eintreten Schnei-

ders für diese Bewegung ist indessen nicht überliefert.³⁰

Dass Schneider sich nicht scheute, gegen den Zeitgeist seine Meinung zu vertreten, zeigt sein Werben für eine Aussöhnung mit Frankreich bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. So forderte er 1919 von seinen Zuhörern in Bamberg, sich vorzustellen, „*Sie hätten während des Krieges [...] nicht in Bamberg, sondern in Reims oder Ypern gewohnt*“, die beide bekanntlich schwer unter der deutschen Kriegsführung gelitten hatten.³¹ Sein sich in den nächsten Jahren noch verstärkendes Plädoyer für eine deutsch-französische Aussöhnung war Konsequenz seiner Vorstellung von einem fränkischen Stamm, der prägenden Anteil sowohl an der deutschen wie auch an der französischen Geschichte gehabt hatte. Daraus zog Schneider den Schluss: „.... sehr viel wertvolles fränkisches Blut [ist] ins französische Volk übergegangen. Sollte es nicht für die ‚spätere unausbleibliche Verständigung‘ zwischen Deutschland und Frankreich wertvoll sein, auf diesen rassischen Zusammenhang hinzuweisen, ‚wenn alles sonst versagt‘?“³²

Fernziel Schneiders war die Konstituierung Frankens als eines sich seiner Eigenart bewussten und darauf stolzen Volksstamms. Noch war Franken davon weit entfernt; hinderlich auf diesem Wege waren:

1. die durch die Kleinstaaterei erzeugte territoriale Zerrissenheit, deren Spuren immer noch in Franken ablesbar waren. „*Uns Franken hat diese Zersplitterung nicht mehr und nicht weniger geraubt als das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Zusammengehörigkeit*.“³³

2. die durch die Reformation verursachte konfessionelle Spaltung. „*Zweifellos hat wie überall so auch bei uns die Verschiedenheit des Bekenntnisses die Lebensformen, die*

Schöpfungen der Kunst, ja selbst die Sprache verschieden beeinflusst, ...“³⁴ Dem setzt er entgegen: „Und so meine ich denn, der Unterschied des Glaubens sollte, sobald es sich um Beurteilung des Nächsten handelt, für den Franken, der seines Volkes Stammes Geschichte kennt, überhaupt nicht vorhanden sein.“³⁵

Die Überwindung der Folgen der territorialen Zersplitterung und der durch die Reformation ausgelösten Glaubensspaltung war für Schneider keine politische oder theologische, sondern eine pädagogische Aufgabe. Hier setzte sein Programm zur „Erziehung zum Frankentum“ an: „Fränkische Eltern, Geistliche, Lehrer: erzieht Eure Söhne, Eure Pflegebefohlenen [...] zur stammesbrüderlichen Liebe!“³⁶

Reichten auch seine Überlegungen in die Vorkriegszeit zurück, so sah Schneider die Situation direkt nach dem Ersten Weltkrieg als günstig an, sein Projekt in die Wirklichkeit umzusetzen. Denn für ihn war die Nachkriegszeit der „Beginn einer neuen Zeit“. So jedenfalls überschrieb er seinen Vortrag am 9. August 1919 in Bamberg, in dem er seine Vorstellungen über den „zukünftigen Betrieb deutscher Geschichts- und Heimatforschung“ darlegte.³⁷ In dieser von ihm selbst als programmatisch eingestuften Rede entwickelte er sein Konzept der Erziehung zum Frankentum. Dreh- und Angelpunkt seines Programms bildeten die Heimat- und Geschichtsvereine. Damit sie ihren geschichtlichen Auftrag erfüllen könnten, konstitutives Element beim Aufbau des neuen deutschen Vaterlandes zu sein, skizzierte er Pläne für ihren Umbau und ihre Neuausrichtung. Sein Forderungskatalog an den künftigen Vereinsbetrieb enthielt zugleich seine Kritik an den bestehenden Vereinen: Er forderte den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus und die Vernetzung unterein-

ander; beides vermisste er im gegenwärtigen Vereinsbetrieb.

In sein Konzept der Ausbildung eines fränkischen Stammesbewusstseins passten keine Vereine, deren Forschungsgebiete an der eigenen Stadtmauer endeten. Seinen Idealvorstellungen zufolge habe der Heimatforscher „nach allgemeinem geschichtlichem Wissen“ zu streben, „damit er die Geschehnisse, die Zustände der engeren Heimat in ihrem Zusammenhang mit dem großen Gang der Weltgeschichte, als Teilchen des großen Weltgeschehens erfasse“.³⁸ Kritisch beobachtete er die Weigerung zeitgenössischer Heimat- und Geschichtsvereine, „über die Grenzen der engsten Heimat hinaus“ zu sehen.³⁹ Resultat dieser Einstellung war in seinen Augen die Unkenntnis über die Arbeitsgebiete anderer benachbarter Vereine. „Die hermetische Abgeschlossenheit der einzelnen fränkischen Geschichtsvereine muß durchbrochen werden. [...] Es müssen Mittel und Wege gefunden werden die verschiedenen Vereine des fränkischen Stammes einander näher zu bringen, damit aus dem Nebeneinander ihrer Arbeit ein Miteinander werde.“⁴⁰

Im Frühjahr 1920 hatten sich seine Lebensumstände so gewandelt, dass er an die Realisierung seiner Pläne denken konnte: Peter Schneider war mit seiner Familie nach Würzburg gezogen, nachdem er eine Anstellung am dortigen Neuen Gymnasium gefunden hatte. Ende Mai war der Name für sein Projekt gefunden, jetzt musste noch offiziell die Gründung vollzogen werden – in einer Zeit, in der Würzburg starke soziale Unruhen erlebte, die sich am 28. Juni 1920 im sogenannten „Blutmontag“ mit zwei Toten entluden.

Über die politischen Verhältnisse in Franken nach dem Ersten Weltkrieg wird auf **Litfaßsäule Nr. 3** berichtet. Mit der Nahrungs- und Wohnungsnott befasst sich das **Modul Nr. 4**.

Schließlich gelang es Schneider, am 11. Oktober 1920 eine illustre Runde Würzburger Honoratioren in der Gaststätte „Franziskaner“ zu versammeln. Glücklicherweise hat das „Fränkische Volksblatt“ zwei Tage später einen ausführlichen Bericht über diese Versammlung veröffentlicht und auch Namen der Teilnehmer aufgelistet. Daher wissen wir, dass einige von ihnen zum ersten Beraterremium des *FRANKENLANDES* gehörten und die meisten namentlich Genannten ausgewiesene Experten der fränkischen Geschichte, Kunst und Kultur aus Würzburg waren.

Die namentlich bekannten Teilnehmer werden auf **Litfaßsäule Nr. 6** näher vorgestellt.

Auch ist bekannt, dass einige der genannten Teilnehmer selbst bereits Vorsitzende fränkischer Vereine waren, weshalb es nicht verwundert, dass das „Fränkische Volksblatt“ von „*manche[n] Bedenken gegen die Gründung in materieller und auch ideeller Beziehung*“ berichtete. An ihrer ablehnenden Haltung scheiterte sein in Bamberg skizziertes Vorhaben, den FRANKENBUND als eine Sammlungsbewegung der bereits existierenden fränkischen

Geschichts- und Heimatvereine ins Leben zu rufen.⁴¹ Die von Schneider in Bamberg geforderte fundamentale Neuausrichtung der Heimat- und Geschichtsvereine wollten die anwesenden Vereinsvorsitzenden in ihren Vereinen nicht umsetzen. Um sein Konzept nicht schon gleich zu Beginn scheitern zu lassen, beeilte sich Schneider auf der Zusammenkunft – folgt man dem Zeitungsbericht – zu betonen, dass der neu zu gründende Bund „*keineswegs die bestehenden historischen und Altertumsvereine verdrängen*“ wollte. Sein Angebot lautete, dass diese Vereine „*in ihrer Eigenart bestehen bleiben und durch die Veröffentlichung ihrer Vereinsangelegenheiten im ‚Frankenland‘ gefördert werden*“.⁴²

Da Schneider den erwünschten Zusammenschluss fränkischer Vereine nicht erreichen konnte, wählte er einen anderen Weg, der bis heute die Struktur des FRANKENBUNDES prägt: „*Errichtung von Ortsgruppen in den 3 Frankenlanden*“, um „*den Bund lebensfähig und fruchtbar zu machen*“.⁴³ Um aber die von ihm konstatierten Probleme der fränkischen Vereinslandschaft – den mangelnden Austausch untereinander – zu umgehen, sollten die drei fränkischen Bezirke die Klammer für



Abb. 3: Postkartenansicht des
Gasthofs „Franziskaner“, abgestempelt im Jahr 1911.
Foto: E. Gillmeister-Geisenhof.

die Gruppen vor Ort bilden mit dem Ziel, sie untereinander zu vernetzen. Das vorgestellte umfangreiche Vortragsprogramm sollte die erwünschte Horizonterweiterung sicherstellen.⁴⁴ Nicht nur in seiner Struktur und mit seinem auf ganz Franken ausgerichteten Programm unterschied sich der FRANKENBUND von den anderen Vereinen, sondern auch in seinem Zielpublikum: volkstümlich gesinnte Männer und Frauen aus allen Bevölkerungsschichten, wie Schneider nicht müde wurde zu betonen.⁴⁵ So ergab sich, dass die im „Franziskaner“ versammelten, zumeist akademisch gebildeten Honoratioren keine Gelehrtenvereinigung aus der Taufe hoben, keinen Verband, der wissenschaftliche Forschung betreiben wollte, sondern eine volkstümlich gesinnte Gesellschaft für alle Franken. Diese gewünschte Ausrichtung war keine Konkurrenz zu bereits bestehenden Vereinen, weswegen sie – nach Angabe des Zeitungsartikels – den FRANKENBUND einstimmig gründeten.

Die Zusammenkunft in der Gaststätte „Franziskaner“ wird in **Modul 6** anschaulich dargestellt.

Um die Gründung des FRANKENBUNDES aus dem Nebenzimmer des „Franziskaners“ in das Bewusstsein der Würzburger Bürger zu tragen, wurde am 30. November 1920 eine Abendveranstaltung im Saalbau des Platz'schen Gartens in Würzburg durchgeführt. Zwischenzeitlich war es Schneider gelungen, in den umliegenden Orten bereits FRANKENBUND-Gruppen zu gründen, so dass die Absicht, die Abendveranstaltung am 30. November 1920 als Gründungsveranstaltung zu gestalten, durch die stürmische Entwicklung des Bundes bereits überholt war. Bis zum Jahresende 1920 gab es weitere Neugründungen auch in Mittelfranken (Gunzenhausen) und in



Abb. 4: Einladung zur Veranstaltung im Platz'schen Garten im „Fränkischen Volksblatt“ vom 25. November 1920;

Foto: E. Gillmeister-Geisenhof.

Oberfranken (Bamberg und Kulmbach). Zwei Jahre später zählte der FRANKENBUND schon 27 Gruppen. Die rasche Ausbreitung des FRANKENBUNDES zeigte, dass Schneider mit dem FRANKENBUND ein Grundbedürfnis seiner fränkischen Landsleute erfüllte.

Über die Ausbreitung des FRANKENBUNDES bis 1922 informiert eine Karte in **Modul Nr. 6**.

Die Autorin ist seit 2005 Bundesgeschäftsführerin des Frankenbundes. Nach Abschluss ihres Studiums der Fächer Geschichte, kath. Theologie, Philosophie und Pädagogik war sie im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz im Bereich Fernstudienlehrgänge tätig. Am einfachsten zu erreichen ist sie unter den Kontakt- daten der Bundesgeschäftsstelle des Frankenbundes: Stephanstraße 1, 97070 Würzburg, E-Mail: info@frankenbund.de / Tel.: 0931/ 5 67 12.

Anmerkungen:

- 1 Schneider, Peter: Gegen Verdunkelung der Tatsachen, in: Werkblatt des Frankenbundes, Jg. 1927, S. 40.
- 2 Schneider, Peter: Fränkischer Brief VII, in: *FRANKENLAND*, Jg. 1919/20, S. 123.
- 3 *FRANKENLAND*, Heft 1–1914, S. 4.
- 4 Ebd.
- 5 Schneider: Gegen Verdunkelung (wie Anm. 1), S. 40.
- 6 Ebd., S. 39.
- 7 Ebd., S. 40.
- 8 Schneider, Peter: Der Frankenbund ist gegründet, in: *FRANKENLAND*, Jg. 1921, Vorwort, o. Seitenzahl.
- 9 Vorläufige Satzung des Frankenbundes vom 7. April 1921, § 1, Abschnitt 1.
- 10 Ebd.
- 11 *FRANKENLAND*, Jg. 1919/20, S. 1.
- 12 Werkblatt des Frankenbundes, Jg. 1930, S. 67. Vgl. auch: *FRANKENLAND*, Jg. 1919/20, S. 1: „W i r sind dafür eingetreten, als den Zusammenbruch noch wenige ahnten.“ Und er setzte nach: „[Wir] steuerten [...] also schon lange nach einer Richtung, wohin jetzt mehr Leute als früher zu segeln gedenken.“
- 13 Knaut, Andreas: Ernst Rudorff und die Anfänge der deutschen Heimatbewegung, in: Klüting, Edeltraud (Hrsg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung. Darmstadt 1991, S. 22.
- 14 Klüting, Edeltraud: Vorwort, in: dies. (Hrsg.): Antimodernismus und Reform (wie Anm. 13), S. VII.
- 15 Knaut: Ernst Rudorff (wie Anm. 13), S. 20.
- 16 Hartung, Werner: „Das Vaterland als Hort von Heimat“. Grundmuster konservativer Identitätsfindung und Kulturpolitik in Deutschland, abgedruckt in: Klüting, Antimodernismus und Reform (wie Anm. 13), S. 112–153; hier: S. 115. Dieser Beitrag enthält eine kritische Würdigung der Heimatbewegung.
- 17 Nipperdey kennzeichnete die unterschiedlichen Zeitströmungen als „*Ambivalenz der Modernität*“: Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1: Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1990, S. 738. Die ihr innenwohnenden nationalkonservativen bis rechtsnationalen Züge gewannen deutlich sichtbar Ende der 1920er Jahre Oberhand. Am Beispiel ihres langjährigen 1. Vorsitzenden, des Architekten Paul Schultze-Naumburg, lässt sich nachvollziehen, wie einige ihrer Befürworter zum Steigbügelhalter des Nationalsozialismus werden konnten: hierzu ebd., S. 832. Zu Peter Schneiders Haltung nach 1933 s. die grundlegende Studie von Blessing, Werner K.: Patriot in einer schwierigen Zeit. Zum 50. Todestag von Dr. Peter Schneider, abgedruckt in: *FRANKENLAND* 1–2009, S. 41–62. Peter Schneider berichtete nach dem Zweiten Weltkrieg, dass er häufiger Reden in Versammlungen der Bayerischen Volkspartei gehalten habe, ohne Mitglied der BVP gewesen zu sein.
- 18 Zu bedenken ist, dass es „die“ Heimatbewegung mit einheitlichem Programm und festen Strukturen nicht gab. So vielfältig ihr Programm, so unterschiedlich war auch die Umsetzung des Programms.
- 19 *FRANKENLAND*, Heft 1–1915, S. 39f. Interessant ist die Ausdeutung, die dort dem Heimatgeschäden gegeben wurde: Der Heimatgeschutz war demnach „auf die Erhaltung der überlieferten Kulturwerte, wie der Eigenart und Schönheit der Natur gegenüber achtlöser oder böswilliger Behandlung gerichtet [...]. In weiten Kreisen belebt sich das Interesse an dem Schutz der heimischen Denkmäler, der überlieferten Bauten und Geräte, an der Erhaltung und Wiederbelebung ererbter Lieder und Gebräuche, nicht weniger aber an dem Schutz der Natur, sei es der Pflanzenwelt, der Tierwelt oder der Landschaft als Ganzes.“ Zitat ebd.
- 20 So beispielsweise das Vereinsziel des Schwäbischen Heimatbundes e.V. mit Sitz in Stuttgart, der 1909 als Württembergischer Bund für Heimatgeschichte gegründet worden war, s. http://schwaebischer-heimatbund.de/shb_in_eigener_sache/ueber_uns/geschichte.html (Aufruf am 26.08.2020). Hierzu gehört auch der 1902 gegründete „Bayerische Verein für Volkskunst und Volkskunde“, der heutige „Bayerische Landesverein für Heimatpflege e.V.“.
- 21 Bis heute ist z.B. der Schwäbische Heimatbund e.V. in Orts-/Stadt- und Regionalgruppen gegliedert; vgl. auch Aufbau und Geschichte des 1909 gegründeten Landesvereins Badische Heimat e.V., um einen weiteren im süddeutschen Raum maßgeblichen Heimatverband zu nennen.
- 22 Klüting, Edeltraud: Heimatgeschutz, in: Krebs,

- Diethart/Reulecke, Jürgen (Hrsg): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933. Wuppertal 1998, S. 48.
- 23 Konrich, Georg Friedrich: Persönlicher Heimatschutz (1908), zitiert nach: Hartung, Werner: Konservative Zivilisationskritik und regionale Identität. Am Beispiel der niedersächsischen Heimatbewegung 1895 bis 1919. Hannover 1991, S. 73.
- 24 Hierzu Goetz, Hans-Werner: Die „deutschen Stämme“ als Forschungsproblem, in: Beck, Heinrich/Geuenich, Dieter/Steuer, Heiko (Hrsg.): Zur Geschichte der Gleichung „germanisch-deutsch“. Berlin 2004, S. 229ff.
- 25 Vgl. Vorläufige Satzung des Frankenbundes vom 7. April 1921, § 1, Abschnitt 1.
- 26 Schneider, Peter: Fränkische Briefe II, in: *FRANKENLAND*, Jg. 1915, S. 100.
- 27 Ebd.
- 28 Schneider, Peter: Geschichtsforschung und Volkstum in Franken am Beginn einer neuen Zeit, in: *FRANKENLAND*, Jg. 1919/1920, S. 73.
- 29 Ebd.
- 30 S. auch Heller, Hartmut: Organisierte Regionalidentität: Der Frankenbund e.V., in: Blessing, Werner K./Weiß, Dieter J. (Hrsg.): Franken. Vorstellung und Wirklichkeit in der Geschichte. Neustadt/Aisch 2003, S. 381–390; hier vor allem S. 387ff.
- 31 Ebd., S. 68.
- 32 Schneider, Peter: Aus fränkischem Herzen, in: *FRANKENBUND* (!), Jg. 1933, S. 112; Schneider zitiert hier aus seinem zwölften der im Würzburger General-Anzeiger erschienenen „Neuen fränkischen Briefe an alle“.
- 33 Schneider, Peter: Fränkischer Brief VII, in: *FRANKENLAND*, Jg. 1919/20, S. 122.
- 34 Ebd., S. 123.
- 35 Ebd., S. 124.
- 36 Ebd.
- 37 Schneider: Geschichtsforschung und Volkstum (wie Anm. 28), S. 70; im Original gesperrt gedruckt.
- 38 Ebd., S. 67.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd., S. 75.
- 41 Einige Jahre später gab Schneider zu Protokoll: „Mein schon bei einem Vortrag [...] zu Bamberg 1919 –[...]. – in Aussicht gestellter Versuch die fränkischen Geschichtsvereine zu einer Art Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, scheiterte an der ablehnenden Haltung dieser Vereine.“ Schneider: Gegen Verdunkelung (wie Anm. 1), S. 40.
- 42 Fränkisches Volksblatt v. 13.10.1920.
- 43 Ebd.
- 44 Nach Angabe der Zeitung sollte im FRANKENBUND nicht nur „das Historische durch Vorträge behandelt [werden], sondern auch die Gegenwart durch fränkische Dichter, Künstler, Musiker u.s.w. zu ihrem Recht“ kommen; ebd.
- 45 Aufgabe der Gruppen sollte es sein, „deutsche Frauen und Männer [zu] vereinigen [...] zur Pflege des fränkischen Stammesbewußtseins, zur Verbreitung der fränkisch. Vergangenheit und Pflege des Volkstums der Gegenwart“; ebd.

‘Franken um 1920’: Ein Ausstellungsprojekt des FRANKENBUNDES

Der FRANKENBUND begeht sein hundertjähriges Jubiläum. Dies ist Grund genug, sich Gedanken über den FRANKENBUND per se und seine Zeit zu machen. Eine Ausstellung, die durch Franken wandert, erschien ein passendes Medium zu sein. Die Ausstellung wird an seinem Gründungsort in Würzburg starten. Von den ersten Projektüberlegungen an war es klar, dass es keine Ausstellung über den FRANKENBUND geben wird, sondern dass die Gründungszeit des FRANKENBUNDES als ein Teil des Kunst- und Kulturlebens im politischen und sozialen Kontext in Franken gezeigt werden soll.

In der folgenden Abhandlung über das Ausstellungsprojekt stelle ich nach der Einführung in die Gesamtkonzeption ein Raummodul detailliert vor. Der Artikel beschreibt nicht nur die Ausstellungsin-szenierungen, sondern erläutert insbesondere die kulturellen und politischen Hintergründe und Zusammenhänge der einzelnen Darstellungen als auch die offensichtlichen Parallelen zueinander. Hierfür wählte ich bewusst den Themenblock „*Theater und Politik*“, um ein möglichst breites Spektrum an Einzelfacetten aus den Bereichen Kunst und Kultur im Lebenskontext der Zeit um 1920 präsentieren zu können.

Zeitungen als Forschungseinstieg

Fränkische Tageszeitungen von 1920 bildeten in diesem Projekt den Einstieg in die

Lebenswelt vor hundert Jahren in Franken. Sie nahmen mich mit auf eine authentische Zeitreise und ließen mich tief in den Alltag von damals eintauchen. Durch die einzelnen Artikel, Berichte, Meldungen, Ankündigungen, Bekanntmachungen und Werbeanzeigen konnte ich Anteil am Tagesgeschehen nehmen und die Nöte, Ängste und Sorgen aber auch die Aufregungen, Hoffnungen und kleinen Freuden der Bürger erahnen.

Aktuelle Berichterstattungen in Zeitungen erfolgen ohne jeglichen historischen Abstand, der immer auch unbewusst eine Einordnung und Bewertung im Kontext des weiteren Zeitgeschehens vornimmt. Solch eine journalistische Zeitreise bietet einen spannenden Erlebnispfad mit all seinen kleinen Entwicklungsschritten in unserer Historie, da er auch Ereignisse beleuchtet, die für das sogenannte ‚große Ganze‘ nicht relevant sind. Tageszeitungen als Geschichtsquellen spiegeln die Bandbreite des Alltagslebens wider und sind gleichzeitig selbst ein Teil der Alltagskultur.

Beim Lesen der seinerzeitigen Tagespresse befinden wir uns in jedem Moment in der Gegenwart von 1920, bewerten es aber gleichzeitig aus der Perspektive unseres heutigen Wissens, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen, die ab 1933 folgten. Eine umfassende Zeitungslektüre erlaubt uns aber durchaus, für Momente die Gegenwart der Vergangenheit emotional nachzuempfinden. Aus dieser unmittelbaren Alltagswelt möchte die Ausstellung in ihren Szenen einzelne Begebenheiten aus dem Zeitraum um die

Gründung des Frankenbundes in Franken erlebbar machen.

Konzeption:

a. Inhaltliches Konzept

Das endgültige Konzept der Ausstellung „Franken um 1920“ entwickelte sich in einem Auseinandersetzung- und Annäherungsprozess aus Anlass der Gründung des Frankenbundes vor 100 Jahren und seiner Zeit, die durch extreme Lebensbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg aber auch durch Aufbruchstimmungen zu einem Neuanfang oft sehr gegensätzlich geprägt war. Der Motor für diese Ausstellung war die grundsätzliche Fragestellung: In welcher Zeitkonstellation konnte der Frankenbund wurzeln? Welche Ereignisse und Strömungen bestimmten die Jahre um 1920 in Franken? Was war das für eine Epoche? Von Anfang an war es wichtig, die Gründung des Frankenbundes im Kontext der damaligen Lebensumstände, der politischen Gegebenheiten und kulturellen Ereignisse aufzuarbeiten und in einer Ausstellung zu zeigen.

Der Frankenbund definierte sich als Kulturverein der drei fränkischen Bezirke mit dem vorrangigen Ziel, das Frankenamt zu stärken und im Geist des nationalen Heimatgedankens zu verankern. Sein Gründer und Vorsitzender Dr. Peter Schneider verfolgte diese Idee mit kompromissloser Vehemenz. Bis zum April 1922 entstanden nach seiner Aussage im *FRANKENLAND*, dem Organ des Frankenbundes, 27 Gruppen.¹ Im gleichen Artikel hob er den Zusammenschluss des Frankenbundes mit der „*Vereinigung der Freunde der Frankengruppe*“ hervor, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, die fränkische Kunst insbesondere durch günstige Veröffentlichungen zu fördern.² Peter

Schneider bekräftigte an dieser Stelle auch noch einmal, dass der Bund jede Gelegenheit wahrnehmen wolle, die „fränkische Kunst“ zu unterstützen.

In einem ersten Schritt entstand eine Grundkonzeption aus fünf kulturorientierten Motiven, die zusammen mit dem sechsten Thema – der Gründung des Frankenbundes als Kulturverein – einen geschlossenen Komplex bilden. Das heißt, jeder Hauptpunkt setzt sich aus einem oder mehreren künstlerischen und kulturellen Facetten mit unterschiedlichsten politischen und sozialen Richtungen zusammen. Die stringente Auswahl spannt einen „fränkischen“ Bogen aus den Bereichen Theater, Lyrik, Literatur, Musik, bildende Kunst, Architektur und Kleidung. Alle ausgewählten Beispiele zeigen einen direkten Zusammenhang mit Franken auf und stehen stellvertretend für eine vielfältige Kunst- und Kulturszene. Das Konzept hebt auch die verschiedenen Querverbindungen und Vernetzungen unter den Protagonisten hervor, ebenso wie den häufigen Grundkonsens zwischen den einzelnen Motivbildern.

In einem weiteren Schritt erfolgte eine Übertragung der gesetzten Vorgaben aus der Fragestellung, die Gründung des Frankenbundes im Lebenszusammenhang der Zeit um 1920 zu beleuchten, in alle Einzelthemen. Daraus resultieren sechs Themenblöcke: Mode und Reformkleidung; Kunstszenen; Theater und Politik; Wohnungs- und Nahrungsnot; Musik und Kulturerleben; Frankenbund.

b. Visuelle Vermittlung

Bei der Vorarbeit zu einer Ausstellung steht die visuelle Umsetzung des inhaltlichen Konzepts für eine anschaulich optimale Präsentation im Vordergrund. Eine Wanderausstellung – wie sie hier vor-



Abb. 1: Raummodul „Theater und Politik“; zentrale Szene über der roten Sockelseite: Uraufführung „Masse Mensch“ von Ernst Toller im Stadttheater Nürnberg; der Sockel des Raummoduls nimmt ringsherum die reinen Farbtöne rot – gelb – grün – blau im zeittypischen Bauhausstil auf. Entwurf und Ausführung Szenen,

Foto: Evelyn Gillmeister-Geisenhof;
Ausführung Raummodul:
Schreinerei Knorr, Weiboldshausen.

liegt – stellt bei der Überlegung zu Inszenierungen oder der Darbietung von Exponaten ganz andere Herausforderungen an die Ausstellungsmacher als eine statische Präsentation. Allerdings erreicht eine Ausstellung mit dreidimensionalen Objekten neben informativer sogenannter ‚Flachware‘ beispielsweise als Ausstellungstafeln oder Rollups mit Texten und Abbildungen auch neue Zielgruppen. Aus diesen Überlegungen heraus entwickelte sich ei-

ne Darstellungsform mit plastischen Szenenbildern und Collagen. Das inhaltliche Konzept gliedert sich in sechs separate Themen – Blöcke – Module.

Die Idee

Sechs Raummodule präsentieren die sechs Themenblöcke jeweils auf vier Seiten aus verschiedenen Perspektiven. Das Raummodul ist im Grundriss quadratisch. Das Gehäuse besteht aus einem geschlossenen Sockel mit einem aufgesetzten Rahmen, in den das Szenenmodul hineingeschoben wird. Am Sockel informieren Texte auf Lesehöhe und Abbildungen auf eingehängten Lesepulten über die Kulisse und den Inhalt des Szenenbildes.

Die Kubenkonstruktion des Moduls mit den klaren, reinen Farbtönen rot – gelb – grün – blau (im Uhrzeigersinn) des Sockels nimmt Anleihen am zeittypischen Bauhausstil. Die zentrale Szene jedes Themenblocks sitzt über der roten Seitenwand des Sockels.

Ausstellungstafeln in Form stilisierter Litfaßsäulen zwischen den Raummodulen vertiefen mit weiteren Texten und Abbildungen die einzelnen Themenblöcke. Die Artikel auf den Tafeln wurden neben den Ausstellungsmachern von verschiedenen Autoren verfasst. Die Ausstellungsgestaltung verwendet in der Gesamtarchitektur sowie in ihrer inhaltlichen Darstellung Stilmittel von damals, um auch visuell die Zeitebene um 1920 einzufangen.

Blick in und hinter die Kulissen

Kulturrelevante Ausdrucksformen artikulieren das politische und soziale Zeitgeschehen auch in der fränkischen „Provinzmoderne“³ nach dem Ersten Weltkrieg und machen es sichtbar⁴. Über das Medium

Theater, Literatur, Bildende Kunst oder Musik sowie in deren Kombination erfolgt in der Ausstellung der Einstieg in jeden Themenblock als zentrale Szene. Die ausgewählten Beispiele nehmen die zeit-typischen künstlerischen Facetten auf, die im gesellschaftlich-politischen Fokus der Tagesdiskussionen in Franken um 1920 standen, um uns die Vergangenheit näher zu bringen, sie quasi zu vergegenwärtigen. Hierzu war auch eine Auseinandersetzung mit der zeitgenössisch aktuellen Kunstrichtung, dem Expressionismus, zum Erfassen und Verstehen der Zeit, die die Ausstellung behandelt, unumgänglich.

Expressionismus – die damals aktuelle Kunstrichtung

„Jede Kunst wächst aus dem Nährboden des sie umgebenden Lebens. [...] Es ist nicht wahr, daß irgend eine Kunst ihrer Zeit vorausseilt.“⁵ Der Autor Manfred Schneider meinte mit seiner Aussage 1920 auch die aktuelle Kunstrichtung, den Expressionismus. In seiner sehr authentischen Abhandlung „Expressionismus und Zeitgeist“, die ohne zeitlichen Abstand und eine natürliche Reduzierung auf überlebensfähige Werke entstand, sieht er die neue Kunstrichtung recht kritisch. Aus der Distanz eines Unbeteiligten erklärte er die Definition der Expressionismustheoretiker, die „unter ihrem Schlagwort eine im Ausdruck gesteigerte, das Geistig-Wesentliche durch vereinfachende Stilisierung herausarbeitende [...] Kunst“ verstanden. Dies ist eine zwar verkürzte, aber auf den Punkt gebrachte Interpretation. Im gleichen Satz allerdings zog Schneider daraus die Folgerung, dass der Expressionismus gegenüber dem Naturalismus eine „feindliche“ Kunstrichtung darstelle. Er ist der Meinung, dass die expressionistische Bewegung zu diesem Zeit-

punkt das große Kunstwerk schuldig geblieben wäre und dass es gerade im Extremen alles Versager seien.⁶ Diese kritische Meinung eines beflissenen Kunstkenners spiegelt durchaus die Anschauung einer breiten Öffentlichkeit um 1920 wider.

Insbesondere fernab der Kunstmetropolen, wobei Nürnberg und Würzburg hierbei auch zur Provinz zählten, nahm die Bevölkerung diese moderne Kunstrichtung zum großen Teil gespalten und kritisch auf. Der Expressionismus entwickelte sich vor dem Ersten Weltkrieg aus dem intellektuellen Milieu und wurde schon aufgrund seiner revolutionären Sprache vor allem vom allgemeinen Bildungsbürgertum misstrauisch beäugt. Parallel zur expressionistischen Lyrik entfaltete sich jedoch die Arbeiterdichtung zu einer besonders beliebten Kunstgattung. Allein die sprachlichen Ausdrucksformen der Intellektuellen bzw. der Arbeiter unterschieden deren Gedichte in zwei verschiedenartige Genres. Obwohl sich ihre Ziele im inhaltlichen Ansatz grundsätzlich überschnitten, beschrieben die Ersteren die Existenznot im Allgemeinen im Gegensatz zu den Arbeitern, die ihre konkreten Probleme in Versform brachten. Besonders die damaligen Expressionisten sahen einen eklatanten Unterschied zwischen ihrer intellektuellen Basis im Vergleich zur meist bildungsfernen Arbeiterschaft.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs klafften inhaltliche Schwerpunkte der beiden Dichtergruppen immer weiter auseinander. Die Expressionisten lehnten mehrheitlich den Krieg im Gegensatz zu den Arbeiterdichtern ab, die sich zuhau freiwillig an die Front meldeten, um ihre Vaterlandsliebe unter Beweis zu stellen. Bei der allgemeinen Kriegsbegeisterung nahm auch der Zuspruch zur Arbeiterdichtung ungebrochen zu.⁷

Mit dem grausamen Verlauf des Krieges erklärten sich die Arbeiterdichter zunehmend mit den Expressionisten in der Ablehnung des Krieges und der Überwindung desselben durch die Brüderlichkeit der Gemeinschaft zur Bildung eines neuen Menschen solidarisch. Die Expressionisten und die Arbeiterdichter fanden zudem einen Konsens in ihrer gemeinsamen politischen Nähe zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie. Das Gedicht „Aufschwung“ des Nürnberger Arbeiterdichters Karl Bröger (* 1886 in Nürnberg, † 1944 in Erlangen) fasste in seinem Inhalt stellvertretend für diese Kunstgattung die Gesinnung einer durch den Krieg traumatisierten und sich gleichzeitig nach vorne orientierenden modernen Gesellschaft im Aufbruch zu-

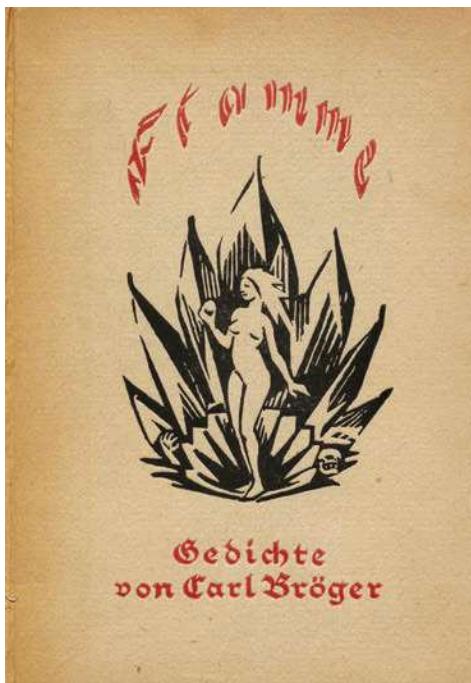


Abb. 2: Buchtitel mit expressionistischer Darstellung von 1920 für den Gedichtband „Flamme“ von Carl Bröger; das Gedicht Aufschwung befindet sich auf S. 19. Jena 1920. Privatsammlung.

sammen. Der Titel „Aufschwung“ übersteigert noch die allgemein gebrauchte vorsichtigere Bezeichnung „Aufbruch“ für den Eintritt in die 1920er Jahre.

Aufschwung

Karl Bröger

*Unter uns gähnt Nacht und Grauen
Und ein Meer von totem Blut.
Brüder, laßt uns aufwärts schauen,
wo allein die Rettung ruht.*

*Droben schwebt in hoher Runde
Stern bei Sternen aus und ein,
Zeichen einem neuen Bunde
Zwischen Mensch und Mensch zu sein.*

*Brüder, schaut, wie frisches Hoffen
Leuchtend in das Dunkel bricht.
Morgen tritt, vom Glanz getroffen,
der versöhnte Mensch ins Licht.⁸*

Der Expressionismus verbreitete sich in allen künstlerischen Disziplinen. Seine Ausprägung war bei den Künstlern, aber auch zwischen Metropolen und Provinz sehr unterschiedlich. Ebenfalls in der fränkischen Welt fand der Expressionismus mit kleinen vorsichtigen Schritten in abgeschwächter Form und vielfach in Verbindung mit regionalen traditionellen Stilelementen Eingang in das Kunstleben.

Theater

Das Theater vereint bekanntlich verschiedene Kunstrichtungen miteinander: das Wort, die Musik, das Bühnenbild und die Bewegung. Der Kunsthistoriker und Kulturpolitiker Edwin Redslob formulierte 1920 als neuer Reichskunstwart in seinem Aufsatz „Bühne und neue Zeit“ über das moderne Theater: „Darin ist nichts mehr von entlehrender Zusammenstoppe-

lung einzelner Künste, darin ist eine neue Einheit, die mit aller Steigerung des Begriffes wahrhaft als ‚Bühnenkunst‘ bezeichnet werden kann.“⁹

Das Theater nahm in der Weimarer Republik innerhalb des Kulturbetriebs und in der Bevölkerung einen signifikanten Stellenwert ein. Nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich auch die Zusammensetzung des Publikums. Neben dem Bildungsbürgertum besuchten mit dem Erstarken der Sozialdemokratie und damit der Gewerkschaften immer mehr Arbeiter Theatervorstellungen. Deutschlandweit verbreitete sich die schon am Ende des 19. Jahrhunderts in Berlin entstandene Volksbühnenbewegung, die die gesamte Breite der Bevölkerung sowie die Jugend ansprach.

In Franken um 1920 gab es noch keine Volksbühnenvereine, jedoch zog auch hier der neue Geist eines gesellschaftlich gewandelten Theaterverhaltens ein. In der Kulturarbeit spielte in Nürnberg die 1921 endgültig gegründete städtische Volkshochschule (VHS) eine integrierende Rolle für die Gesamtbevölkerung. Bekannte Persönlichkeiten aus der Nürnberger Kulturszene übernahmen die Lehrtätigkeit an der VHS, so dass das Angebot im Kunst- und Kulturbereich die wesentlichen Disziplinen abdeckte. Der Theaterwissenschaftler und Kunsthistoriker Georg Wieszner bestritt als hauptamtlicher Dozent einen großen Teil des Programms. Karl Bröger engagierte sich besonders in der Jugendarbeit unter dem Motto: „*Es ist zu zeigen, daß die Jugend Träger jeder Erneuerung des ideellen und praktischen Lebens ist.*“¹⁰

Er experimentierte auch mit neuen, durchaus expressionistischen Darstellungsformen im Theater. 1920 veröffentlichte er in seinem Gedichtband „Flamme“ drei Versstücke: „Kreuzabnahme / Ein Spiel von Schuld und Sieg“, „Kanaan / Ein Spiel um

Gott“ und „Der junge Baum / Ein Oratorium in Worten“.¹¹ Die Versstücke sind eine Mischung aus Theatervorführung und lyrischer Präsentation mit Einzeldarstellern im Gegensatz zu den späteren Sprechchören. Die Regieanweisungen für das Bühnenbild und die Kostüme sind sehr kurz gehalten und entsprechen den expressionistischen Grundgedanken der Stilisierung, weg von einer naturalistischen Milieugestaltung.¹² Die Ausstattungsangaben zum Versspiel „Kreuzabnahme“ lauten: „*Schauplatz, Gestalten, Kostüme sind zeitlos zu denken*.“¹³

Neben den Veränderungsprozessen bei Theateraufführungen fanden auch Überlegungen zum Verhalten der Zuschauer statt. Bröger hielt in seinem Aufsatz „Zuschauertheater und Erlebnisbühne“ ein Plädoyer für ein neues Theatererlebnis, in dem die Menschen auf der Bühne und vor der Bühne eine Gemeinschaft erleben und der Zuschauer nicht nur „*Theaterkonsument*“ ist. „*Wie jedes Bild erst im Beschauer, wird jedes dramatische Kunstwerk erst fertig im erregten Gefühl des Menschen, der sich davon packen läßt, der lacht mit den Lachenden und weint mit den Weinenden.*“¹⁴ Bröger schwebte eine Zuschauergemeinschaft vor, die engagiert und gut vorbereitet ein Theaterstück besucht, so dass sich zwischen der Bühne und dem Publikum eine Symbiose bilden kann.

An den am 1. September 1920 kommunalisierten Städtischen Bühnen Nürnbergs zeigt sich in der Zunahme an Aufführungen und einer zunächst steigenden Besucherzahl die Bedeutung dieser Kultureinrichtung. Die Steigerungen lagen auch an dem neuen Theaterdirektor und Intendanten Willy Stuhlfeld, der vom Würzburger Stadttheater Anfang August nach Nürnberg gewechselt war.¹⁵ Die Berufung Stuhlfelds setzten im Stadtrat



Abb. 3: Historische Farbpostkarte des neuen Stadttheaters, vor 1919; Vorlage für die stilisierte Fassadensilhouette zum 3. Bild aus „Masse Mensch“ von Ernst Toller. Privatsammlung.

nach heißen Debatten vor allem die Sozialisten durch; es war offenkundig eine politische Entscheidung.¹⁶

Der rechtsgerichtete „Fränkische Kurier“ schrieb einen Tag nach der Abstimmung: „Der ‚Fränk. Kurier‘ hat mit seinen Bedenken gegen die Wahl Stuhlfelds nicht zurückgehalten.“¹⁷ Die Sticheleien gegen die Ernennung Stuhlfelds setzte der Fränkische Kurier weiter fort, wie die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“ unter der Überschrift „Haß macht blind“ resümierte: „Der ‚Fränk. Kurier‘ kann noch immer nicht verwinden, daß trotz seiner Schreibereien der Stadtrat Herrn Stuhlfeld zum Leiter des Nürnberger Stadttheaters bestellt hat. Statt abzuwarten, was der neue Direktor leistet, sucht er bereits jetzt das hiesige Publikum gegen die neue Theaterleitung aufzubringen.“¹⁸

Willy Stuhlfeld erweiterte den Spielplan erheblich mit modernen und expressionis-

tischen Stücken und Uraufführungen. Aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Nürnberg geht eine Zunahme der Vorstellungen in seiner ersten Spielzeit 1920/21 gegenüber seinem Vorgänger Alois Pennarini um 11,5 Prozent bei insgesamt 329 zu 291 Aufführungen hervor.¹⁹ Ein Anstieg war auch bei den Opern- und Schauspieldarbietungen zu verzeichnen. Der zahlenmäßige Rückgang der Operetten zeigt auch die inhaltliche Spielplanänderung.

Mit der zunehmenden Teuerung und Not sowie einer fortschreitenden Inflation gestaltete sich diese Vielzahl an verschiedenen Inszenierungen immer schwieriger. Trotz der vermehrten Zuschauerorganisationen und geschlossenen Gesellschaften beispielsweise für Vereine, Gewerkschaften etc. gelang es immer weniger, ein volles Haus zu bekommen. Die Eintrittspreise verteuerten sich zusätzlich durch die von

der Stadt verhängte Lustbarkeitssteuer, die im Dezember 1920 nochmals erhöht wurde, um die ungedeckten Summen der Stadtkasse auszugleichen.

So berichtet die „Fränkische Tagespost“ am 16. Dezember 1920: „*Nach einer Vorlage werden die Lustbarkeiten in drei Gruppen geteilt. In die erste Gruppe, bei welcher die Erhöhung am stärksten sein soll, fallen Tanzunterhaltungen ohne Zulassung von Masken sowie kinematographische Vorstellungen aller Art. Sie sollen durchgehend mit 50 Prozent Erhöhung bemessen werden bis zu 8 M Eintrittspreis. Für jede weitere angegangene Mark noch mit 1 M mehr. [...] Für die dritte Gruppe, Konzerte und Theatervorstellungen und Veranstaltungen ohne Restaurationsbetrieb und mit Rauchverbot, ist die schonendste Behandlung vorgesehen. Auch bei dieser Gruppe beginnt die Erhöhung mit 10 Prozent, steigt aber erst bei 15 M Eintrittspreis auf 50 Prozent.*“²⁰ Nach dem Verwaltungsbericht erzielte die Stadt Nürnberg aus dem Theaterbetrieb in den sieben Monaten von September 1920 bis März 1921 rund 406.000 Mark an Lustbarkeitssteuern.²¹

Das Theaterstück „Masse Mensch“ von Ernst Toller war die erfolgreichste Uraufführung unter dem Intendanten Willy Stuhlfeld. Die fünf Vorstellungen – davon drei im Stadttheater Nürnberg und zwei im Stadttheater Fürth – besuchten mehr als 7.000 Zuschauer²².

Theater und Politik „Masse Mensch“ von Ernst Toller

Die erste Fassung seines Dramas „Masse Mensch“ schrieb Ernst Toller im Gefängnis in Eichstätt, das bis 1972 zu Mittelfranken gehörte. Nach der Niederschlagung der Räterepublik in München im Juni 1919 wurde Toller verhaftet und wegen

Hochverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, die er nach Eichstätt überwiegend in Niederschönenfeld verbüßte. Im Vorwort zur zweiten Auflage von „Masse Mensch“ berichtete er von dem Zwang, der sich seiner bemächtigte, das Stück zu schreiben: „*Das Drama ‚Masse Mensch‘ ist eine visionäre Schau, die in zweieinhalb Tagen förmlich aus mir ‚brach‘. Die beiden Nächte, die ich durch den Zwang der Haft in dunkler Zelle im ‚Bett‘ verbringen mußte, waren Abgründe der Qual [...]*“²³

So bilden in der Ausstellung zwei Theaterstücke den Auftakt von Themenmodulen: die Uraufführung des Dramas „Masse Mensch“ von Ernst Toller im Stadttheater Nürnberg und das nicht aufgeführte Schauspiel „Richtfest“ von Karl Bröger. Des Weiteren thematisiert der Block „Musik und Kulturleben“ das Episodenstück „Totentanz + 1921 +“ von Leo Weismantel in einer Kulissendarstellung im Innenraum der damals neu eröffneten Nürnberger Katharinenkirche.

Im Themenblock „Theater und Politik“ als Basis- und Eingangsszene auf der roten Seite des Raummoduls wird das dritte Bild der Uraufführung des Theaterstücks „Masse Mensch“ im Stadttheater Nürnberg am 15. November 1920 gezeigt. Die im Zentrum einem Portal gleich ausgeschnittene Fassadenkulisse des Nürnberger Stadttheaters gibt den Blick auf die Bühne frei. Für die stilisierte Fassadenzeichnung diente ein Titelentwurf aus einem Wettbewerb für das Programmbuch unter dem neuen Intendanten Stuhlfeld als Vorlage.²⁴

Die Vorgaben Tollers zur Gestaltung des Bühnenbildes entsprechen den expressionistischen Grundsätzen. Sie beschränken sich absolut auf wesentliche Requisiten: „*Großer Saal. Auf der Tribüne ein langer schmaler Tisch. Links sitzt die Frau. Im Saal Arbeiter und Arbeiterinnen dicht gedrängt.*“

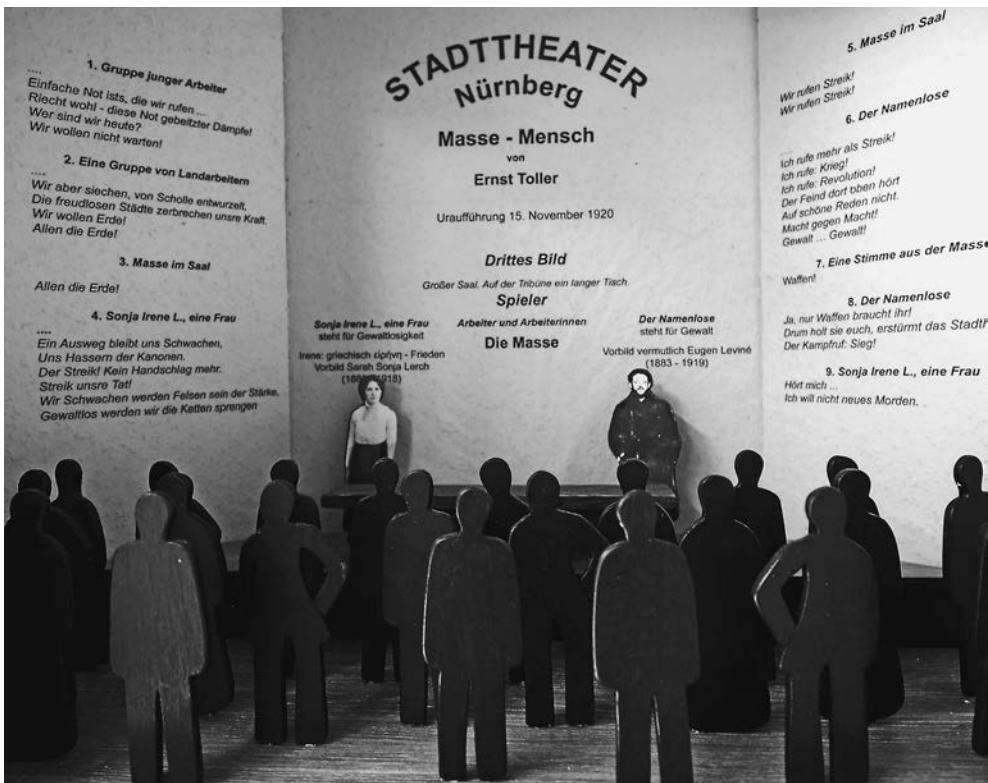


Abb. 4: Theaterszene aus dem 3. Bild aus „Masse Mensch“ von Ernst Toller im Raummodul „Theater und Politik“. Entwurf, Ausführung und Foto: Evelyn Gillmeister-Geisenhof.

Im Verlauf des 3. Aktes erhebt sich nach der Regieanweisung die Frau, und etwas später tritt der „Namenlose“ aus der Masse auf die Tribüne und stellt sich rechts an den Tisch. Diese Konstellation gibt das Szenenbild des Raummoduls wieder²⁵.

Die „Spieler“ des dritten Bildes sind Sonja Irene L., eine Frau, der „Namenlose“ sowie Arbeiter und Arbeiterinnen. Sonja Irene L. erhielt in dem Drama als Einzige einen Namen. Sie steht für Gewaltlosigkeit im Gegensatz zu dem „Namenlosen“, der die Gewalt verkörpert. Ernst Toller benannte beide Hauptdarsteller in seinem Theaterstück wohl nach realen Personen, die im Zusammenhang mit

der Revolution 1918/1919 ihr Leben verloren hatten.²⁶

Das Vorbild für Sonja Irene L. war die Pazifistin Dr. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, die während des Januarstreiks 1918 in München ins Gefängnis kam und sich dort am 29. März 1918 das Leben nahm. Ernst Toller fügte seiner Protagonistin nach Sonja den Vornamen Irene ein, der nach dem griechischen Wort ειρήνη (eiríni) Frieden bedeutet.²⁷

Als Vorbild für den gewaltbereiten „Namenlosen“ diente vermutlich der kommunistische Politiker Eugen Leviné. Er gehörte – nach dem Austritt Ernst Tollers aus der Führungsriege – im April 1919 der

Münchner Räterepublik an, die in dieser Phase vor Gewalt nicht mehr zurückschreckte und beispielsweise kaltblütig Geiseln hinrichten ließ. Leviné kam nach der blutigen Niederschlagung der Räterepublik ins Gefängnis nach Stadelheim, wo er verurteilt und erschossen wurde.

In der Ausstellungsszene stellen stilisierte Holzsilhouetten die Figuren nach. Die beiden Hauptdarsteller am Tisch sind durch Portraitfotos als Sonja Lerch und Eugen Leviné erkennbar und unterscheiden sich als Individuen von der schwarz gestrichenen „Masse“ vor der Tribüne. Dialoge aus dem dritten Bild zwischen Sonja Irene L., dem „Namenlosen“ und der Masse im Saal stehen an der rauen, weißen Wand im Hintergrund geschrieben. Sieben Zitate geben einen Einblick in den Grundtoner des Theaterstücks und erfassen die Brisanz einer aufgebrachten Masse damals wie heute:

Gruppe junger Arbeiter

*Einfache Not ists, die wir rufen ...
Riecht wohl – diese Not gebeitzter
Dämpfe!
Wer sind wir heute?
Wir wollen nicht warten!*

Sonja Irene L.

*Ein Ausweg bleibt uns Schwachen,
Uns Hassern der Kanonen.
Der Streik! Kein Handschlag mehr.
Streik unsre Tat!
Wir Schwachen werden Felsen sein der
Stärke,
Gewaltlos werden wir die Ketten sprengen
[...]*

Masse im Saal

*Wir rufen Streik!
Wir rufen Streik!*

Der Namenlose

*Ich rufe mehr als Streik!
Ich rufe Krieg!
Ich rufe Revolution!
Der Feind dort oben hört
Auf schöne Reden nicht.
Macht gegen Macht!
Gewalt ... Gewalt!*

Eine Stimme aus der Masse

Waffen!

Der Namenlose

*Ja, nur Waffen braucht ihr!
Drum holt sie Euch, erstürmt das
Stadthaus!
Der Kampfruf: Sieg!*

Sonja Irene L.

*Hört mich ...
Ich will nicht neues Morden.*

In diesem zeitgenössischen Drama stürzte sich die „Masse“ mit Waffengewalt in einen aussichtslosen, blutigen Kampf und unterlag mit vielen Toten der Soldatenmacht.²⁸ In der Realität ereignete sich eine unbarmherzige militärische Niederschlagung einer aufgewiegelten Masse in Nürnberg am Mittwoch, den 17. März 1920.

Die blutige Niederschlagung des Generalstreiks in Nürnberg

Das Ausstellungsmodul „Theater und Politik“ präsentiert auf der gegenüberliegenden Seite der Theaterinszenierung ähnliche reale Vorgänge, wie sie Ernst Toller in seinem Drama „Masse Mensch“ beschrieben hat. Sie fanden am Nürnberger Hauptbahnhof statt und werden in einer Momentaufnahme gezeigt.

Auslöser für die blutigen Auseinander-



Abb. 5: Historische Postkarte des Hauptbahnhofs Nürnberg, gelaufen am 9. Mai 1918; Vorbild für die Bahnhofskulisse im Hintergrund der Szene zur blutigen Niederschlagung des Generalstreiks am 17. März 1920.

setzungen war der sogenannte Kapp-Putsch in Berlin am 13. März 1920, dem deutschlandweit ein Generalstreik folgte, „zu dem die aus Berlin vertriebene Reichsregierung aufgefordert hatte als Protest gegen den Berliner Verfassungsbruch“.²⁹ Überall versammelten sich unter der Führung der zu diesem Zeitpunkt überdurchschnittlich starken Gewerkschaften die streikenden Arbeiter. So berichtete das „Weißenburger Tagblatt“, dass am frühen Nachmittag des 16. März 1920 ein „schier endloser Demonstrationszug“ durch Weißenburg zog, um „jeden Angriff auf die Verfassung der jungen Republik und auf die durch die Revolution errungenen Freiheiten einig und geschlossen abzuwehren“.³⁰

Am Montag, den 15. März, standen in Nürnberg die Fabriken still, während die Geschäfte für diesen Tag noch geöffnet hatten. Die Menschen stürmten die Geschäf-

te und hamsterten vor allem Lebensmittel aller Art. Die sozialistischen Parteien veranstalteten Großkundgebungen, allein im Luitpoldhain wurden über 70.000 Anwesende geschätzt.³¹

Die Buchdrucker streikten ebenfalls, so dass mit Ausnahme des sozialdemokratischen Organs „Fränkische Tagespost“ keine Zeitungen mehr gedruckt werden konnten. Alle anderen Tageszeitungen erschienen erst wieder am Dienstag, den 23. März, und veröffentlichten die Ereignisse der vergangenen Woche übersichtlich in zusammengefasster Form.

Am Dienstag verbreitete sich die Nachricht aus Berlin, dass Kapp zurückgetreten sei. Somit hätte der Generalstreik beendet werden und die Bevölkerung am Donnerstag wieder an die Arbeit zurückkehren können, wie es die Weißenburger taten. Das „Weißenburger Tagblatt“ vermeldete am

18. März, dass „*der Zweck des Generalstreiks, die Beseitigung der Militärregierung in Berlin, erfüllt sei. [...] Möge damit wieder Beruhigung in unser friedliches, arbeitsames Städtchen einkehren zum Wohle Aller!*“³²

Ganz anders jedoch verlief jener Mittwoch in Nürnberg, den die „Nürnberger Zeitung“ als „*einen der schwärzesten Tage in der Geschichte unserer Stadt*“ bezeichnete. „*An diesem Tag kam es auch bei uns zu Zusammenstößen zwischen der bewaffneten Macht und Zivilisten, und diese Zusammenstöße kosteten viel Blut, weit mehr Blut als irgend ein Revolutionse ereignis in Nürnberg bisher gekostet hat.*“³³ Bei diesen Unruhen gab es insgesamt 23 Tote und über 60 Schwerverletzte. Neben verschiedenen kleineren Brennpunkten, die über die Stadt verteilt waren, gerieten besonders die Vorgänge am Hauptbahnhof zum Desaster.

Die Ereignisse am Bahnhof erzählt von verschiedenen Seiten

Quelle, darunter die Vorgänge am Bahnhof

10:30, FT, Augenzeuge

Bahnhofspost: Abteilungen von Matrosen und Zivilisten forderten die Herausgabe der Kasse mit 750.000 Mark für Gehälter. Nach der Verweigerung der Beamten ergriffen die Eindringlinge die dort lagenden Waffen und wollten den Bahnhof besetzen. Die Reichswehr feuerte auf die Angreifer, die die Gewehre zurückließen und flohen.

11:00, Darstellung Reichswehr, NZ

Bewaffnete Matrosen zusammen mit meist jugendlichen Rucksackpartikisten besetzten das Bahnhofspostgebäude.



Abb. 6: Fotografie des Bahnhofsplatzes am 17. März 1920 mit der Beschriftung: „Unerwarteter weiterer kommun. Angriff spät abends. Im Maschinengewehrfeuer flüchtende Menschen schutzsuchend im Stadtgrab. u. hinter Reklamesäulen.“ Fotograf unbekannt. StadtAN Sig. A 76/ III, 17, Bild VI.



Abb. 7: Szene der blutigen Niederschlagung des Generalstreiks am Hauptbahnhof in Nürnberg am 17. März 1920 im Raummodul „Theater und Politik“.

Entwurf, Zeichnungen, Ausführung und Foto: Evelyn Gillmeister-Geisenhof.

11:30, Druckereiangestellter, FT
Die Polizeiwehr in grünen Uniformen hielt das Bahnhofsgebäude besetzt wegen der Meldung, dass das Postgebäude gestürmt werden solle.

12:30, FT
Eine große Menschenmenge drängte von der nicht genehmigten Versammlung der sozialistischen Parteien auf der Insel Schütt auf den Bahnhofsvorplatz.
„Ein Zug Menschen bewegte sich zum Bahnhofe. Menschenmassen wogen hin und her.“

Postbeamter, NZ

1. Stock Postgebäude: Forderung der Matrosen zur Herausgabe der 50 Waffen;
„Die Zählung der Waffen war noch nicht beendet, als starkes Maschinengewehrfeuer er tönte. Der Führer gab einen Schuss aus dem Fenster mit einem Revolver gegen die Polizeiwehr auf dem Bahnsteig ab, die ebenfalls schoss. Gleichzeitig erschien die Reichswehr.“

12:40, FT, Augenzeuge

Die Reichswehr marschierte im Sturmschritt in geschlossener Formation vom Kö-

nigstor und von der Frauentorbrücke kommend in Richtung gegen die Menge. Die Menge zog sich mit erhobenen Händen zurück.

12:45, Augenzeuge, FT

Aufstellung eines Maschinengewehrs auf dem Gleis zwischen Post und Osthalle des Bahnhofs; einige Schüsse fielen vermutlich aus dem Postgebäude, das geht auch aus den Verwundungen hervor. (Der Augenzeuge half die Verwundeten zu bergen.)

gegen 13:00, FT, Augenzeuge

Eine riesige Schießerei setzt ein.

„Es sei auf junge Leute geschossen worden, die mit ‚Hände hoch‘ weglauen wollten.“

13:00, Darstellung Reichswehr, NZ

Die Truppe wurde bei der Ankunft von vorne (Bahnhof) und von rückwärts (Königstraße) beschossen. Die Truppe musste mit Schusswaffen eingreifen.

FK

Die Truppen nahmen im Sturm das Postgebäude und den Bahnhof. Dabei kamen auch zwei Rädelsführer (Matrosen) ums Leben.

Nachmittag, NZ

Am ganzen Nachmittag fuhren ununterbrochen Sanitätsautos mit Anhängern vom Stadtinnern zum Krankenhaus.

FT – Fränkische Tagespost, FK – Fränkischer Kuriер, NZ – Nürnberger Zeitung.

In der Ausstellung zeigt die Momentaufnahme das Einmarschieren der Reichswehr in geschlossener Formation gegen die Menschenmasse. Die Hintergrundkulisse bildet der Ausschnitt der östlichen Bahnhofsfassade bis über den Haupteingang hinweg in halbrunder Aufstellung. Als Vor-

lage für die stilisierte Pastellkreidezeichnung diente eine historische Postkarte. Die dramatisch anmutende Himmelsinszenierung in einer Seidenpapier-Leimtechnik hinter Plexiglas verstärkt die bedrohende Situation und weist auf die kommende Katastrophe hin.

Holzsilhouetten in unterschiedlichen Formen und Farben stellen die verschiedenen Personengruppen dar: grau – Reichswehrsoldaten in feldgrauer Uniform; grün – Polizeiwehr in grüner Uniform mit Tschakokopfbedeckung; blau mit roter Armbinde – roter Matrosenbund; schwarz – weibliche und männliche Zivilisten; in der Mitte der Zivilisten tritt eine Silhouette mit einem Gesicht und Anzug aus der Anonymität der Masse heraus. Das Foto eines der Opfer befindet sich auf einem Antrag für einen Pass im Stadtarchiv Nürnberg.³⁴ Auf dem Lesepult am Sockel unterhalb der Bahnhofsszene lassen sich die Vorgänge am Bahnhofsvorplatz nachverfolgen.

Collage

Auf der dritten Seite des Raummoduls „Theater und Politik“ verknüpft eine Art Collage die beiden Themen inhaltlich miteinander. Das sechste Bild des Dramas „Masse Mensch“ ist als Traumbild beschrieben und thematisiert die Frage nach Schuld an den getöteten Arbeitern während der Niederschlagung ihres Aufstandes durch Schweigen. Das Gewissen mit dem imaginären kopflosen Schatten der Sonja Irene L. steht Pate für die realen Toten des 17. März 1920 in Nürnberg.

Der Hintergrund der Tafel ist tief schwarz. Die Gesamtdarstellung verläuft von links nach rechts, vom Theaterbild ohne Übergang zur Friedhofsszene. Weiße, blattlose Äste eines Baumes liegen zum

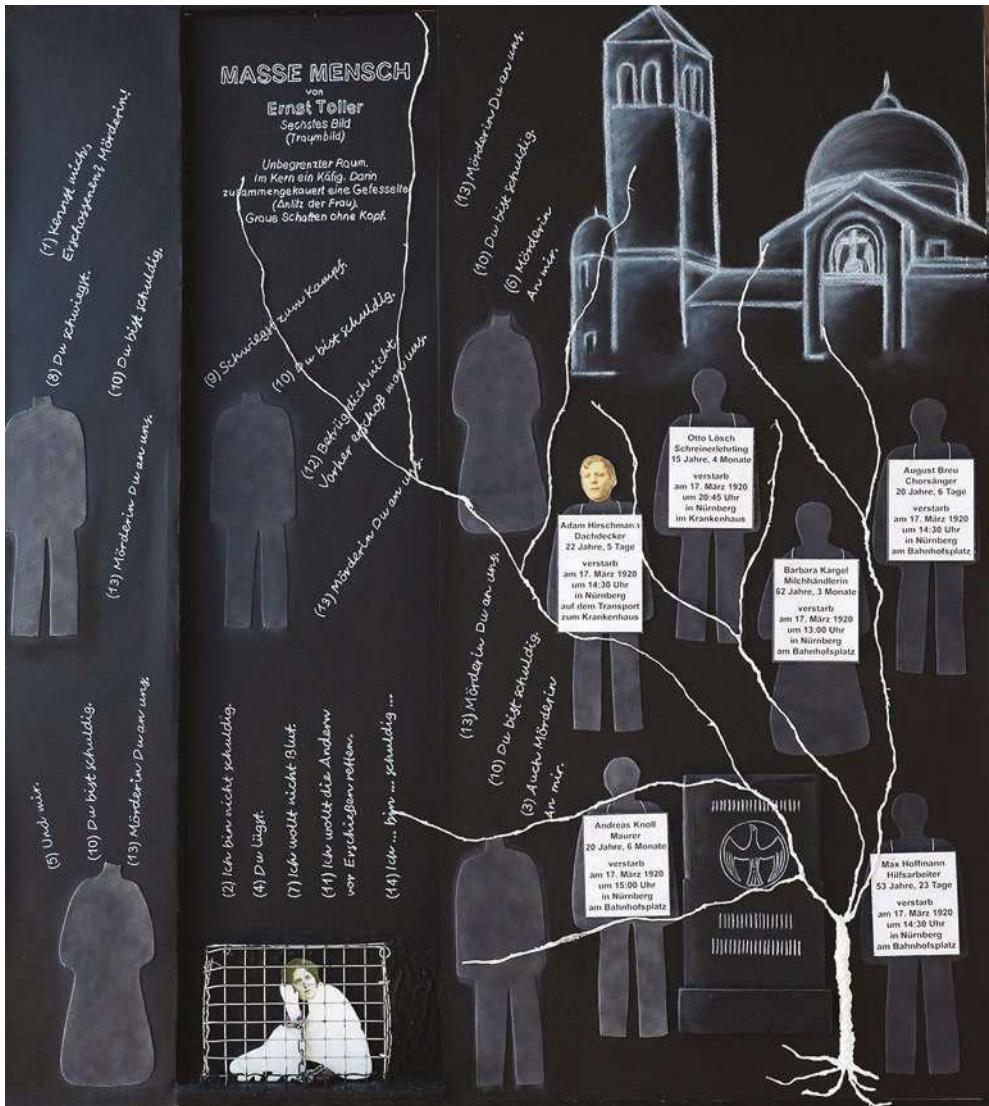


Abb. 8: Collage an der gelben Seite des Raummoduls „Theater und Politik“; Verknüpfung der beiden Raummodulszenen „Theater und Politik“: Die kopflosen, anonymen Schatten aus der Traumszene im 6. Bild aus „Masse Mensch“ von Ernst Toller stehen neben den Schatten der realen Opfer der blutigen Niederschlagung des Generalstreiks, die überwiegend auf dem Südfriedhof in Nürnberg beerdigt wurden.
Entwurf, Zeichnungen, Ausführung und Foto: Evelyn Gillmeister-Geisenhof.

Teil über beiden Szenarien und verbinden ihre gemeinsame Aussage und Botschaft optisch.

Die Angaben zum Bühnenbild von Ernst Toller: „*Unbegrenzter Raum. Im Kern ein Käfig. Darin zusammengekauert eine Gefesselte (Antlitz der Frau). Graue Schatten ohne Kopf.*“³⁵ Auf die zwei Zentimeter starke Vertiefung in der Mitte der linken Hälfte der schwarzen Tafel ist ein Käfigstück mit der gefesselten und zusammengekauerten Frau reliefartig eingeschachtelt.

Die Frauensilhouette ist mit weißer Farbe bemalt und mit dem Antlitz der Sonja Lerch versehen. Um sie herum sind namenlose graue Schattensilhouetten ohne Kopf angebracht, die in Sprechblasen Anklagen gegen Sonja Irene L. erheben: „*Du schwiegst. Schwiegst beim Sturm aufs Stadthaus. Schwiegst beim Raub der Waffen. Schwiegst zum Kampf.*“ Sie versucht sich zu verteidigen: „*Ich wollt nicht Blut. Ich wollt die Andern vor Erschießen retten.*“ Die kopflosen Schatten bieten Paroli: „*Betrüg dich nicht. Vorher erschoß man uns. Mörderin du an uns. Schuldig! Dreimal schuldig!*“ Sie resigniert. Sie gesteht sich selbst ihre Schuld ein: „*Ich ... bin ... schuldig ...*“ Nach diesem Bekennen erfolgt die Regieanweisung, dass die Schatten verblassen.³⁶

Unmittelbar an die anonymen, kopflosen und leicht diffusen Schatten schließen sich auf der Collage Schatten mit scharf gezeichneten Rändern und Köpfen an. Sie nehmen stellvertretend für alle Opfer des 17. März 1920 einen Platz auf dem imaginären Friedhof ein. Das Schild um ihren Hals mit Namen, Berufsbezeichnung, Alter sowie Sterbeort und -zeit hebt diese Toten im Gegensatz zu den kopflosen Schatten aus der Anonymität. Insgesamt starben 23 Männer und Frauen an den Schussverletzungen, die ihnen vor allem

die Reichswehr und die Erlanger Studenten zugefügt hatten.

Der „Fränkische Kurier“ veröffentlichte die Liste der Opfer, aus der hervorgeht, dass die meisten Toten junge Handwerker und Arbeiter waren: „*Adolf Hüller, Bauarbeiter; 20 Jahre 9 Monate; Johann Heubusch, Schreiner, 21 Jahre 3 Monate; Konrad Lottes, Friseurlehrling, 15 Jahre 6 Monate; Christian Kohn, Fabrikarbeiter, 19 Jahre 4 Monate usw.*“³⁷ Das waren Menschen mit einer Geschichte und Plänen für ein zukünftiges Leben. Ihre Namen und Geburtsdaten sind bis heute im Sterberegister sowie in einer alten Zeitung aus dem Jahr 1920 erhalten.

Der Dachdecker Adam Hirschmann erhält sogar noch ein Gesicht. Er verstarb – wie weitere sieben Schwerstverwundete – am 17. März 1920 auf dem Transport ins städtische Krankenhaus im Alter von 22 Jahren und 5 Tagen. Am 12. März, einen Tag vor dem Kapp-Putsch, als alles anfing, hatte er vielleicht mit seiner Familie und Freunden in seiner Wohnung in der Karlstraße 1 in der Altstadt Nürnbergs seinen letzten Geburtstag gefeiert.

Am Samstagnachmittag, den 20. März 1920, um 15:30 Uhr fand die Beerdigung der meisten Opfer am Nürnberger Südfriedhof statt. „*Man hatte in weiten Kreisen der Bevölkerung erwartet, daß die Opfer in ein gemeinsames Grab aufgenommen würden. Diese Erwartung traf nicht ein.*“ Zu den Bestattungsfeierlichkeiten fanden sich „*ungeheure Mengen von Zuschauern*“ ein, die sich mit der „*anerkennenswertesten Ruhe*“ verhielten³⁸. Die weiße Skizze der 1913 erbauten Aussegnungshalle des Nürnberger Südfriedhofs und der stilisierte Grabstein aus dem Jahr 1920 mit der Friedenstaube, integriert in die Collage, vergegenwärtigt die damalige unbegreifliche Situation und fängt die Trauer um die



Abb. 9: Grabstein aus den 1920er Jahren mit stilisierter Friedenstaube auf dem Südfriedhof Nürnberg; Vorbild für die Collage der gelben Seite des Raummoduls „Theater und Politik“.

Foto: Evelyn Gillmeister-Geisenhof

völlig sinnlos getöteten jungen Menschen ein. Bis heute erinnert keine Gedenktafel an die damaligen Opfer.

Zeitungsaufsteller

Die vierte und letzte Seite des Raummoduls „Theater und Politik“ dokumentiert anhand der verschiedenartigen Berichterstattung über die Theateraufführung von „Masse Mensch“ bzw. die blutige Niederschlagung des Generalstreiks anlässlich des Kapp-Putsches die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der Presselandschaft in Nürnberg. Um 1920 waren Zeitungen das einzige Massenmedium zur zeitnahen Übermittlung von neuesten Nachrichten, denn es gab noch kein Radio. Dies ging in Deutschland erstmals 1923 in Berlin auf Sendung.

Die Tageszeitungen erreichten ihre Leser von den Verlagsanstalten und Druckereien der Städte ausgehend auch in den kleinen Dörfern der ländlichen Gebiete.

Selbst in kleineren Städten wie Weissenburg konnte die Bevölkerung unter zwei verschiedenen Zeitungen wählen, die in ihrer Berichterstattung, meist durch ihre unterschiedlich politische Orientierung bedingt, verschieden ausgerichtet waren.

In Nürnberg bestimmten vor allem die drei auflagenstärksten Tageszeitungen die Medienlandschaft: die „Nürnberger Zeitung“ (NZ), der „Fränkische Kurier“ (FK) und die „Fränkische Tagespost“ (FT). Daneben gab es noch eine Reihe weiterer Zeitungsangebote wie beispielsweise das „8-Uhr-Abendblatt“, das nur im Straßenverkauf erhältlich war, und die katholische „Bayerische Volkszeitung“, die jeweils nur etwa auf die Hälfte der Auflage des „Fränkischen Kuriers“ kamen.

Die „Nürnberger Zeitung“ als auflagenstärkste Tageszeitung ging aus dem „Generalanzeiger“ hervor und versorgte neben der Stadt Nürnberg weite Teile des nordfränkischen Raums. Schon wegen ihres überregionalen Anzeigenangebots gab sie sich neutral, unparteiisch und überkonfessionell. Sie hatte den Anspruch, die Artikel sachlich und objektiv zu veröffentlichen, was ihr auch zu Beginn der 1920er Jahre recht gut gelang.

Die zweitstärkste Auflage erzielte der „Fränkische Kurier“, der täglich in zwei Ausgaben erschien. Nach dem Ersten Weltkrieg vollzog das bis dahin bürgerlich liberale Organ einen gewaltigen Rechtsruck. Der rechtsnationalen Redakteur Oskar Franz Schardt und der Monarchist Jörg Pfeiffer prägten seit 1919 den politischen Ton der Zeitung. Der „Fränkische Kurier“ opponierte gegen Oberbürgermeister und Stadtrat. Oskar Franz Schardt schrieb vor allem scharfe, vernichtende Kritiken im Feuilleton.

Die „Fränkische Tagespost“ war das Organ der Sozialdemokraten und der offene

Gegenspieler des „Fränkischen Kuriers“. Das Blatt unterstützte Oberbürgermeister Hermann Luppe gemäß seinem Bündnis mit den Sozialdemokratischen Parteien im Stadtrat immer loyal. Luppe gehörte der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an und regierte die Stadt Nürnberg von 1920 bis zu seiner Amtsenthebung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933. Für das Feuilleton arbeitete der Arbeiterdichter Karl Bröger und brillierte vor allem mit seinen Theaterkritiken.³⁹

Wie oben beschrieben erfolgte in Nürnberg während des Buchdruckerstreiks infolge des Kapp-Putsches nur durch die „Fränkische Tagespost“ eine aktuelle Berichterstattung. Deren Verlag unterstützte und begleitete den Generalstreik – und damit die Aktion der Arbeiter – in sozialdemokratischer Gesinnung. Die sozialistischen Parteien hatten den Generalstreik ausgerufen.

Die „Nürnberger Zeitung“ berief sich bei ihren Zusammenfassungen namentlich auf ihre Quellen. Sie verwendete Beschreibungen der „Fränkischen Tagespost“ und offizielle Darstellungen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, aber auch Augenzeugenberichte, beispielsweise eines Postbeamten. Darüber hinaus zitierte die NZ auch die Rede des Ministerpräsidenten Kahr im Bayerischen Landtag am Tag nach der Niederschlagung: „In Nürnberg ist es zu schweren Unruhen gekommen. Die Ursache hiervon waren nach den bisherigen Feststellungen formierte Matrosenabteilungen in Stärke von 12 – 1400 Köpfen.“ Der Journalist kommentierte diese Aussage von Kahrs unmittelbar anschließend in Klammern gezeichnet mit seinem Kürzel D.R.: „(Da hat man den neuen Herrn Ministerpräsidenten allerdings recht falsch informiert, denn diese Zahlen sind mehr als übertrieben. D.R.)“⁴⁰

Die gegensätzlichen Meinungsansätze charakterisieren die Berichte über den Einsatz der Erlanger Studentenwehr im „Fränkischen Kurier“ und der „Fränkischen Tagespost“ besonders deutlich. Als nun endlich nach über einer Woche der FK am 23. März wieder zu Wort kam, stellte er in seinem Einleitungspamphlet über „Die Putsch-Woche“ seine politische Einstellung kompakt dar: „Leider haben die folgenschweren Zusammenstöße der verhetzten Arbeitermassen mit den Sicherheitsmannschaften, die zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung aufgeboten werden mussten, eine große Reihe von Opfern gekostet. [...] [D]en Männern, die selbstlos für die Wiederaufrichtung der Ruhe und Ordnung sich eingesetzt haben, der Reichswehr, der Erlanger Studentenwehr, der sich auch die Professoren Dr. Lent und Dr. Spuler angeschlossen hatten, [...] die nie gegenüber den Brutalitäten des fanatisierten Mobs ihre Selbstbeherrschung und Besonnenheit verloren haben, [...]“ zollte er Lob.⁴¹

Die FT hingegen sah das Verhalten der Erlanger Studenten ganz anders: Sie „haben sich, wie uns von vielen Augenzeugen mitgeteilt wird, in einer Weise benommen, die zur schärfsten Kritik herausfordert.“ [...] So „zeigten diese Produkte der politischen Erziehungsarbeit Dr. Lents und des ‚Fränkischen Kuriers‘ auffälliges Benehmen. [...] Blut war geflossen, und alles war empört über die unsinnige Schießerei der Erlanger Studenten. [...] Das Verhalten der Erlanger Studenten war einfach skandalös. Die Stelle, die diese nationalistisch verhetzten, politisch unreifen jungen Leute nach Nürnberg gezogen hat, hat unverantwortlich gehandelt.“⁴²

Ebenso konträr wie diese beiden Tageszeitungen die Vorkommnisse bei den Unruhen am 17. März 1920 beurteilten, äußerten sie sich insbesondere auch im Vorfeld der Uraufführung des Dramas „Masse

Mensch“. Schon die bloße Mitteilung, dass das Nürnberger Stadttheater die Rechte zur Uraufführung des neuen Theaterstücks Ernst Tollers erworben hatte, erhitzte die Gemüter in Nürnberg. Die unterschiedlichen Zeitungen lieferten sich je nach ihrer politischen Ausrichtung vom rechten „Fränkischen Kurier“ über die relativ neutrale „Nürnberger Zeitung“ bis hin zur sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ ein durchaus lesenswertes Gefecht. Desgleichen verkündeten Tageszeitungen aus anderen Städten wie Würzburg, Frankfurt, München oder Augsburg die Theaterneuigkeit. Allein die Vermutung, dass die Regierung Kahr in München Ernst Toller aus seiner Festungshaft in Niederschönenfeld zur Uraufführung beurlauben könnte, führte zu großer Aufregung und bewarb das Theaterstück von Anfang an.

In Nürnberg gipfelte der Lärm um Tollers neues Theaterstück vor der Uraufführung mit einer „kilometerlangen“⁴³ Eingabe des Kunst- und Bildungsausschusses der Ortsgruppe Nürnberg des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes, der 1919 in Bamberg gegründet worden war, an den Nürnberger Stadtrat, die der „Fränkische Kurier“ wohl aus seiner Gesinnung heraus vollständig abdruckte. Die rechts-nationale und antisemitische Vereinigung stellte beim Stadtrat den Antrag, dass aus „deutschen Männern, die auch Liebe zu ihrem deutschen Volke haben, ein Kunstauschuss gebildet werden [solle], der hinsichtlich der Auswahl der aufzuführenden Schauspiele und Opern u. dgl. dem städtischen Intendanten beizuhören wäre“. Auch müsste dieses „Geisteserzeugnis eines landfremden [jüdischen] Verbrechers [...] ein- für alle mal vermieden bleiben.“⁴⁴

Die „Fränkische Tagespost“ wiederum polemisierte in den höchsten Tönen gegen den „Kurier“: „Es geht wieder recht ge-

räuschvoll zu bei unseren Deutsch-Völkischen. Was ist los?“ Nach einem längeren süffisanten Geplänkel über die Eingabe zu einem Kunstausschuss und der Aufregung um Toller und sein Drama stellte der Journalist mit dem Kürzel D.R. die Frage: „Wer von ihnen hat es gelesen und urteilt über das Stück auf Grund eigener Kenntnis? Von so gebildeten und um den Ruhm der Kunststadt besorgten Männern ist wohl nicht anzunehmen, daß sie über eine Sache öffentlich reden, die sie noch gar nicht kennen. [...] Unseres Wissens ist es auch noch gar nicht gedruckt. Sollte Herr Stuhlfeld dem Ausschuß etwa sein Regiebuch geborgt haben?“⁴⁵

Der Nürnberger Stadtrat lehnte den Kunstausschuss mit einer Gegenstimme aus der Mittelpartei ab.⁴⁶ Toller erhielt keinen Gefängnisurlaub, um an der Uraufführung seines Stükkes anwesend zu sein.⁴⁷ Das Drama „Masse Mensch“ wurde nach fünf Aufführungen abgesetzt. Während der dritten Aufführung ereigneten sich Tumulte durch eingeschleuste Vertreter des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes.⁴⁸ Der Landtag nahm sich am 17. Dezember 1920 der Sache an und bestätigte: „In diesem Fall handelt es sich nicht um eine Theaterzensur, sondern um die allgemeine Verpflichtung der Polizeibehörden, Ordnung und Ruhe aufrechtzuerhalten.“⁴⁹

Der Themenblock „Theater und Politik“ gestattet in seiner Vielschichtigkeit einen kleinen Blick auf das Leben um 1920 in Franken und lässt den Betrachter der Ausstellung für Augenblicke in jene Zeit eintauchen. Das Quellenmaterial der Tageszeitungen gibt das Alltagsgeschehen und die Diskussionen darum aus den verschiedenen Perspektiven authentisch wieder.

Die Karte zum Neuen Jahr des fränkischen Malers Rudolf Schiestl⁵⁰ symbolisierte in eindrucksvoller Art die Lebenssituation zum Jahreswechsel 1920/1921. Ein

von der Lebenslast gebeugter alter Mann schleppt sich mit einem Stock über einen Friedhof. Ihm folgt ein krabbelndes Kind, das das Leben noch vor sich hat, aber erst einmal laufen lernen muss. Die Metapher eines Kindes, eines jungen Sprosses, soll eine kleine Hoffnung auf ein besseres Jahr, auf eine bessere Zeit geben, die aus heutiger, zurückblickender Sicht leider nicht eintrat.

In dieser von politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen geprägten Zeit nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gründete der Gymnasiallehrer Dr. Peter Schneider in der Hoffnung auf einen lebensbejahenden Aufbruch in eine glücklichere Welt sein Lebenswerk, den Frankenbund. In dieser äußerst bewegten Epoche bot dieser neue Verein erst einmal eine Rückbesinnung auf die Werte der fränkischen Heimat.

Gleichzeitig bildete der FRANKENBUND eine enge Allianz mit der „*Vereinigung der Freunde der Frankengruppe*“, die neuzeitliche fränkische Kunst förderte, beispielsweise mit der Herausgabe einer günstigen Künstlermonographie über Rudolf Schiestl.⁵¹ Denn die zentralen Aufgaben des FRANKENBUNDES waren für Peter Schneider die Erforschung der fränkischen Geschichte, die Pflege zeitgemäßer Kultur und die Förderung neuer fränkischer Kunst.



Abb. 10: Karte zum Neuen Jahr 1921 von Rudolf Schiestl; Radierung 14,5 x 12,5 cm, unten rechts und unten mittig signiert. Privatbesitz.

Evelyn Gillmeister-Geisenhof, die Bezirksvorsitzende des FRANKENBUNDES für Mittelfranken ist, studierte an der Fachhochschule Coburg Abteilung Münchberg Textildesign, anschließend Geschichte und Politologie an der FU-Berlin. 1985 baute sie die Trachtenforschungs- und -beratungsstelle des Bezirks Mittelfranken auf und leitete sie bis 2016. In einer Schriftenreihe publizierte sie über regionales Kleidungsverhalten und Textiltechniken im soziokulturellen Kontext. Ihre Anschrift lautet: Heuberg 5, 91781 Weißenburg, E-Mail: gillmeister-geisenhof @gmx.de.

Anmerkungen:

- 1 Schneider, Peter: Der Frankenbund lebt, in: Frankenland. Zeitschrift für alle Franken und Frankenfreunde zur Kenntnis und Pflege des fränkischen Volkstums. Heft ½. Nürnberg 1922, 9. Jg., S. 3.
- 2 Schneider: Frankenbund (wie Anm. 1), S. 2.
- 3 Vgl. Schmidt, Alexander: Kultur in Nürnberg 1918–1933. Nürnberg 2005, S. 361.
- 4 Nach dem Zitat von Paul Klee: „Die Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar.“ Klee, Paul: Schöpferische Konfession, in: Tribüne der Kunst und der Zeit. Eine Schriftensammlung. Bd. XIII. Hrsg. Kasimir Edschmid. Berlin 1920.
- 5 Schneider, Manfred: Expressionismus und Zeitgeist, in: Württembergisches Landestheater

- (Hrsg.): Stuttgarter Dramaturgische Blätter. Stuttgart 1920/21, S. 62.
- 6 Ebd., S. 61.
- 7 Vgl. Heinsen-Becker, Gudrun: Karl Bröger und die Arbeiterdichtung seiner Zeit. Nürnberg 1977.
- 8 Bröger, Karl: Aufschwung, in: Flamme. Jena 1920.
- 9 Redslob, Edwin: Bühne und neue Zeit, in: Stuttgarter Dramaturgische Blätter (wie Anm. 5), S. 94.
- 10 Vgl. Schmidt: Kultur in Nürnberg (wie Anm. 3), S. 255ff.; Müller, Gerhard: Für Vaterland und Republik. Pfaffenweiler 1986, S. 30ff.
- 11 Bröger: Flamme (wie Anm. 8), S. 28–84.
- 12 Müller: Vaterland und Republik (wie Anm. 10), S. 292.
- 13 Ebd., S. 28.
- 14 Bröger, Karl: Zuschauertheater und Erlebnisbühne, in: Volksbühne. Berlin 1920, Heft 2, S. 56.
- 15 Stadtarchiv Nürnberg [künftig: StadtAN], Sig. Av L5 1920/21; Verwaltungsberichte, S. 86/87.
- 16 Schneider: Frankenbund (wie Anm. 1), S. 104; Die Ära Willy Stuhlfeld endete bereits nach zwei Jahren 1922.
- 17 Stadtbibliothek Nürnberg [künftig: Stadt-BibN], Fränkischer Kurier, 25.03.1920.
- 18 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 15.06.1920.
- 19 StadtAN, Bz L5 1920/21, S. 171; Schmidt: Kultur in Nürnberg (wie Anm. 3), S. 103.
- 20 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 16.12.1920.
- 21 StadtAN, Bz L5 1920/21, S. 172.
- 22 Schneider: Frankenbund (wie Anm. 1), S. 113.
- 23 Toller, Ernst: Masse-Mensch. Potsdam 2. Aufl. 1922, Vorwort.
- 24 StadtBibN, Nr. 2377.2°.
- 25 Toller: Masse-Mensch (wie Anm. 23), Drittes Bild, S. 30–39.
- 26 Vgl. Stadtarchiv Neuburg: Ernst Toller Gesellschaft e.V.; WT Band I, S. 353–370.
- 27 Vgl. Naumann, Cornelia (Hrsg.): Ich hoffe noch, dass aller Menschen Glück nahe sein muss... Lich/Hessen 2018.
- 28 Vgl. Toller: Masse-Mensch (wie Anm. 23), Fünftes Bild, S. 49–59.
- 29 Stadtarchiv Weißenburg [künftig: Stadt-AWUG], Weißenburger Tagblatt, 16.03.1920.
- 30 Ebd.
- 31 Vgl. StadtBibN, Nürnberger Zeitung, 23.03.1920.
- 32 StadtAWUG, Weißenburger Tagblatt, 18.03.1920.
- 33 StadtBibN, Nürnberger Zeitung, 23.03.1920.
- 34 StadtAN, C21/VII 69.
- 35 Toller: Masse-Mensch (wie Anm. 23), Sechstes Bild, S. 60–67.
- 36 Ebd., S. 60–63.
- 37 StadtBibN, Fränkischer Kurier, 23.03.1920.
- 38 Ebd.
- 39 Vgl. zu den Zeitungen: Hanschel, Hermann: Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberg 1977, S. 69ff.; Schmidt: Kultur in Nürnberg (wie Anm. 3), S. 43ff.
- 40 StadtBibN, Nürnberger Zeitung, 23.03.1920.
- 41 StadtBibN, Fränkischer Kurier, 23. März 1920, Morgenausgabe.
- 42 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 19.03.1920.
- 43 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 25.10.1920.
- 44 StadtBibN, Fränkischer Kurier, 23.10.1920, Morgenausgabe.
- 45 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 25.10.1920.
- 46 StadtBibN, Nürnberger Zeitung, 27.10.1920.
- 47 StadtBibN, Nürnberger Zeitung, 22.10.1920.
- 48 StadtBibN, Fränkische Tagespost, 29.10.1920.
- 49 Bayerischer Landtag, 35. Sitzung v. 17.12.1920, in: Bayerische Landtagsverhandlungen 1919–1933, S. 86; https://geschichte.digitale-sammlungen.de/landtag1919/scans/bsb000008678_00116 (Aufruf 04.10.2018).
- 50 Karte zum Neuen Jahr 1921 von Rudolf Schiestl; Radierung 14,5 x 12,5 cm, unten rechts und unten mittig signiert; Privatbesitz.
- 51 Weismantel, Leo: Rudolf Schiestl. Würzburg 1922; der Schriftsteller Leo Weismantel war der Vorsitzende der „Vereinigung der Freunde der Frankengruppe“.

Ludwig Endres: *Yesterday when I was young – oder war's vorgestern?* Erlebnisse und Lausbubengeschichten aus einem romantischen und friedlichen Städtchen. Spalt 2016; ISBN 978-3-00-053846-9, 377 S., viele, z.T. histor. Bilder, 19,95 Euro

„*Yesterday when I was young*“ ist ein melancholischer Song, den Charles Aznavour 1964 veröffentlichte. Darin erzählt er von einem Mann, der über sein Leben nachdenkt. Zahlreiche Versionen, unter anderem von Roy Clark und Shirley Bassey, haben dieses Lied auch bei uns bekannt und populär gemacht.

„*Yesterday when I was young – oder war's vorgestern?*“ nennt der in dem fränkischen Städtchen Spalt aufgewachsene und heute in Oberbayern lebende Autor Ludwig Endres sein Buch, in dem er – so der Untertitel – „*Erlebnisse und Lausbubengeschichten aus einem romantischen und friedlichen Städtchen*“ erzählt. Mit dem „*romantischen Städtchen*“ meint er natürlich die Heimatstadt, wo er seine Kindheit und Jugend verbrachte.

Es ist keine Biographie im üblichen Sinn, die Ludwig Endres vorstellt. Vielmehr ist es eine lebendige, amüsante und witzig erzählte Abfolge von Erlebnissen und Anekdoten, die den Autor seit frühesten Kindheit geprägt haben – wahre Erlebnisse seiner Kindheit und Jugend, die den Leser schmunzeln lassen oder auch nachdenklich machen.

„Ich habe bewusst versucht so zu schreiben, dass der Handlungsablauf und meine Person eine Einheit finden und einen authentischen Gleichklang bilden“, merkt Endres im Vorwort an. „Mehr als auf stilistische Ausformulierungen kam es mir bei diesem Buch darauf an, zu unterhalten und meine persönliche Verbundenheit zu all dem Erzählten spüren zu lassen.“

Das ist dem Autor hervorragend gelungen. Das bestätigt ihm auch der Extrem-sportler und Motivationstrainer Hubert Schwarz, der für das Buch ein Vorwort geschrieben hat. „*Dieses Buch will Impulse geben auf der Suche nach dem eigenen Sinn des Lebens, ganz praktisch, ohne zu belehren oder vorzuschreiben*“, schreibt Hubert Schwarz, „*es wird alle seine Leser in die eigene Kindheit zurückversetzen und viele Anreize dazu bieten, uns wieder auf unsere Wurzeln zu besinnen.*“

Den Leser erwartet ein buntes Kaleidoskop an Kindheitserlebnissen, die Ludwig Endres humorvoll, selbstironisch und immer mit einem gewissen Augenzwinkern erzählt. Doch bevor er damit beginnt, stellt er das Städtchen Spalt, den Spalter Bockl und natürlich auch das Spalter Bier anschaulich vor.

Die frühesten Kindheitserlebnisse, an die er sich erinnert, sind nicht ganz ungefährliche Lausbubenspiele mit einer brennenden Kerze, die einen gläsernen Aschenbecher zerspringen ließen. „*Es war eine schöne Zeit*“, urteilt der Autor rückblickend. „*Eine Zeit, in der es so schien, als wäre die Welt und was darin vorging, speziell nur für uns gemacht. Eine Welt, die darauf wartete, von uns erobert zu werden.*“

Der Autor reiht Anekdote an Anekdote. Er nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn er seine Streiche in der Schule und zu Hause in der Familie schildert. So mancher Lehrer kommt dabei sehr schlecht weg. Ferner berichtet er über eine Spardose im Klassenzimmer, die bei der alljährlichen Spardosenleerung plötzlich verschwunden war. Vergeblich sucht der kleine Ludwig nach Schildkröten, weil ihm ein Mitschüler den Bären aufgebunden hat, dass in einem Bach freilebende Schildkröten wären.

Wie er als Kind erste Erfahrungen mit dem Tod macht, verschweigt er ebenso we-

nig wie den Schrecken, den ein autoritärer Lehrer in der Klasse verbreitet. Amüsant sind die Schilderungen zum Thema „*Mein schönstes Ferienerlebnis*“. Klettern und das Werfen von Steinen war eine Spezialität des kleinen Ludwig. Dass das Klettern auf Bäume nicht ganz ungefährlich ist und böse Folgen haben kann, schildert er in einem weiteren Kapitel. Der kleine Lauser schießt mit dem Luftgewehr auf Osterhasen und Nikoläuse und überlistet mit einem einfachen Trick seine Spielkameraden, die ihn beim Indianerspielen an einen Baum gefesselt hatten.

Äußerst interessant sind die umfangreichen Erzählungen über den Hopfenanbau und das Hopfenzupfen, wie es der Autor noch als Kind erlebt hat. Hier erfährt der Leser eine Menge darüber, wie beschwerlich der Hopfenanbau in Spalt früher war. Er schildert „*Winterfreuden und Winterleiden*“, erzählt vom Skifahren und Schlittschuhlaufen in seiner Heimatstadt, wie er mit seinen Kumpeln die erste Zigarette rauchte und wie er für Bundeswehrsoldaten, die sich bei Spalt im Manöver befanden, wichtige Besorgungen machte.

Ausführlich stellt Ludwig Endres dar, wie Deutschland 1954 Fußballweltmeister wurde und steigert sich geradezu in die Fußballweltmeisterschaft 1966 hinein, als Deutschland den Titel an England abgeben musste. Witzig wird es wieder, wenn er über den Bau eines Vogelhäuschens im schulischen Werken erzählt und über die fatalen Folgen eines von ihm verfassten Gedichts sowie eines Liebesbriefes schreibt.

Nach dem Besuch der Volksschule machte Endres eine Ausbildung in einem Nürnberger Unternehmen für optische und feinmechanische Produkte. Haarsträubende Erlebnisse in einer Fachschule und leichtsinnig verschuldete Unfälle als junger, übermüdiger Autofahrer sowie eine

Fülle von „*Lausbubenstückln*“ reizen zum Lachen, machen jedoch auch betroffen.

„Wenn ich zurückdenke an meine Schulzeit, verspüre ich im Grunde wenig Unbehagen oder gar Zorn“, zieht Ludwig Endres am Ende Bilanz. Der geschilderte Lebensabschnitt erfüllte ihn mit Zufriedenheit und Stolz: „*Stolz auch deshalb, weil wir zu dieser Zeit, trotz aller Lausbubenstreiche, allem Übermut und Unsinn, immer noch wussten und danach lebten, was aus Respekt gegenüber unseren Mitmenschen gerade noch zu tolerieren war.*“

Ludwig Endres hat ein unterhaltsames, aber auch sehr berührendes Buch geschrieben, mit dem er seiner Heimatstadt Spalt der 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahre ein Denkmal gesetzt hat. Kurzum: Ein absolut lesenswertes und zu empfehlendes Buch: Fortsetzung erwünscht!

Robert Unterburger

Almut Binkert: **Sophie Hoechstetter. Schriftstellerin 1873–1943. Leben und Werk. Ehrenbürgerin der Stadt Pappenheim.** Weißenburg 2017; ISBN 987-3-00-055639-5, 60 S., zahlr. Abb., 14,95 Euro.

„Ich entstamme einem Landstrich mit alten Erinnerungen. Die fränkische Geschichte tat es mir frühe an. Erst als ich in einem anderen Landstrich mein Leben lebte, wurde ich mir meines Zusammenhangs mit Franken bewusst“, notierte die aus Pappenheim gebürtige, heute leider nahezu vergessene Schriftstellerin und Malerin Sophie Hoechstetter (1873–1943) in ihren Erinnerungen. Als jüngste Tochter von sechs Geschwistern wurde sie 1873 in Pappenheim geboren, ihre Familie gehörte zu den bekannten Augsburger Patriziergeschlechtern. Nach den Kinder- und Jugendjahren in Pappenheim besuchte sie seit 1888 die

Höhere Töchterschule in Bayreuth und fand 1890 Aufnahme bei ihrer Patentante in Ansbach, das ihr bald zu einer zweiten Heimat wurde.

Während eines Kuraufenthaltes in Bad Reichenhall lernte sie die aus dem thüringischen Blankenburg stammende 16-jährige Antonie (Toni) Schwabe (1877–1951) kennen. Die intensive Liebesbeziehung der beiden ambitionierten jungen Frauen fand ihren Ausdruck in ersten erfolgreichen literarischen Arbeiten, mit denen beide ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten. Im Jahre 1896 veröffentlichte Sophie Hoechstetter ihren ersten Roman „Goethe als Erzieher“; Toni Schwabe gelang mit ihrem Roman „Die Hochzeit der Esther Franzenius“ 1902 ein großer Erfolg. Es folgten weitere Prosaarbeiten und Gedichtbände.

Weitere Beziehungen mit den Schriftstellerinnen Maria von Gneisenau (1873–1926) und der aus Bayreuth stammenden Carola von Crailsheim-Rügland (1895–1982) führten sie von Jena nach Dornburg, wo sie seit 1909 das sog. Goethe-Schloss bewohnte. Aufgrund ihrer Mitarbeit bei der „Vossischen Zeitung“ hatte sie zudem eine Wohnung in Berlin.

Mit ihrer erstaunlichen Roman- und Novellenproduktion, ihrem lyrischen Werk und ihren Übersetzungen gehörte sie zu den etablierten und vielfach gelesenen Schriftstellerinnen der Kaiserzeit und der 1920er Jahre. Im Jahre 1925 siedelten Hoechstetter und Carola von Crailsheim-Rügland nach Pappenheim über, seit 1933 verbrachten beide ihren Lebensabend auf

dem in der Nähe von Dachau gelegenen Gut Mooschwaige, wo Hoechstetter 1943 starb.

Die sprachlich gelungene, ganz aus den Quellen gearbeitete und anregende biographische Studie von Almut Binkert beschreibt wichtige Etappen der persönlichen und schriftstellerischen Entwicklung von Sophie Hoechstetter. Es gehört zu den Verdiensten des mit zahlreichen Abbildungen ausgestatteten Bandes, den umfangreichen, bislang nicht publizierten Briefwechsel, der sich in den Beständen des Stadtarchivs Pappenheim, des Staatsarchivs Nürnberg, des Historischen Archivs des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg sowie des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar befindet, analysiert und ausgewertet zu haben. Wer sich freilich intensiver mit dem Leben und Werk Sophie Hoechstetters befassen möchte, der vermisst die entsprechenden Einzelnachweise der jeweils herangezogenen Archive, Quellen und der verwendeten Literatur. Das beigeigte Werkverzeichnis umfasst 60 selbständige Publikationen, die einen ersten Lektüreeinstieg ermöglichen, kürzere literarische oder journalistische Arbeiten werden nicht aufgeführt. Der Abdruck von neun Gedichten im Anhang vermittelt überdies einen ersten Eindruck von der Qualität der lyrischen Arbeiten Sophie Hoechstetters, die im Kontext ihrer Epoche und auch über ihre fränkische Heimat hinaus als erfolgreiche Schriftstellerin und emanzipierte Vorkämpferin für Frauenrechte ausführlicher gewürdigt werden sollte.

Johannes Schellakowsky

Peter Wesselowsky

Die Gruppe Marktbreit – Ochsenfurt des FRANKENBUNDES

Als im Jahr 2014 unsere Gruppe ihr 60-jähriges Bestehen feierte, trug der Ehrengast Christian Schmidt, damals Regionalbischof und vorher Dekan von St. Lorenz in Nürnberg, die Vereinsgeschichte in Fränkischer Mundart vor:

„Im Frankenbund, den ernsthaft heiter gegründet einst Herr Dr. Schneider,
da rekrutiert mer keine Truppen,
mer gründet regionale Gruppen,
und eine, vor geraumer Zeit,
wor die von Ochsenfurt – Marktbreit...
Die Gruppe Marktbreit – Ochsenfurt –
ich sog des gern,
die is scho seit geraumer Dauer
a guter, treuer Brückenbauer.
Hier schaut mer drauf, dass alles – seht –
gemeinsam und zum Guten geht;
hier muss mer net einander flieh'n,
na, na, hier wachsen Sympathien...“

Unsere Gruppe ist von seltener Art und Ausstattung gekennzeichnet. Sie umfasst zwei fränkische Kleinstädte mit unterschiedlicher Geschichte. Marktbreit, gewachsen unter der Herrschaft der Häuser Seinsheim und Schwarzenberg, Ochsenfurt und Umgebung gefördert und entwickelt durch das Würzburger Domkapitel und das fürstbischofliche Hochstift. War Ochsenfurt dadurch überwiegend katholisch geprägt, so war Marktbreit überwiegend protestantisch. Bis heute verläuft zwischen beiden noch die Landkreisgrenze.

Aber schon lange haben die Bewohner über diese Äußerlichkeiten hinweg, das südliche Maindreieck als gemeinsamen Kultur- und Lebensraum entdeckt und vielfältig belebt. Den Anfang machten 1953 die



Abb.: Anbei auch ein Bild, das symbolisch für unsere ortsübergreifende Gruppe stehen mag: An der Bundesstraße 13 erhebt sich ein im Jahr 1773 durch den Markgrafen Friedrich Karl Alexander von Brandenburg-Ansbach errichteter Obelisk, der die ehemalige Grenze seines Herrschaftsgebietes zum Hochstift Würzburg bezeichnet und zugleich die Fertigstellung der Chaussee dokumentiert. Darüber hinaus verbindet er die Hauptorte Marktbreit und Ochsenfurt. Dort stiftete die Frankenbundgruppe zu ihrem 60-jährigen Bestehen eine Steinbank, von der aus man in Ruhe den Blick über die fruchtbaren Felder und den Ort Gnodstadt zu den Steigerwaldbergen Schwanberg, Hüttenheimer Tannenberg, Bullenheimer Berg, Frankenberg und Hoher Landsberg schweifen lassen kann.

Foto: Peter Wesselowsky.

Marktbreiter. Der damalige Vorsitzende, Fritz Mägerlein aus Marktsteft, gewann 1955 Bürgermeister und kulturell aufgeschlossene Persönlichkeiten zur Gründung einer Gruppe in Ochsenfurt. Ein Bundes- tag im gleichen Jahr gab den Startschuss für die gemeinsame erfolgreiche Arbeit. Heute zählt die Gruppe 216 Mitglieder. Sie kommen mittlerweile auch aus Segnitz, Obernbreit, Marktsteft, Markt Herrnsheim und Gaukönigshofen im Ochsenfurter Gau.

Die gewachsenen Strukturen haben sich bis heute bewährt, andererseits haben wir neue Angebote in der Zusammenarbeit mit verschiedenen örtlichen Kulturträgern aufgenommen. Die Jahresprogramme bieten monatlich eine Veranstaltung an. Die attraktive Vielfalt ist dadurch gegeben, dass sich aus dem Kreis des Vorstandes und der Mitglieder Persönlichkeiten für Planung und Durchführung zur Verfügung stellen.

Eckpunkte des Programms sind folgende: Die **Winter- oder Frühjahrswanderungen** mit einem ausgesuchten Angebot an Naturerlebnis, Kunstgeschichte und Kulinarik. **Ortskundungen** führen in die nähere Umgebung von Steigerwald, Frankenhöhe oder Taubertal. Sie haben bei vielen Teilnehmern die Entdeckung gebracht, dass sich oft in unmittelbarer Wohnortnähe übersegene Kleinode der Geschichte befinden. Ein kunstgeschichtlich interessierter Pfarrer in unseren Reihen bereichert das Programmangebot mit der Erläuterung sakraler und volkskundlicher Kunst. „Historische Krippen in Kirchen des Ochsenfurter Gaus“ sind nur ein Beispiel. Jüngere Mitglieder geben neuerdings Gelegenheit, Einrichtungen mit aktuellen Wirkungen für unsere Gesellschaft kennen zu lernen, so z.B. Ausbildungszentren der Polizei und Feuerwehr in

Würzburg. Pro Jahr führen zwei **ganztägige Studienfahrten** durch Franken und die angrenzenden Kulturlandschaften. Im diesbezüglichen Angebot waren z.B. die Wartburg und Eisenach, Kloster Vessra, Schleusingen und Meiningen, Schmalkalden, Bauerbach und Bibra, Eichstätt, Schwäbisch-Gmünd, Lorch und der Hohenstaufen, die Steckelburg, Gelnhausen und Steinau an der Straße. Gerne nutzen wir auch die **Verbindungen zu anderen Gruppen im Frankenbund**. So genossen wir die freundschaftlichen Angebote in Grünsfeld, Karlstadt, Weißenburg, Bad Neustadt/Saale sowie Herzogenaurach und konnten diese Orte erleben!

Wichtig und fruchtbar erweist sich auch die **Zusammenarbeit mit anderen kulturellen Einrichtungen vor Ort**. So führten unsere mehrtägigen Studienreisen mit der **Volkshochschule** u.a. „auf den Spuren von Balthasar Neumann und der Familie Dientzenhofer“ nach Eger, Marienbad und Prag. Neue Mitglieder konnten wir gewinnen durch Fahrten nach Südböhmen, Olmütz, Brünn, Krakau, ins Riesengebirge und bis nach Danzig. Vorbereitet und vertieft werden diese Kulturreisen durch **Vorträge**, z.B. Ferdinand Tietz, Historische Brücken. Das Aufsuchen kleinerer Orte, z.B. in Rittershausen, mit Vortrag und musikalischen Angebot bringt uns Aufmerksamkeit im ländlichen Bereich.

Unsere Angebote sind vielfältig und entstehen aus den Anregungen der Mitglieder. Aber wir können nicht übersehen, dass die **Altersstruktur** sich überwiegend auf die älteren Lebensjahrgänge erstreckt. Wir hatten zwar auch schon eine „Schnitzeljagd für Kinder des Ferienspielplatzes“ im Angebot, aber die meisten Neumitglieder kommen in der Regel zu uns, wenn sie die Zeit ihrer aktiven Berufstätigkeit

hinter sich haben. In den Anfangsjahren, so habe ich in der Chronik gelesen, gab es im Vorstand auch eine Person, die damit beauftragt war, Kontakte zu den Schulen zu pflegen. Vielleicht ist dieser Ansatz einen neuen Versuch wert. Manche neue Lehrkraft ist vielleicht froh, für den Wandertag Hinweise und Empfehlungen zu bekommen!

Kontakt zur Gruppe:

1. Vorsitzender: Peter Wesselowsky / Frankenbund – Gruppe Marktbreit Ochsenfurt
Leipziger Straße 3, 97199 Ochsenfurt,
Telefon: 09331 / 16 25,
E-Mail: wessox@web.de.

Stefan Menz

Der Historische Verein Heidenfeld e.V. – Verein für Geschichte, Kultur und Heimatpflege in Heidenfeld und Umgebung – Eine junge Gruppe im FRANKENBUND

Gründung und Auftrag

Schon längst hätte es den Historischen Verein Heidenfeld geben müssen. Der in Heidenfeld lebende Lehrer, Schulleiter, Ortshistoriker und Lokalreporter der Main-Post, Johannes Zimmermann († 2009), spielte schon seit Jahren mit dem Gedanken, im Klosterdorf südlich von Schweinfurt einen Kreis von historisch interessierten Bürgern ins Leben zu rufen. Sein früher Tod bereitete diesem Ansinnen jedoch ein jähes Ende.

Aber der Gedanke lebte bei vielen engagierten Bürgern fort, und so reifte Ende 2012 der Entschluss, das Wagnis einer Vereinsgründung anzugehen. Die Initiatoren rund um Stefan Menz und Martin Weth hofften bei der Gründungsversammlung am 24. Februar 2013 im altehrwürdigen Festsaal des Klosters Maria Hilf in Heidenfeld, dass wenigstens 20 bis 30 Interessenten kommen würden, wobei man sich

schon vorsichtig optimistisch wähnte. Wir hatten uns jedoch gründlich geirrt: Über 130 Menschen aus nah und fern waren unserem Aufruf gefolgt, und so wurde der Historische Verein Heidenfeld, der sich bis heute als der Historische Verein für die Großgemeinde Röthlein mit ihren drei Ortsteilen versteht, gegründet. 62 Mitglieder unterzeichneten die Gründungssatzung. Heute zählt der Verein ca. 75 Mitglieder im Alter von 6 bis 95 Jahren. Ein Verein für Jung und Alt.

Gemäß § 2 unserer Satzung, die wir uns nach vielen inhaltlichen Auseinandersetzungen gegeben haben, verfolgt der Historische Verein folgende Zwecke:

„(2) Der Verein dient der Förderung der Volksbildung auf dem Gebiete der Heimatkunde und Geschichte, vor allem von Heidenfeld, Hirschfeld und Röthlein und der umliegenden Dörfer von Heidenfeld, der Vermittlung geschichtlicher Kenntnisse der bayerischen und fränkischen Landeskunde

sowie der Förderung des Heimatgedankens. Zu diesem Zweck arbeitet er mit den zuständigen Behörden, der Regierung von Unterfranken, dem Bezirk Unterfranken, dem Landkreis Schweinfurt und der Gemeinde Röthlein, mit den Heimatpflegern, den staatlichen und kirchlichen Archiven sowie den sonst auf diesem Gebiet tätigen Vereinen und Körperschaften zusammen.

(3) Der Verein widmet sich diesen Aufgaben insbesondere durch

- a) die Erforschung der Ortsgeschichte Heidenfelds und seines Umlands,
- b) die Fortschreibung der von Johannes Zimmermann erstellten Ortschronik von Heidenfeld,
- c) die Vermittlung geschichtlicher Kenntnisse durch Veranstaltung von Vorträgen, Seminaren, Führungen, Ausstellungen und Studienfahrten, der Bildungsarbeit auf allen Gebieten der Heimatpflege,
- d) der Herausgabe und Förderung von Veröffentlichungen, dem Sichern, Erhalten und Veröffentlichen historischer Funde, Gegenstände, Dokumente und Bildmaterialien, die Heidenfeld und seine umliegenden Dörfer betreffen,
- e) der Bestandsaufnahme, Dokumentation, dem Hinweis und dem Erhalt historischer Gebäude und Denkmäler in Heidenfeld,
- f) der Dokumentation wichtiger Ereignisse in Heidenfeld.“

Angebote

In zahlreichen Vorträgen, Exkursionen und Veranstaltungen haben wir versucht, diesen hochgesteckten Zielen unserer Satzung gerecht zu werden. So hatten wir in knapp sieben Jahren bereits eine stattliche Anzahl an prominenten Rednern und Vortragenden. Beispielhaft seien hier nur einige aufgeführt:

- Prälat Dr. Karl Hillenbrand (†), Vortrag über Liborius Wagner zum 40. Jahrestag seiner Seligsprechung,
- Bischof em. Dr. Paul-Werner Scheele (†), Vortrag über Sr. M. Julitta Ritz aus Anlass der Ehrenmitgliedschaft der Kongregation der Erlöserschwestern im Historischen Verein,
- Prof. Dr. Wolfgang Weiß, Vortrag zum Thema Kardinal Michael Faulhaber aus Anlass der Verleihung einer posthumen Ehrenmitgliedschaft,
- Prof. Dr. Erich Schneider, Vortrag zur ehemaligen Balthasar-Neumann-Kirche in Röthlein,
- Dr. Peter Pfister aus München, Vortrag zum Thema Kardinal Faulhaber im Dritten Reich anlässlich des Faulhaberjahres 2019.

Die Reihe ließe sich noch weiter fortsetzen. Die Vortragsthemen lassen jedenfalls bereits erahnen, um welche Heidenfelder Themen sich die Veranstaltungen drehen: Kardinal Michael Faulhaber, ein gebürtiger Heidenfelder, dessen 150. Geburtstag



im Jahr 2019 wir mit einem ganzen Faulhaberjahr gefeiert haben; dann der selige Liborius Wagner, der in der Heidenfelder Pfarr- und Wallfahrtskirche seine letzte Ruhestätte fand; auch das Thema Erlöserschwestern ist zu nennen, die seit 1901 in Heidenfeld leben und wirken, und schließlich das Augustinerchorherrenstift, das seit seiner Gründung im Jahre 1069 Heidenfeld zu dem machte, was es bis heute ist: ein Klosterdorf. Auch kein Geringerer als Balthasar Neumann, dessen beeindruckender Klosterbau noch heute ein Wahrzeichen der Gemeinde Röthlein ist und in ganz Unterfranken bekannt sein dürfte, muss hier erwähnt werden. Gut besucht sind stets die Zeitzeugenabende, bei denen es um erzählte Heidenfelder Geschichte geht. Auch Wanderausstellungen des Bezirks Unterfranken erfreuen sich eines großen Zuspruchs. Die letzte Ausstellungseröffnung wurde durch den Bezirkspräsidenten Erwin Dotzel selbst vorgenommen, dessen Vorfahren aus einem ehemaligen benachbarten Klosterheidenfelder Filialdorf (Lindach) stammen.

Doch genauso wichtig wie die Vorträge und Veranstaltungen sind uns auch und vor allem die Quelleneditionen, die wir in den Heidenfelder Geschichtsblättern regelmäßig herausbringen. „*Ad fontes*“ lautet einer unserer Wahlsprüche, dem wir durch Quellen- und Archivforschungen nachkommen wollen. Noch vor Weihnachten

2020 wird unser vierter Band zum Thema „Michael Kardinal von Faulhaber“ erscheinen. Die Druckvorlage ist bereits fertiggestellt. Wir werden diesen Band dem Frankenbund zu dessen 100. Geburtstag widmen und überreichen. Coronabedingt wird das voraussichtlich ja erst im Oktober 2021 der Fall sein. Dennoch freuen wir uns schon darauf!

Dem Frankenbund sind wir nach intensiven Vorberatungen sehr gerne am 87. Bundestag in Rothenburg ob der Tauber im Jahre 2016 beigetreten. Auch konnten wir schon Bundesfreundinnen und Bundesfreunde in Heidenfeld begrüßen. Der glückliche Umstand, dass der erste Vorsitzende des Vereins zugleich Kreisheimatpfleger des Landkreises Schweinfurt ist und regelmäßig Klosterführungen anbietet, hat sich wohl schon im Frankenbund herumgesprochen. Wir freuen uns immer über Gäste in unserem Klosterdorf und heißen jeden Interessierten an unserer Geschichte herzlich willkommen!

Kontakt zum Verein:

1. Vorsitzender Stefan Menz, Dipl.-Theol.
Univ.
Kreisheimatpfleger, Landkreis Schweinfurt / Historischer Verein Heidenfeld
Am Springbrühl 2, 97520 Röthlein
E-Mail: stefan.menz@heimatpfleger.bayern.